



# Plenarprotokoll

## 113. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 29. April 2004

**Bericht über das Strategiepapier des  
Wirtschaftsministers „Wachstum und  
Beschäftigung für Schleswig-Holstein -  
Eckpunkte unserer wirtschaftlichen  
Strategie bis 2020“**..... 8745

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3317

Dr. Bernd Rohwer, Minister für  
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ..... 8745  
Martin Kayenburg [CDU]..... 8747, 8765  
Lothar Hay [SPD] ..... 8750  
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] ..... 8753  
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]..... 8755  
Lars Harms [SSW]..... 8759  
Heide Simonis, Ministerpräsidentin..... 8763

Uwe Greve [CDU] .....	8765	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufesgesetzes</b> .....	8769
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8766	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Uwe Eichelberg [CDU].....	8767	Drucksache 15/3261	
Beschluss: Antrag Drucksache 15/3317 für erledigt erklärt.....	8768	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses	
Martin Kayenburg [CDU], zur Geschäftsordnung.....	8768	Drucksache 15/3377	
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe</b> .....	8768	Andreas Beran [SPD], Berichterstatter ..	8769
Gesetzentwurf der Landesregierung		Beschluss: Verabschiedung .....	8769
Drucksache 15/2984		<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über Seilbahnen für den Personenverkehr (Landesseilbahngesetz - LSeilBH)</b> .....	8770
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 15/3284		Drucksache 15/3253	
Andreas Beran [SPD], Berichterstatter ..	8768	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses	
Beschluss: Verabschiedung .....	8768	Drucksache 15/3379	
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein (LRH-G)</b> .....	8769	Roswitha Strauß [CDU], Berichterstatterin.....	8770
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Beschluss: Verabschiedung .....	8770
Drucksache 15/3272		<b>Umbesetzung im Richterwahlausschuss</b> ..	8770
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses		Wahlvorschlag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 15/3337		Drucksache 15/3363	
Hans-Jörn Arp [CDU], Berichterstatter .	8769	Beschluss: Annahme.....	8770
Beschluss: Verabschiedung .....	8769	<b>Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst</b> .....	8770
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Vermessungs- und Katastergesetzes und zur Änderung des Gesetzes über die Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure</b> .....	8769	Landtagsbeschluss vom 14. Dezember 2001	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 15/1457	
Drucksache 15/2946		Bericht der Landesregierung	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses		Drucksache 15/3142	
Drucksache 15/3353		Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses	
Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin .....	8769	Drucksache 15/3285	
Beschluss: Verabschiedung .....	8769	Andreas Beran [SPD], Berichterstatter ..	8771
		Beschluss: Kenntnisnahme .....	8771
		<b>Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2003</b> .....	8771
		Drucksache 15/3333	
		Gerhard Poppendiecker [SPD], Berichterstatter.....	8771

Beschluss: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung der Eingaben .....	8772	<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Hochschulzulassungsgesetzes</b> .....	8786
<b>Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz</b> .....	8772	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksache 15/3376	
Drucksache 15/3364		Jost de Jager [CDU] .....	8786, 8795
Beschluss: Annahme .....	8772	Jürgen Weber [SPD] .....	8788
<b>Wahl des Präsidenten des Landesrechnungshofs</b> .....	8772	Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	8790, 8794
Wahlvorschlag der Landesregierung		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	8791
Drucksache 15/3407		Anke Spoorendonk [SSW] .....	8792
Beschluss: Annahme .....	8772	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	8793
<b>Unterstützung der Bewerbung Lübecks zur „Kulturhauptstadt Europas 2010“</b> ....	8773	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss .....	8795
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW		<b>Verdeckte Feldbeobachtung in der Landwirtschaft</b> .....	8796
Drucksache 15/3398		Antrag der Fraktion der FDP	
Caroline Schwarz [CDU] .....	8773	Drucksache 15/3366	
Wolfgang Baasch [SPD] .....	8774	Günther Hildebrand [FDP] .....	8796
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	8775	Maren Kruse [SPD] .....	8797
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	8775	Claus Ehlers [CDU] .....	8798
Anke Spoorendonk [SSW] .....	8777	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	8798
Heide Simonis, Ministerpräsidentin .....	8777	Lars Harms [SSW] .....	8800
Wolfgang Kubicki [FDP] .....	8779	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft .....	8801
Beschluss: Annahme .....	8779	Beschluss: Überweisung an den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung...	8802
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung und des Schleswig-Holsteinischen Richtergesetzes</b> .....	8779	<b>Neue Partner und Nachbarn willkommen</b> .....	8802
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP		Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Drucksache 15/3368		Drucksache 15/3414	
Wolfgang Kubicki [FDP] .....	8779	Ulrike Rodust [SPD] .....	8803
Klaus-Peter Puls [SPD] .....	8780	Manfred Ritzek [CDU] .....	8803
Thorsten Geißler [CDU] .....	8781	Joachim Behm [FDP] .....	8805
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	8783	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	8806
Silke Hinrichsen [SSW] .....	8784	Anke Spoorendonk [SSW] .....	8807
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie .....	8785	Heide Simonis, Ministerpräsidentin .....	8808
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	8786	Beschluss: Annahme .....	8809

**Bekämpfung der Internetkriminalität..... 8809**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3373

Thorsten Geißler [CDU] .....	8809
Thomas Rother [SPD] .....	8811
Wolfgang Kubicki [FDP] .....	8812
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	8813
Silke Hinrichsen [SSW] .....	8814
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie .....	8815
Thorsten Geißler [CDU], persönliche Bemerkung .....	8816

Beschluss: Überweisung an den Innen- und  
Rechtsausschuss..... 8816

**Erste Lesung des Entwurfs eines Ge-  
setzes zur Änderung des Schleswig-  
Holsteinischen Schulgesetzes  
(Schulgesetz - SchulG)..... 8817**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/3367

Anke Spoorendonk [SSW] .....	8817, 8824
Dr. Henning Höppner [SPD] .....	8818
Sylvia Eisenberg [CDU] .....	8819
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	8820
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	8821
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	8822

Beschluss: Überweisung an den Bildungs-  
ausschuss und den Finanzausschuss ... 8824

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-  
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und  
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-  
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz  
und Landwirtschaft

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,  
Arbeit und Verkehr

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr****Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße  
Sie sehr herzlich und eröffne die Sitzung des Schles-  
wig-Holsteinischen Landtages.

Ich habe zunächst zwei angenehme Pflichten: Zum  
einen kann ich Besucherinnen und Besucher begrü-  
ßen. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler  
der Realschule im Hoffmann-von-Fallersleben-Schul-  
zentrum in Lütjenburg sowie der Beruflichen Schulen  
am Ravensberg Kiel Platz genommen. - Herzlich  
willkommen!

(Beifall)

Zum anderen will ich Ihnen mitteilen, dass es gelun-  
gen ist, am Beginn der Woche unter tatkräftiger Mit-  
wirkung einer schleswig-holsteinischen Landtags-  
delegation ein Parlamentsforum des Sejmik der Wo-  
jewodschaft Westpommern, des Landtages Meck-  
lenburg-Vorpommern und des Schleswig-Holstei-  
nischen Landtages zu begründen und daran auch die  
Duma Kaliningrad, ein Regionalparlament aus  
Schweden und ein Regionalparlament aus Dänemark  
zu beteiligen. Ich halte dies für wichtig, da es in der  
Zeit sich neu ausrichtender Kooperationsstrukturen  
im Ostseeraum für uns wichtig ist, dabei zu sein. Ich  
freue mich, dass dies gelungen ist.

Ich darf Ihnen weiter mitteilen, dass es gestern in  
einer bewegenden Festveranstaltung nach der Debat-  
te, die wir hier im Landtag gehabt haben, und dem  
Willen aller Fraktionen, gelungen ist, in einem Fest-  
akt ein Partnerschaftsabkommen zwischen dem Sej-  
mik der Wojewodschaft Westpommern und dem  
Landtag Schleswig-Holstein zu unterzeichnen. Ich  
denke, am Vorabend des Beitritts Polens zur Westeu-  
ropäischen Union ist dies ein Akt, den wir mit Genug-  
tuung verzeichnen und auch mit Leben erfüllen wol-  
len.

(Beifall)

Bevor wir jetzt in den Ablauf der Sitzung einsteigen,  
gebe ich Ihnen noch bekannt, dass Frau Ministerin  
Moser und Herr Abgeordneter Schröder erkrankt  
sind. Ich wünsche von dieser Stelle gute Genesung.

(Beifall)

Herr Minister Buß und Herr Minister Dr. Stegner sind  
wegen dienstlicher Angelegenheiten beurlaubt.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Bericht über das Strategiepapier des Wirtschaftsministers „Wachstum und Beschäftigung für Schleswig-Holstein - Eckpunkte unserer wirtschaftlichen Strategie bis 2020“**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3317

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich darf zunächst dem Herrn Minister für Wirtschaft das Wort erteilen. - Herr Professor Dr. Rohwer!

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die Gelegenheit, auch in diesem Hause einige Eckpunkte meines Strategiepapiers „Wachstum und Beschäftigung für Schleswig-Holstein“ vorstellen zu können, und ich freue mich besonders über das spezielle Interesse der CDU. Ich kann das nachvollziehen, denn eine vergleichbar umfassende und langfristige Strategie gibt es von der CDU nicht. Davon zeugen Ihre zahlreichen missglückten Anträge hier im Landtag zu Mobilcom, zu Motorola et cetera, davon zeugen Ihre Floskeln von der Entfesselung unserer Wirtschaft, ohne dass dahinter ein Konzept sichtbar würde, davon zeugt noch in der letzten Woche Ihr Zickzackkurs bei Themen wie der Bahnpolitik.

Worum geht es in dem Strategiepapier? Es geht erstens um eine Bestandsaufnahme: Wo steht der **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein**? Was haben wir erreicht? Wo gibt es noch Defizite?

Zweitens geht es um die Frage: An welchen Stellen müssen wir unsere bisherige Strategie für **Wachstum** und **Beschäftigung** nachjustieren, um neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen? Welche langfristigen Ziele müssen wir dabei über Legislaturperioden hinaus verfolgen?

Drittens: Welche konkreten Maßnahmen müssen wir dazu in Angriff nehmen, soweit das noch nicht geschehen ist?

Zur Bestandsaufnahme! Schleswig-Holstein hat sich seit 1991 bei einigen **Indikatoren** etwas besser, bei anderen etwas schlechter als der Durchschnitt der westdeutschen Länder entwickelt. Besser sind wir bei der Entwicklung des **Bruttoinlandsprodukts** pro Erwerbstätigen, bei den Neugründungen, beim Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und bei der Schaffung neuer Ausbildungsplätze. Bei der Exportquote hat Schleswig-Holstein deutlich aufgeholt.

Ungünstiger als im Bundesschnitt entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und die Beschäftigung.

Im **Standortvergleich** hat Schleswig-Holstein viele Stärken. Ich brauche sie hier nicht im Einzelnen aufzuzählen, sie sind in vielen Studien bestätigt: Arbeitskräfte, Kostenniveau, Nähe zum Ostseeraum, Infrastrukturausstattung, Wirtschaftsförderung, Gründerklima et cetera, aber es gibt ohne Frage auch strukturelle Nachteile. Auch das ist durch Studien nachgewiesen: die Entfernung zu vielen europäischen Zentren, der trotz starken Strukturwandels noch immer wenig wachstumsfreundliche Branchenmix, die niedrigere Forschungs- und Entwicklungsorientierung und, nicht zu vergessen, einige Sondereffekte, die uns in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich belastet haben: 30.000 weniger Bundeswehrsoldaten in einem Zeitraum von 15 Jahren war nicht und ist nicht leicht zu verkraften. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer - Panasonic, Motorola und Danfoss sind traurige Beispiele - hat uns stark belastet, ferner der ruinöse Dumpingwettbewerb im Schiffbau, die Belastung der Ernährungswirtschaft durch BSE und last, not least auch das Fördergefälle Ost-West, das uns gerade in den Grenzregionen Richtung Ostdeutschland stark belastet.

Wenn Schleswig-Holstein trotz dieser **Sonderbelastungen** seinen Mittelplatz noch verteidigt, ist das zwar kein Grund zum Jubeln, aber Ausweis dafür, dass Wirtschaft und Politik in den letzten Jahren vielfach erfolgreich gegengesteuert und wichtige positive Entwicklungen eingeleitet haben. Das umfassendste Bundesländer-Ranking der Bertelsmann-Stiftung vom letzten Jahr bestätigt das. Unsere Wirtschaftspolitik setzt erfolgreich auf die Stärkung des Mittelstandes. Das sind alles Aussagen von Bertelsmann. Wir haben besonders gute Bedingungen für Gründer. Unsere Arbeitsmarktpolitik ist richtig ausgerichtet. Wir haben die richtigen technologischen Schwerpunkte, wir haben neue Wachstumsfelder wie Gesundheitswirtschaft entwickelt und wir haben besonders viele Ausbildungsplätze geschaffen. Diese Erfolge lassen wir uns von der Opposition auch nicht zerreden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können aber Wirtschaftspolitik auch nicht völlig autonom gestalten. Außerdem ist es gut, wenn man sich auf Eiderstedt auskennt und sich dort nicht verfährt, aber ab und zu müssen wir zur Kenntnis neh-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

men, welche Rahmenbedingungen sich in Europa und weltweit verändern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hier zeichnen sich Trends ab, die **Regionen** wie Schleswig-Holstein sehr, sehr stark betreffen:

Erstens. Wir sind ein Land des Mittelstands, wir müssen ein Land des Mittelstands bleiben. Wir haben Nachteile im **Mittelstand**. Wir haben vielfach darüber diskutiert: Finanzierung, Forschung und Entwicklung, Exportorientierung. Das heißt, es ist für uns existenziell, dass diese Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. In Schleswig-Holstein haben wir dazu einiges getan. Agenda 2010 ist der richtige Ansatz, aber diese Reformen müssen zwingend fortgesetzt werden.

Zweitens. **Zentrale Regionen** wachsen schneller als weniger zentrale. Auch das ist ein Ergebnis der Empirie der letzten Jahre. Schleswig-Holstein muss also seine Stärken noch mehr als bisher mit Hamburg und den Ostseepartnern insbesondere der südwestlichen Ostsee ausbauen und bündeln. Wir müssen zu einer **Wirtschaftsregion** werden. Da sind wir auf einem guten Weg, aber wir brauchen noch mehr Kooperation in den **Zukunftsbranchen**, wir brauchen noch mehr Kooperation auch bei Forschung und Hochschulen und wir müssen dafür sorgen, dass die Wachstumsachsen Hamburg-Lübeck, Hamburg-Kiel, Hamburg-Flensburg, Hamburg-Westküste gestärkt werden und die Endpunkte dieser Wachstumsachsen - nur dann schaffen wir das - gezielt durch Konzepte gestärkt werden, wie wir dies zurzeit in Flensburg versuchen, an der Westküste oder auch in Kiel und Lübeck.

Ich habe in meinem Strategiepapier den **Nordstaat** als eine denkbare langfristige Option bezeichnet. Kurz- und mittelfristig steht er allerdings nicht zur Diskussion, denn zum einen können wir - wir tun es auch - ohne Neugliederung engstens kooperieren und uns als eine zusammengehörige Region positionieren. Zum anderen kommt eine Länderneugliederung, meine Damen und Herren, ohnehin erst dann in Frage, wenn die Menschen dies mehrheitlich wollen und unterstützen und daran müssen wir noch arbeiten.

Drittens. Regionen mit starken Branchen- und **Technologieclustern** entwickeln sich dynamischer. Förderung mit der Gießkanne ist nicht nur finanziell nicht mehr möglich, sondern wäre auch volkswirtschaftlich unvernünftig. Deshalb konzentrieren wir uns auf die starken Wirtschaftsbereiche konzentrieren: Gesundheit und Medizintechnik, Tourismus, maritime Wirt-

schaft, Ernährungswirtschaft, Informationswirtschaft und regenerative Energien.

Diese Fokussierung muss verstärkt werden und wir werden sie verstärken. Das fordert von uns, aber auch von Ihnen, meine Damen und Herren, eine besondere Verantwortung. Lobbyismus für eine Teilregion muss dort zurückgestellt werden, wo der Blick auf das ganze Land erfordert, bestimmte Dinge an anderer Stelle als im eigenen Wahlkreis zu fördern. Schleswig-Holstein ist klein genug, damit auch die ländlichen Regionen von den Ausstrahlungseffekten der Zentren profitieren können.

Viertens. Gute **Verkehrsanbindungen** werden in einer vernetzten globalen Wirtschaft immer wichtiger. Wem sage ich das? - Wir haben darüber immer diskutiert: A 20, A 1, A 7 und A 21, Elektrifizierung, Engpassbeseitigung sind zentrale Projekte. Einige werden wir dieses Jahr voranbringen, bei einigen haben wir noch immer Probleme. Wenn Sie einen Beitrag zur Beschleunigung dieser Projekte leisten, würde ich mich freuen. Gerade in Niedersachsen gibt es zurzeit einen Entscheidungsprozess, der diese Vorhaben nicht unterstützt.

Meine Damen und Herren, die Zeit reicht nicht, um an dieser Stelle die weiteren Maßnahmen zu nennen, die vorrangig und im Papier beschrieben sind. Unsere Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist auch ein Angebot zur Gemeinsamkeit. Unternehmensverbände und Gewerkschaften stimmen der Strategie zu. Es wäre gut, wenn CDU und FDP die Größe aufbrächten, ihr ebenfalls zuzustimmen. Sie wissen im Grunde auch, dass es dazu keine Alternative gibt.

Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg. Wir sind das Gründerland. Wir haben im Bundesdurchschnitt eines der dichtesten Netze von **Gründer- und Innovationszentren**. Wir sind ein Land der kurzen Wege bei der Wirtschaftsförderung. Wir haben neue Angebote im Personennahverkehr entwickelt und wir sind das Vorreiterland in der **Bahnpolitik**. Wir haben früh mit dem Aufbau von Zukunftsbranchen begonnen. Lassen Sie uns diesen erfolgreichen Weg weitergehen!

(Veronika Kolb [FDP]: Diese Bescheidenheit, das als Erfolg zu bezeichnen, kann ich nicht nachvollziehen!)

Die Neuakzentuierung, die ich vorgeschlagen habe, sollten wir dabei einbeziehen. Dann gibt es Chancen auch für Gemeinsamkeit. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Es ist Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen, dass ich formal nicht über den Berichtsantrag abstimmen ließ, aber es bestand das Übereinkommen, so zu verfahren. Wir haben den Bericht nun gehört.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rohwer, Überschriften und Gesundbeten machen noch lange keine Strategie aus.

(Beifall bei der CDU)

Wir stellen fest: Das **gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht** in Schleswig-Holstein ist gestört. Hinter dieser Feststellung verbergen sich zahlreiche finanz- und wirtschaftspolitische Fehlleistungen dieser Landesregierung.

Da hilft es überhaupt nicht, über Globalisierung, EU-Osterweiterung und strukturelle Nachteile zu lamentieren. Tatsache ist: Sie haben es versäumt, zu handeln - Sie, Frau Simonis, und Sie, Herr Rohwer! Beide sind die Größten bei allen möglichen Ankündigungen, aber die Schwächsten beim Umsetzen von Programmen und Maßnahmen.

Vor allem scheinen Sie zu verdrängen, dass sich hinter der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage manch persönliche Tragik verbirgt.

Tausende von Arbeitnehmern haben allein in der jüngsten Vergangenheit bei der Flender-Werft, bei HDW, bei Mobilcom, bei der Heidelberg Druckmaschinen AG und in vielen anderen Betrieben ihre Arbeitsplätze verloren. Leider geht das so weiter. Diese katastrophale Entwicklung sehen wir bei Danfoss, Vossloh, Kuhnke, Ortopedia und zuletzt wohl auch bei Möbel Kraft.

Aber was tut dieser Wirtschaftsminister? - Er schreibt so genannte Strategieprogramme.

Es sind eben nicht nur statistische Werte, sondern hinter jedem Arbeitsplatz verbergen sich menschliche Schicksale: Familienväter, allein erziehende Mütter, verdiente Mitarbeiter, die nach Jahrzehnten der Betriebszugehörigkeit die Unternehmen verlassen müssen, und auch junge Menschen, die sich ihrer beruflichen Perspektive beraubt fühlen.

Meisterns werden die zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht erwähnt - obwohl Sie diese als positiv darzustellen versuchen -, die in

Schleswig-Holstein fast täglich ohne viele Nebengeräusche in die Insolvenz gehen. Vergessen wird auch, dass hinter jeder **Insolvenz** oder Betriebsaufgabe das harte Schicksal eines mittelständischen Unternehmers steht. Das sind Frauen und Männer, die mit viel Herzblut, Engagement und Fürsorgebewusstsein für ihre Unternehmen und für ihre Mitarbeiter einen manchmal ausweglosen Kampf kämpfen, die soziales Engagement gezeigt und Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt haben.

In dieser wirtschaftlichen Situation, die der Wirtschaftsminister verschweigt, legt er ein angeblich weitreichendes und visionäres Papier vor, das eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Schleswig-Holstein bewirken soll.

Die SPD ist groß in Datierungen, die außerhalb ihres Verantwortungsbereiches liegen. Deswegen muss das Ganze auch „Strategie 2020“ heißen.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Man muss es Ihnen lassen, Herr Professor: Im Entwerfen von so genannten Zukunftspapieren sind Sie wirklich Spitze. Aber das Papier ist nur eine Zusammenfassung von Stellungnahmen, die Ihr Haus schon lange abgegeben hat. Es ist im Grunde nichts Neues und wenn das Ihre Strategie für 2020 ist, kann ich nur sagen: Gute Nacht, Schleswig-Holstein!

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie werden mit diesem Konglomerat Schleswig-Holstein nicht nach vorn bringen, aber Gott sei Dank kann es nicht mehr viel schaden, denn weiter nach hinten geht es auch nicht mehr.

Es ist schade, Herr Minister, dass Ihre Bemühungen fast immer ins Leere laufen. Nicht umsonst haben Sie deshalb den Namen „Ankündigungsminister“; den haben Sie sich redlich verdient.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, die diesen Namen rechtfertigen. Ich will nur das jüngste Beispiel nennen. Der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des **Flughafens Blankensee** war für den März in Aussicht gestellt. Im April ist er immer noch nicht da. Vermutlich haben Sie nur vergessen zu sagen, in welchem Jahr der **Planfeststellungsbeschluss** ergehen soll.

Ähnlich sieht es mit der A 20 und der A 21 aus. Alle zugesagten Daten haben Sie ohne Ausnahme nicht eingehalten. Das geht sogar so weit, dass im Regionalplan dieser Landesregierung die **A 20-Strecke** nicht einmal als Aufdruckstrecke oder als Korridor enthalten ist. Dafür finden sich um so mehr FFH-

(Martin Kayenburg)

Gebiete. Herr Minister, was ist das für ein Verhalten? - Sie sind nicht einmal in der Lage, Regionalpläne angemessen vorzubereiten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schon die Beschreibung der Ausgangslage ist fehlerhaft. Sie gestehen nämlich keine eigenen Fehler ein, sondern verweisen nur auf die allgemeine Wachstums- und Beschäftigungskrise und die strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft.

Ihre mangelnde Zukunftsfähigkeit wird meiner Meinung nach vor allem daran deutlich, dass Sie die weitere Globalisierung und **Öffnung der EU** nach Osteuropa nicht vorwiegend als Chance darstellen, sondern sie als Grund für unsere derzeitigen wirtschaftlichen Probleme anführen. Was verdrängen Sie dabei eigentlich? - Im Bundesvergleich liegt Schleswig-Holstein leider ganz weit hinten. Das heißt, hier hat die Wirtschaftspolitik versagt. Denn wir hatten doch dieselben Rahmendaten wie alle anderen Bundesländer auch.

Auch Ihr Hinweis auf den **Strukturwandel** in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft soll offensichtlich nur dazu dienen, von eigenen Fehlleistungen abzulenken.

Sicherlich ist es so, dass **Landwirtschaft** und **Schiffbau** schwierigen Anpassungsprozessen unterworfen sind. Wir sollten aber genau dies als Chance begreifen, die dahinter steckt. Aber was haben Sie eigentlich in den letzten zehn Jahren für die Ernährungswirtschaft getan, für die Sie selbst einen Rückgang von 25 % konstatieren? - Da hätten wir mit unserer Landwirtschaft einen Standortvorteil gehabt. Da hätten wir etwas entwickeln können. Doch dieser Wirtschaftsminister hat nichts getan. Statt dessen erfolgten Ankündigungen, aber keine Ergebnisse.

(Beifall bei CDU und FDP)

Besonders frech finde ich es allerdings, wenn Sie die unterdurchschnittliche Intensität von Forschung und Entwicklung, die insbesondere Folge der kleineren Betriebsgrößen und eines Süd-Nord-Gefälles bei öffentlichen Forschungseinrichtungen sein soll, als „natürlichen“ Standortnachteil darstellen. Es ist verdammt noch einmal Ihre Pflicht und Schuldigkeit, genau hier anzusetzen und diesem **Standortnachteil** entgegenzuwirken. Und vor allem: Das ist nicht gottgegeben, sondern hier muss man aktiv werden. Auch hier hat diese Regierung leider völlig versagt. Dies gilt aber nicht nur für Ihren Bereich, sondern für den Bildungsbereich genauso.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine weitere eklatante Fehlleistung der gesamten Landesregierung mit Heide Simonis an der Spitze spiegelt sich im Kapitel „**Bundeswehrstandorte**“ wider. Ich finde es richtig und gut, Frau Simonis, dass Sie nach Kabul fahren und unseren Soldaten zeigen, dass wir an sie denken und mit ihnen sind. Aber dieses Engagement hätte Sie auch einmal für Olpenitz, für Tarp und an anderer Stelle mit der gleichen Intensität zeigen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ergebnisse sprechen Bände. Sie müssen gar nicht protestieren. Diese Landesregierung hat in Berlin nichts zu sagen, weder beim Verteidigungsminister noch beim Finanzminister - das haben wir gestern beim Steuerkonzept gehört -, noch an anderer Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Diese Landesregierung hat in der eigenen Bundesregierung keinen Rückhalt mehr. Herr Rohwer, besonders hanebüchen finde ich Ihren Vergleich mit den westdeutschen Ländern. Ihre Formulierung, dass sich Schleswig-Holstein trotz einer von oben verordneten Benachteiligung annähernd im Gleichschritt mit den anderen Ländern entwickelt hätte, ist der blanke Hohn. Sie sind nicht bereit zuzugeben, wie die Situation wirklich ist. Gucken wir nur einmal auf die **Beschäftigtenzahlen**. Seit 1999 haben wir hier ein Anwachsen um 0,9 %. In Westdeutschland haben wir im gleichen Zeitraum einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen um 3 %. Das heißt, wir haben nicht einmal ein Drittel der Arbeitsplätze geschaffen, die im Durchschnitt der Bundesländer geschaffen wurden. Das ist Ihr Erfolg und das ist Ihre Wirtschaftspolitik! Da sagen Sie, wir hätten mit den anderen Bundesländern Schritt gehalten. Wie denn wohl?

Im Übrigen wird die Inhaltslosigkeit Ihrer Politik ganz deutlich, wenn man das Beispiel **Außenwirtschaftsförderung** prüft. Sie reden viel, aber Sie sagen nichts. Da wird mit blumigen Worten von „Community-Treffs“ und von „Task Forces für Technologie“ geredet, es bleibt aber die große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Umsetzung.

Das ist leicht zu belegen, denn es konnten nicht einmal 10.000 € zur Verfügung gestellt werden, damit Schleswig-Holstein am Baltic Development Forum partizipieren kann. Das beweist, wie unglaublich Ihre Ankündigungen sind, Herr Rohwer. Sie sind in der Wirtschaftspolitik kein Macher, Sie sind ein Ankündigungspostel! Wenn man Ihr Papier und das, was Sie als Maßnahmen bezeichnen, durchschaut, dann wird deutlich: Das, was Sie als Maßnahmen

(Martin Kayenburg)

bezeichnen, sind keine Maßnahmen, sondern allenfalls Ziele. Dort steht nämlich nicht: Wir werden tun, sondern da steht, man muss, man soll, man dürfte und so weiter. Dort steht keine einzige Maßnahme. Sie werden kein Macher, Sie bleiben ein Theoretiker!

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie, Herr Minister, sind über den Status des Leiters der Engholmschen Denkfabrik leider nie hinausgeklommen. Richtig ist an Ihrer Strategiestudie einzig die Beschreibung der grundsätzlichen Trends.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Neu ist daran allerdings wenig. Dem geneigten Beobachter war nämlich vorher schon bekannt, dass der **Mittelstand** vor existenziellen Problemen steht und dass die Zentren schneller wachsen als die weniger zentralen Regionen. Auch dass **regionale Cluster** an Bedeutung gewinnen, ist wirklich nichts Neues. Darüber haben wir häufig genug diskutiert. Ihre ganze Ratlosigkeit wird in Ihrer Feststellung deutlich, dass die **Finanzsituation** der öffentlichen Haushalte prekär bleibe und dass Schleswig-Holstein strukturbedingt eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung habe. Was aber tun Sie dagegen? Wo haben Sie gesagt, wie Sie dem begegnen wollen? Es gibt nur Ankündigungen. Es gibt keine konkreten Maßnahmen und keine konkreten Vorschläge.

Er hat aber auch Recht: **Schleswig-Holstein** hat nach der Politik dieser Landesregierung die höchste **Pro-Kopf-Verschuldung** der Flächenländer in Deutschland. Ich will an dieser Stelle gar nicht nachfragen, was mit den Ankündigungen geworden ist, die **Neuverschuldung** sollte bis 2008 auf null gesenkt werden. Viel wichtiger ist: Sie haben auch da Ihre Schularbeiten nicht gemacht, wo Ihnen jetzt vom Landesrechnungshof der Spiegel vorgehalten wird. Wir haben angemahnt, dass Sie bei den **Personalkosten** Einsparungen vornehmen sollten. Geschehen ist nichts. Das Einsparpotenzial liegt bei 1.000 Stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, auch wenn Sie dazwischenreden: Von der Wahrheit beißt die Maus an dieser Stelle keinen Faden ab.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rohwer, abschließend zu Ihnen: Ihre Strategie ist wirklich bemerkenswert; sie ist wie ein Besinnungsaufsatz. Sie haben für Schleswig-Holstein Ziele für das Jahr 2020 aufgelistet. Ich will diese kurz zusammenfassen. Man könnte es so formulieren:

Schleswig-Holstein wird ein ganz tolles Land, ganz modern mit einer tollen Politik und einer engen Zusammenarbeit mit Hamburg. Die Menschen werden glücklich und alles wird gut. Wie Sie das bewerkstelligen wollen, sagen Sie aber an keiner einzigen Stelle. Wer soll Ihnen das angesichts der desaströsen Bilanz noch glauben, Herr Minister?

Selbst bei intensivem Durchforsten des Papiers fallen kaum Neuigkeiten auf. So fordern Sie beispielsweise die Bündelung der Förderinstitute im Haus der Wirtschaft. Das ist eine tolle und bahnbrechende Idee, vielleicht sagen Sie mir aber, wann dort das Richtfest war, Herr Minister? Sie sagen, wir benötigten dringend den Abbau von Vorschriften. Die Landesregierung stellt fest, dass die laufende Überprüfung aller Landesforderungen auf ihre Notwendigkeit hin zügig abgeschlossen werden muss. Ich frage: Was haben Sie denn in den letzten 16 Jahren getan? Wieder einmal nichts! Sie haben angekündigt, sonst nichts!

(Beifall bei CDU und FDP)

Falls Sie es wider Erwarten doch leugnen sollten, Herr Minister: Unser Land ist dank Ihrer Politik und der Politik von Frau Simonis pleite. Ein Blick in den Landeshaushalt wird Ihnen das auf den ersten Blick bestätigen. Es ist einfach unglaublich, was Sie tun, und Sie haben das zu vertreten.

Es kann also in der jetzigen Phase nicht darum gehen, ständig neue Visionen zu haben oder so genannte Strategien auf den Markt zu schmeißen. Die tatsächliche Frage muss lauten: Wie kann man das Notwendigste bezahlen? Das muss auch der Regierung klar sein. Darauf gibt Ihr Papier keine Antwort. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass Sie in den Augen der Wirtschaft und auch in unseren Augen keine Glaubwürdigkeit mehr besitzen.

Die einzige Umkehr, die aus der Strategie 2020 hervorgeht, ist die Abkehr des Wirtschaftsministers vom Wachstum als oberstem Ziel der schleswig-holsteinischen Landespolitik. Jetzt wollen Sie plötzlich eine Gleichsetzung von Ökologie und Ökonomie. Damit wird auch Ihr größtes Problem deutlich. Das sitzt nämlich neben Ihnen und dort: Es sind die Grünen, Herr Minister! Wie schnell Sie umfallen, wird deutlich, wenn man sich daran erinnert, dass Sie im Rahmen der Veranstaltung der Unternehmensverbände zu Beginn dieses Jahres Wachstum als den einzig richtigen Weg bezeichnet haben, Schleswig-Holstein aus der Krise zu führen: Wachstum schaffe Arbeitsplätze, Wachstum sei sozial. Heute soll das alles nicht mehr wahr sein? Das sind unglaubliche Ankündigungen, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und FDP)

(Martin Kayenburg)

Es gibt verschiedene andere Beispiele. In Kaltenkirchen wollen Sie wenigstens die Option offen halten, Herr Müller aber will die Kaltenkirchener Heide als FFH-Gebiet ausweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Wir sind da einig, Schleswig-Holstein mit der SPD! Während wir in Schleswig-Holstein für die A20 kämpfen, gibt es keinen größeren Bekämpfer als Ihren ehemaligen Kollegen Steenblock mit seinem Sperrfeuer. Wieder einmal sind die Grünen Ihr Problem. Sie sind handlungsunfähig, weil die Grünen mit dem roten Hund wedeln. Ich bin überzeugt: Wenn wir Ihre Liste fortsetzen wollten, dann könnten wir uns den ganzen Tag lang über diese falschen Beispiele unterhalten. Deshalb lassen Sie mich zum Schluss feststellen, dass der letzte Satz des Papiers richtig ist, Herr Rohwer. Dort schreibt Herr Rohwer nämlich:

„Wir werden auch die neuen Herausforderungen lösen. Jeder an seiner Stelle kann dazu seinen Beitrag leisten.“

Das ist richtig. Sie leisten ihn als Professor an der Uni, die Opposition von der SPD leistet ihn hier im Raum

(Glocke des Präsidenten)

und wir leisten unseren Beitrag dadurch, dass wir dieses rot-grüne Regierungsdilemma im Frühjahr 2005 für ein besseres Schleswig-Holstein ablösen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD - Ursula Kähler [SPD]: Eine unreflektierte Rede!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mit großer Aufmerksamkeit der Rede des Oppositionsführers zugehört. Das, was ich jetzt sage, ist ironisch gemeint. Ich finde es wirklich beachtenswert, welche wirtschaftspolitischen Vorstellungen Sie in 15 Minuten entwickelt haben, nämlich gar keine.

(Beifall bei der SPD)

Daraus schließe ich: Die CDU hat kein wirtschaftspolitisches Konzept und sie stellt keinen alternativen Entwurf vor. Das heißt, es herrscht wirtschaftspolitische Ratlosigkeit.

Herr Kayenburg, weil Sie Kabul erwähnt haben, lassen Sie mich an dieser Stelle eines mit aller Deutlich-

keit sagen: Ich bin unserer Ministerpräsidentin außerordentlich dankbar dafür, dass sie nach Kabul gefahren ist und sich erkundigt hat, wie es den Soldaten aus Schleswig-Holstein dort geht. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Friedenssicherung in diesem Land. Das sollten wir alle anerkennen.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, Sie tun gut daran, sich sowohl mit der Ministerpräsidentin als auch mit dem Wirtschaftsminister einmal darüber zu unterhalten, welche Bemühungen gerade von den beiden von mir Genannten unternommen worden sind, um zu verhindern, dass es in **Tarp** zu einer Schließung kommt und dass **Olpenitz** in irgendeiner Form geschlossen wird. Da ziehen Landesregierung und Opposition an einem Strang, dann sollte man hier auch keinen Keil dazwischen treiben. Das ist in unser aller Interesse.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann mich eines Eindrucks nicht erwehren, Herr Kayenburg. Ich kenne einige Ihrer Kollegen, die an Ihrem Wahlprogramm arbeiten. Sie haben in eine wirtschaftspolitische Leitlinie 30mal das Wort „Bürokratieabbau“ und fünfmal das Wort „rot-grünes Chaos“ geschrieben. Mehr ist Ihnen dazu nicht eingefallen. Da kam es Ihnen natürlich ganz recht, dass unser Wirtschaftsminister wirtschaftspolitische Überlegungen bis zum Jahre 2020 entwickelt hat, und prompt haben Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Als Beitrag zum lebenslangen Lernen kann ich Ihnen nur empfehlen: Nutzen Sie die Chance heute, lesen Sie dieses Papier aufmerksam, damit Sie wenigstens einige Anregungen bekommen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Veronika Kolb [FDP]: Was wollen Sie uns eigentlich sagen!)

Ich möchte noch eine weitere Bemerkung machen, die ich wohlweislich schon in meine Rede hineingeschrieben hatte, weil ich ja weiß, was von Ihnen kommt: Natürlich haben Sie - wie von früheren Debatten bekannt - **Unternehmensentscheidungen** zum Abbau von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein dem Wirtschaftsminister und der Ministerpräsidentin angelastet - wider besseren Wissens. Als könnte die Ministerpräsidentin, als könnte der Wirtschaftsminister, Entscheidungen, die bei Motorola in den USA oder bei Danfoss in Nordborg unter bestimmten globalen

(Lothar Hay)

Gesichtspunkten getroffen werden, entscheidend beeinflussen!

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Sie haben aber zumindest den Versuch unternommen. Wer hat dann in der Vergangenheit dazu beigetragen, ist nach Chicago geflogen und hat dafür gesorgt, dass bei **Motorola** eine erste Entscheidung für den Standort Flensburg getroffen worden ist? - Das war unsere Ministerpräsidentin, das war unser Wirtschaftsminister. Das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen. Die beiden setzen sich für den Erhalt von **Arbeitsplätzen** in Schleswig-Holstein über die Maßen ein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit riesigem Erfolg!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unbestritten ist: Wir brauchen Wachstum und wir brauchen Beschäftigung.

(Zurufe von CDU und FDP: Ach!)

Das erhoffte Anspringen der **Konjunktur** ist bisher nicht in dem Maße erfolgt, wie es von der Bundesregierung, aber auch von der Wirtschaft selbst erwartet wurde. Die Wirtschaftsweisen haben in diesen Tagen beklagt, dass vor allem der **private Konsum** zurückgeblieben sei. Zwar geben die aktuellen Daten erneut Anlass zu leichtem Optimismus, aber für eine nachhaltige positive Entwicklung brauchen wir einen erheblich stärkeren Schwung.

Zum Papier von Wirtschaftsminister Rohwer: Die von ihm aufgezeigte Analyse ist natürlich richtig. Wir haben nach wie vor Nachholbedarf - und das verschweigen wir nicht - in der **überregionalen Verkehrsanbindung**, was sich im Kern erst durch die Elbquerung der A 20 ändern wird, denn der Engpass Hamburg kann auch durch die vierte Elbtunnelröhre - das wissen wir alle - nicht überwunden werden. Wir brauchen den weiteren Ausbau und die **Elektrifizierung von Schienenstrecken** in Schleswig-Holstein.

Die Abhängigkeit zahlreicher Betriebe von **Unternehmenszentralen**, die ihren Sitz außerhalb Schleswig-Holsteins haben, ist in den vergangenen Monaten bei deren Entscheidungen zulasten von Arbeitsplätzen in unserem Land immer wieder deutlich geworden. Jeder, der aus Flensburg kommt, weiß, was das heißt und wie stark die Bemühungen sind, wenigstens einen großen Teil dieser Arbeitsplätze zu erhalten. Und da erwarte ich auch von Mads Clausen, dass er nicht nur in Sonntagsreden über die Region Flensburg/Sønderjylland redet, sondern dass er auch dafür sorgt,

dass ein Großteil der bei Danfoss abzubauenen Arbeitsplätze in Nordborg wieder aufgebaut werden, sodass die Menschen in der Region eine Chance haben, nach Norden zu fahren und dort einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das erwarte ich dann auch von den Unternehmern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Demgegenüber sollten die richtig beschriebenen Stärken den Ausgangspunkt für die Überlegungen zur Entwicklung Schleswig-Holsteins darstellen. Wir sind Bestandteil der dynamischen **Ostseeregion** und gleichzeitig das Bindeglied zwischen Dänemark, Schweden und Norwegen nach Mitteleuropa. Die Nähe zur Metropole Hamburg mit ihrer ökonomischen Stärke ist eine unbestreitbare Chance. Wir haben mit Brunsbüttel, in Husum mit dem Offshorehafen, in Kiel und in Lübeck gut ausgebaute **Häfen** an Nord- und Ostsee. Das wirtschaftliche Rückgrat, die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, bieten durch geringe Krisenanfälligkeit gute Chancen für eine langfristig stabile Entwicklung.

Wir haben hochleistungsfähige Universitäten und Fachhochschulen und eine hohe Lebens- und Umweltqualität, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass sich immer mehr Menschen, vor allem ältere, in Schleswig-Holstein ansiedeln. Dies kann auch als Hinweis dafür genommen werden, dass wir beispielsweise im Bereich **Tourismus** auf dem richtigen Weg sind. Zu uns kommen die Menschen, um hier zu arbeiten und sich zu erholen. Gerade in diesem Bereich, nämlich der Bewahrung des Naturerbes und der Lebensqualität, liegt auch eine der Chancen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Denn gerade hier könnte Schleswig-Holstein als Standort für Konferenzen, kulturelle Veranstaltungen und Kulturereignisse im Zusammenhang mit dem Tourismus noch weiter entwickelt werden, wobei gerade der Kulturtourismus eine noch größere Bedeutung bekommen kann und muss.

Die aktuellen Entwicklungstrends sind von unserem Wirtschaftsminister aufgearbeitet worden, weil sie für die zukünftige strategische Positionierung des Landes wichtig sind. Lassen Sie mich davon einige Punkte darstellen:

Erstens. Die existenziellen Probleme des **Mittelstandes** beruhen auf der häufig zu geringen Eigenkapitalbasis und den zunehmenden Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung sowie den nicht zu leugnenden Problemen der Nachfolge beim Ausscheiden des Betriebsinhabers.

(Lothar Hay)

Zweitens. Die Konzentration von **Wachstum und Beschäftigung** auf Ballungsräume wird sich in den zukünftigen Jahren fortsetzen. Daraus muss der Schluss gezogen werden, Vorteile für unser Land aus der Wachstums- und Beschäftigungskraft der Metropole Hamburg zu ziehen. Und dies darf nicht nur für die Randkreise gelten, sondern muss auch für die Entwicklungsachsen Richtung Neumünster-Kiel, Richtung Lübeck und weiter über Flensburg Richtung Sønderjylland gelten.

Drittens. Wenn es richtig ist, dass die Bildung **regionaler Cluster** für die Konkurrenzfähigkeit von Bedeutung ist, dann ist daraus der Schluss zu ziehen, dass in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft, Informations- und Systemtechnik, maritimer Wirtschaft, regenerative Energie sowie Tourismus Cluster gebildet und gefördert werden müssen. Derartige Kompetenzprofile sollen die Regionen überregional attraktiv positionieren, sowohl für die Unternehmen, für Arbeitskräfte als auch für die Forscher im jeweiligen Bereich.

Viertens. Qualifizierte Hochschulabsolventen stehen für die Wirtschaft im Land bereit. Es muss aber in unserem eigenen Interesse liegen, dass bei uns mit Steuergeldern ausgebildete Hochschulabsolventen auch vermehrt einen Arbeitsplatz in unserem Land finden und dort arbeiten können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fünftens. Was die hochwertige **Aus- und Fortbildung** angeht, müssen wir in den Bereichen, die zu den vorgenannten Clustern gehören, besser sein als andere.

Sechstens. Der **demographische Wandel** mit ungünstigen Entwicklungen im Bereich der **Sozialversicherung** ist für Schleswig-Holstein gleichzeitig mit Chancen verbunden. Bereits seit längerem stellen wir fest, dass sich gerade ältere Menschen, die häufig über eine überdurchschnittliche Kaufkraft verfügen, wegen der Wohninfrastruktur, touristischer Angebote und Gesundheitsleistungen in unserem Land niederlassen.

Der weiter wachsende Bedarf an Mobilität wird dazu führen, dass das Verkehrsaufkommen bei allen Verkehrsträgern auch in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies vor allem die Ausbauten im Bereich A 7, A 20, A 21, die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck, die Engpassbeseitigungen, insbesondere um Hamburg, sowie die feste Fehmarnbelt-Querung voranzubringen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es ist sehr erfreulich, dass sich bei der Elbquerung zumindest eine kleine Lösung abzeichnet. Was die feste **Fehmarnbelt-Querung** angeht, so wird noch in diesem Jahr eine Grundsatzentscheidung nötig - das haben wir bei Gesprächen in Dänemark, in Kopenhagen, immer wieder erfahren -, damit ein Baubeginn vor 2010 erfolgen kann, um auch die entsprechenden europäischen Fördergelder zu erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Mir erscheint es noch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die bisher vorgelegten Berechnungen gerade unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Øresund-Brücke und der Querung des Großen Belts in Dänemark zu prüfen sind.

Schleswig-Holstein soll auch 2020 ein Land mit vielen erfolgreichen Mittelstandsbetrieben sind. Das wird nur dann gelingen, wenn alle Chancen für neue Produktideen, für neue Produktionswege genutzt und Hemmnisse soweit wie möglich abgebaut werden. Wir unterstützen dies durch viele Institutionen und Fördervorhaben. In den bereits von mir genannten Punkten Gesundheitswirtschaft, Mikrosystemtechnik, Informationstechnik und Multimedia, maritime Wirtschaft sowie erneuerbare Energien und Tourismus müssen wir uns weiter profilieren.

Ein **Nordverbund**, vor allem mit Hamburg, kann sich als Wachstumsregion Nord unter Nutzung der Wachstumspotentiale Hamburgs überdurchschnittlich entwickeln.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Veronika Kolb [FDP])

Dabei spielen die Entwicklungsachsen gen Norden - ich habe sie eben aufgezeigt - eine besondere Rolle. Hier muss es vermehrt **Kooperationen** geben, das muss unser Ziel sein. Und um es deutlich zu sagen, erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, dass für eine solche von mir aufgezeigte Entwicklung ein Nordstaat keine Rolle spielt.

Wenn Schleswig-Holstein es schafft, sich dauerhaft als innovative Region zu profilieren,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie mal, wie Sie das schaffen wollen!)

dann wird es gleichzeitig für hoch qualifizierte und innovative Menschen attraktive Arbeitsplätze bieten können.

Im Standortvergleich hat Schleswig-Holstein viele Stärken, die wir ausbauen müssen: gut qualifizierte

(Lothar Hay)

Arbeitskräfte, ein niedriges Kostenniveau für Arbeitnehmer, eine gute Wirtschaftspolitik und -förderung sowie ein gutes Gründerklima.

(Veronika Kolb [FDP]: Darauf warten wir!)

Das von der Bertelsmann Stiftung durchgeführte umfassende **Ranking der Bundesländer** hat - das hören Sie nicht so gerne - auf die erfolgreiche Stärkung des Mittelstandes durch unsere Wirtschaftspolitik abgehoben. Wir haben gute Chancen für Gründer geschaffen. Unsere Arbeitsmarktpolitik ist richtig ausgerichtet. Wir haben die richtigen technologischen Schwerpunkte gesetzt und neue Wachstumsfelder wie die **Gesundheitswirtschaft** entwickelt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit Sicherheit liegen wir richtig, wenn wir unsere wirtschaftspolitischen Perspektiven auf dem Meer, mit dem Meer und am Meer weiter entwickeln. Darin liegt eine große Chance für unsere Politik, für unsere Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten vorantreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es steht fest: Die Menschen leben gern in Schleswig-Holstein. Sie arbeiten gern bei uns, und sie machen gern Urlaub in Schleswig-Holstein. Wir sollten, auch wenn es der Opposition nicht passt und sie keine eigenen Vorstellungen hat, alles dafür tun, dass dies auch im Jahre 2020 noch für uns alle gilt.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir gestern vom Kollegen Hentschel das Theorem vom nicht mehr zum Friseur gehenden VW-Arbeiter hören durften, hat uns Herr Minister Professor Rohwer heute eine Vorlesung der Theorie der praktischen Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein gehalten. Ich gebe zu, Herr Minister, dass Ihre Ausführungen wesentlich mehr Tiefgang hatten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das stimmt!)

Dazu gehört allerdings auch nicht sehr viel.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Entschuldigung, Frau Abgeordnete. - Meine Damen und Herren, ich darf darum bitten, unbedingt notwendige Plaudereien vor den Plenarsaal zu verlegen!

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Dennoch liegt eine gewisse Tragik in dieser Debatte, meine Damen und Herren. Der Wirtschaftsminister, der vor 16 Jahren als junger, kluger Kopf in die Denkfabrik berufen wurde, denkt jetzt immer noch oder erneut darüber nach, was in weiteren 16 Jahren passieren sollte.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Denken an sich ist ja nicht schlecht!)

- Herr Baasch, würden Sie zugeben, dass auch für Sie gilt: Denken ist nicht grundsätzlich schlecht, nicht einmal für Politiker?

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Martin Kayenburg [CDU])

Ich fürchte nur, in diesem Tempo wird Schleswig-Holstein den Wettlauf der Regionen nicht gewinnen.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsminister hat wieder einmal eine Strategie angekündigt. Wenigstens das kann er gut. Wir sind uns einig, Herr Kayenburg: Herr Rohwer ist der Super-Ankündigungsminister. Hinter dieser Strategie stehen allerdings zwei ganz andere Strategien. So möchte der Minister davon ablenken, dass er bereits Vieles angekündigt und Weniges erreicht hat. In Vergangenheit und Gegenwart hat er versagt. Deswegen schreibt und spricht er jetzt über das Jahr 2020.

Verstehen kann ich das ja, Herr Minister. Sie empfinden es bestimmt als unangenehm, neun Monate vor der Landtagswahl wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch mit leeren Händen dazustehen. Niemand räumt gern seinen eigenen Misserfolg ein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie wissen auch, dass Sie in den nächsten neun Monaten nichts mehr beschicken können.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben ja nicht einmal Alternativen!)

- Lieber Herr Kollege Neugebauer, da wäre es ja geradezu verwerflich und verschwendete Zeit, über die Gegenwart von Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Schleswig-Holstein zu reden. Außerdem würden Sie

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

das zutreffende Bild Ihres Versagens in der Öffentlichkeit verstärken.

(Günter Neugebauer [SPD]: Bitte etwas niedriger hängen!)

- Vielleicht sollten Sie sich Folgendes doch einmal anhören: Unter Rot-Grün verfällt die Infrastruktur, unter Rot-Grün fehlt das Wachstum und unter Rot-Grün herrscht Massenarbeitslosigkeit, die höchste Massenarbeitslosigkeit seit 1952.

(Rolf Fischer [SPD]: Machen Sie doch Vorschläge!)

- Wenn Sie dauernd dazwischenquaken, wir sollten Vorschläge machen, sage ich Ihnen: Lesen Sie doch einmal das Strategiepapier Ihres Ministers. Das besprechen wir heute und nicht unser Programm.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

Angesichts dessen verstehe ich wirklich gut, dass Sie, Herr Minister, der Tristesse, Ihrer alltäglichen Arbeit lieber entfliehen und über die ferne Zukunft fabulieren möchten. Deswegen heißt das Strategiepapier ja auch „Wachstum und Beschäftigung für Schleswig-Holstein“; denn **Wachstum** und **Beschäftigung** sind gerade das, was Schleswig-Holstein unter der derzeitigen Landesregierung immer dringender braucht. Das ist das Problem Schleswig-Holsteins und das größte Hindernis für dessen Lösung ist Rot-Grün. Deswegen träumt Minister Rohwer vom Jahr 2020. Spätestens 15 Jahre nach dem Ende von Rot-Grün in Schleswig-Holstein sollen wir hier wieder dauerhaft angemessenes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung haben. Wir möchten das früher erreichen!

Meine Damen und Herren, eigentlich möchte der Wirtschaftsminister das ja auch. Das ist die zweite Strategie, die er mit diesem Papier verfolgt: Er will zeigen, dass endlich Schluss sein muss mit der Politik auf Pepita-Niveau. Deshalb reiste er Anfang dieses Jahres durchs Land und forderte, die Landespolitik müsse sich nun endlich daran ausrichten, dass Schleswig-Holstein mehr Wachstum braucht. Das zeigt zweierlei: Erstens war der Minister offensichtlich bis Mitte März mit der Grundrichtung der Politik seiner Landesregierung unzufrieden und traute sich auch, das öffentlich zu sagen. Sonst hätte er nicht gefordert, dass sich die Politik der Landesregierung grundlegend ändern müsse.

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Zweitens hat sich Mitte März aber offensichtlich etwas verändert. Entweder hat der Minister seine

Ansichten über die Arbeit seiner Kollegen geändert oder seine Kollegen haben ihn auf Linie getrimmt. Wahrscheinlich Letztes. Schließlich war es für den Rest des Kabinetts und andere rot-grüne Amts- und Würdenträger bestimmt unangenehm, ständig vorgehalten zu bekommen, der Landessuperminister behaupte, die rot-grüne Landesregierung mache zu wenig Politik für Wachstum und Beschäftigung. Der so Getrimmte hat dann Mitte März seinen Wunsch nach sinnvoller Politik einfach als Vision ins Jahr 2020 verschoben.

Wir können das Papier des Ministers in drei Schritten entschlüsseln: Erstens ersetzen wir 2020 durch 2005. Warum sollte das, was 2020 gut ist, 2005 nicht gut sein? Zweitens ersetzen wir in allen Sätzen mit politischen Forderungen das Subjekt „Schleswig-Holstein“ durch „die rot-grüne Landesregierung“. Denn Rot-Grün hat ja noch die politische Mehrheit im Land, Rot-Grün stellt noch die Landesregierung.

(Zurufe von der SPD)

- Aus Ihrer Sicht schon, aber aus unserer nicht, und die Fraktionen von SPD und Grünen folgen Heide Simonis und ihrem Kabinett so gläubig wie einst die Kinder dem Rattenfänger von Hameln. Drittens leiten wir aus den erhobenen Forderungen den ihnen jeweils zugrunde liegenden Missstand ab. Denn warum sollte der Minister etwas fordern, wenn alles gut wäre?

So betrachtet ist dieses Strategiepapier des Wirtschaftsministers eine vernichtende Kritik an 16 Jahren rot-grüner Politik in Schleswig-Holstein. Man braucht sich nur einmal die Top 30 seiner Mängelliste anzusehen. - Ich werde sie nicht alle aufzählen. - Einiges wiederholt er ab und zu, aber das soll seine Kritik sicherlich nur verdeutlichen. Folgendes sind alles Forderungen des Ministers. Sie können sie im Strategiepapier nachlesen.

Erstens. Die rot-grüne Landesregierung erhält zu viele bürokratische Hemmnisse aufrecht. Zweitens. Die rot-grüne Landesregierung hat die Wirtschaftsförderung zu wenig auf den Mittelstand ausgerichtet. Drittens. Die rot-grüne Landesregierung setzt sich beim Bund und bei der EU zu wenig für mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen ein. Viertens. Die rot-grüne Landesregierung arbeitet zu wenig mit Hamburg zusammen. Fünftens. Sie konzentriert die Infrastrukturinvestitionen nicht genug im Hamburger Rand und entlang der A 7 und der A 1. Sechstens. Die rot-grüne Landesregierung vernachlässigt die Hochschulen. Sie macht jährlich zu viele neue Schulden. Die rot-grüne Landesregierung gibt zu viel Geld für Konsum und zu wenig für Investitionen aus. Sie hat

(Christel Aschmoneit-Lücke)

zu viel Verwaltung, vernachlässigt die Schulbildung und so weiter.

Meine Damen und Herren, der Minister stellt 30 Forderungen auf, denen wir uneingeschränkt zustimmen können. Aber er sagt nicht dazu, dass seine Landesregierung diese Forderungen in der Vergangenheit offensichtlich alle vernachlässigt hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Er hat mit diesem Strategiepapier, das wir uns alle genau ansehen sollten, mit allen seinen Forderungen, im Vorwege der anstehenden Wahlkämpfe genau aufgezeigt, wo die Landesregierung in der Vergangenheit bedauerlicherweise gefehlt hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Minister Rohwer, ich danke Ihnen für diesen umfangreichen Beitrag zur Bewertung der Politik Ihrer Landesregierung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich stimme der Selbstkritik des rot-grünen Wirtschaftsministers und seiner Kritik an der Politik der Landesregierung, seiner Regierung seit 1988, uneingeschränkt zu. Das Meiste von dem, was er feststellt und fordert, halte ich für richtig. Der Volksmund sagt: Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. - Aber dafür ist es bei Rot-Grün zu spät;

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

denn schon am 28. Juni 1988 beschrieb Björn Engholm in seiner Regierungserklärung nahezu die gleichen Mängel, die sein ehemaliger Kopfarbeiter jetzt anprangert. Björn Engholm kündigte damals auch an, er wolle mit seiner Regierung eine langfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik betreiben, um Schleswig-Holstein als **Wirtschaftsstandort** zu stärken, das Wachstum zu beschleunigen, die Beschäftigung zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu senken. Außerdem wollte er hierzu mit seiner Regierung die unverantwortliche Politik immer höherer Haushaltsdefizite beenden. Dazu hatte er sich Heide Simonis als Finanzministerin ins Kabinett geholt - ausgerechnet!

Der Rest ist Geschichte. Die SPD-geführten Landesregierungen haben nichts dergleichen vollbracht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Im Gegenteil: Im Vergleich zu den **westdeutschen Flächenländern** hat sich alles verschlechtert. Darüber können auch die drei positiv klingenden Absätze aus der Bertelsmann-Studie nicht hinwegtäuschen, die der Minister überall zitiert.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Selbstverständlich. - Denn in dieser Studie landet Schleswig-Holstein im Ergebnis abgeschlagen auf dem vorletzten Platz der westdeutschen Flächenländer.

Herr Minister Rohwer, ist es Ihnen nicht ein bisschen peinlich, diese Misserfolge ständig als Lob Ihrer Politik zu zitieren?

(Beifall bei FDP und CDU)

Mein Fazit ist: Der Wirtschaftsminister beurteilt die Politik der Landesregierung als katastrophal und er hat Recht. Trotzdem ist auch er nur ein Teil des Problems und keine Lösung. Sie wissen doch selbst, Herr Minister, wie es in diesem Land nach 16 Jahren rot-grüner Politik aussieht. Ihre Agenda 2020 ist eine Bankrotterklärung. Das, was Sie uns heute als Strategie verkaufen wollen, ist nichts anderes als ein resigniertes, wenn auch - zugegebenermaßen - elegantes Die-Flinte-ins-Korn-Werfen. Sie wissen, im Jahre 2020 wird Sie niemand mehr an diesen Zielen messen. Sie hätten auch 2030 oder 2050 hinschreiben können. Ganz egal. Die politische Gegenwart in Ihrem Sinne zu gestalten, ist Ihnen nicht gelungen. Leider wurden Sie durch Ihre Genossen und den grünen Partner zu oft ausgebremst. Auch für Sie, Herr Minister, gilt - ich sage es einmal mit Frank Sinatra - „It's time to say good bye“. - Tröstlich ist allerdings, dass Ihnen die CDU heute noch einmal die Plattform gegeben hat, sich selbst und Ihre Fantasie bezüglich 2020 hier ausgiebig darzustellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die grundsätzliche Aussage des Wirtschaftsministers in seinem Strategiepapier ist richtig: Schleswig-Holstein ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort und ein guter Lebensort für alle Generationen. Auch für das Jahr 2020 hat unser Land gute Chancen für seine Entwicklung. Wir müssen sie nutzen.

Es gibt durchaus positive Parameter. Schleswig-Holstein gehört bei den Neugründungen von Unternehmen zur Spitzengruppe in Deutschland. Das müssen wir halten und ausbauen. Die **Förderinstrumente** sind weiter auf die kleinen und mittleren Unternehmen zu konzentrieren. Die in Schleswig-Holstein

(Karl-Martin Hentschel)

existierenden Förderinstrumente sind bundesweit gelobt worden. Wir haben also durchaus eine Reihe von Anknüpfungspunkten, auf die wir stolz sein können und mit denen wir weiter Politik machen können.

Schleswig-Holstein ist im Umbruch. Dieser Umbruch weg von traditionellen Wirtschaftsstrukturen hin zu modernen **Wirtschaftsstrukturen** ist ein schwieriger Prozess. Niemand bestreitet, dass es nicht überall rosig aussieht. Aber es ist unsere Aufgabe, auf die Chancen und Möglichkeiten zu schauen und diese zu fördern. Es hilft überhaupt nichts, die Lage und die Schwierigkeiten zu bejammern, gerade was **Standortscheidungen** von großen **Konzernen** angeht, die für Schleswig-Holstein nicht immer nur positiv sind.

Was die Zukunftsbranchen für unser Land betrifft, so stimme ich mit dem Minister überein. **Zukunftstechnologien** sind nachhaltige Technologien; sonst werden sie auf Sicht keine Chance haben. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie. Beides gehört für eine erfolgreiche Entwicklung zusammen. Das ist zukunftsgerichtet.

In Schleswig-Holstein haben notwendige Weichenstellungen begonnen. **Effizienztechnologie**, regenerative Energien, Umwelttechnologien sind heute Wachstumszweige. Was vor 15 Jahren noch reine Vision war, ist heute bereits überall im Lande zu sehen. Das sieht nur der nicht, der es nicht sehen will, der die Betriebe nicht besucht und einfach nicht zur Kenntnis nimmt, wie viele Tausende von kleinen Betrieben wir im Lande haben, die in Zukunftstechnologien operieren, sei es im Softwarebereich, im Mikrotechnologiebereich, im Nanotechnologiebereich, im Bereich der Informationstechnik, der Medizintechnik, der Biotechnologie, im Bereich der Meerestechnik, im maritimen Verbund sowie in der Energie- und Umwelttechnik. Die vielen Tausend kleinen und mittleren Betriebe, die sich in diesen Bereichen in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren entwickelt haben, stellen natürlich noch nicht die Masse der **Arbeitsplätze** zur Verfügung; das ist richtig. Aber man schätzt, dass es dort heute bereits an die 100.000 Arbeitsplätze gibt. Das sind die Chancen für die Zukunft, auf denen wir aufbauen müssen. Dort werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein hat auch gute Ausgangsbedingungen. Es gibt hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Viele Menschen, selbst Spitzenkräfte der Wirtschaft, bleiben gern in Schleswig-Holstein, weil das Leben hier attraktiv ist.

Bildung und Wissenschaft sind die Basis des Wohlstands von morgen. Obwohl heute schon fast 60 % der Personalkosten des Landes in **Bildung und Wissenschaft** fließen, werden wir in Zukunft noch mehr investieren müssen. Zugleich müssen wir in der Bildungspolitik den Mut haben, auch die Effizienzpotenziale besser auszuschöpfen. Kürzere Schulzeiten, die Bildung von Oberstufenzentren mit mehr Angeboten zu geringeren Kosten und kürzere Studienzeiten dürfen kein Tabu sein.

Schleswig-Holstein hat überwiegend kleine und mittlere Betriebe. Diese haben, selbst wenn sie hoch innovativ sind, nur wenig Kapital und personelle Ressourcen für größere **FuE-Projekte** und für **Kooperationen** mit den **Hochschulen**. Sie lösen auch nur wenig Sekundäreffekte bei Zulieferern und hoch qualifizierten Dienstleistern aus. Deshalb sind die Bildung von technologischen Clustern, die Konzentration auf die strategischen Bereiche Effizienz-, Zukunfts- und Umwelttechnologien und die Kooperation mit Hamburg von so zentraler Bedeutung.

Die **Förderinstitute**, die ttz, die MBG und die I-Bank, möchte ich ausdrücklich loben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Mit relativ wenig Landesmitteln ausgestattet, schaffen sie es immer wieder, strategisch wichtige Initiativen zu starten, viele kleine Betriebe zu unterstützen und neue Entwicklungen voranzubringen. Ich kann jedem nur empfehlen, sich die Broschüren beziehungsweise Faltblätter der ttz anzuschauen und die Betriebe selbst zu besuchen, über die darin berichtet wird. Es lohnt sich wirklich. Es zeigt, wo die Zukunftsentwicklung stattfindet.

Gleichwohl stelle ich fest - das ist unser aller Problem; da ist die Opposition mit ihren Forderungen nicht gerade Vorreiter -, dass wir immer noch viel zu viel in die **Erhaltung der alten Strukturen** investieren,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dass wir zu viel in Straßenbau, Landwirtschaft, die Entwicklung der ländlichen Räume und die Werften investieren. Diese Bereiche verschlingen den Großteil der Fördermittel. Das sind die Bereiche, über die ununterbrochen diskutiert wird. Worüber sehr wenig diskutiert wird und worauf es meiner Ansicht nach zentral ankommt, sind doch gerade die Zukunftstechnologien. Das sind die **Innovationen**. Das ist die Verknüpfung von Bildung und kleinen Betrieben, von Universitäten und Technologiezentren. Das sind die

**(Karl-Martin Hentschel)**

Knotenpunkte, an denen Neues geschaffen wird und die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Dort müssen mehr Mittel mobilisiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Debatten, die wir hier führen, die sich immer nur mit bestehenden, alten Strukturen beschäftigen, sind zwar wichtig, lösen aber nicht die Zukunftsprobleme. Deswegen finde ich es ausgesprochen wichtig, dass der Minister ein Visionspapier geschrieben hat, das auf 2020 zielt und das die Perspektiven beschreibt, das, wohin wir uns bewegen müssen.

Herr Kayenburg, es ist völlig sinnlos, wenn Sie nicht bereit sind, sich mit diesem Papier auseinander zu setzen, oder Frau Aschmoneit-Lücke, wenn Sie sagen, 2020, der Minister gucke zu sehr in die Zukunft, er solle sich heute kümmern. Wir können heute nur eine gute, effiziente Politik machen, wenn wir langfristig handeln und auch Schritte tun, die sich nicht von heute auf morgen direkt in Heller und Pfennig auswirken.

Natürlich, wenn ein Betrieb in die Krise kommt, ist es das Effizienteste, in diesen Betrieb erst einmal ein paar Millionen reinzustecken, damit er weiter arbeitet. Damit rettet man Arbeitsplätze. Aber es ist doch viel wichtiger, dass wir gucken, was die Betriebe sind, die 2010, 2020 vielleicht Tausende von Arbeitskräften beschäftigen können. Wenn wir das vor 15 Jahren gemacht hätten, was Sie gesagt haben, nämlich auf die Windenergie verzichtet hätten, hätten wir heute nicht die 4.000 Arbeitsplätze

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

und hätten wir nicht viele Arbeitsplätze, die mehr sind, als wir heute in der Werftindustrie haben. Das ist doch die Entwicklung! Sie gucken nicht nach vorn - das ist das, was ich Ihnen vorwerfe -, Sie gucken immer nach hinten, Sie gucken immer aufs Bestehende und sagen: Das ist alles nicht so toll und deswegen sind alle blöd.

Nein, so ist es nicht. Der Wirtschaftsminister macht eine Politik, die nach vorn guckt, die gerade viele kleine Ansätze unterstützt. Darauf kommt es an, kleine Ansätze zu unterstützen, wo sich neue Firmen gründen.

Ich denke immer an den kleinen Studenten von der Technischen Fakultät in Kiel, den ich getroffen habe, der damals auf der Hannover-Messe stand und die Trockenbatterie erfunden hat. Ich habe mir damals überlegt, was es bedeutet, wenn eines Tages in jedem Handy eine Trockenbatterie eingebaut ist. Das bedeutet, dass die Handys nur noch die Hälfte wiegen, weil

das größte Gewicht heutzutage die Batterie ist. Das betrifft viele kleine elektrische Geräte. Wenn die Trockenbatterie eines Tages zum Durchbruch kommt, kann das bedeuten, dass dieser Mensch ein Milliardär wird. Das wurde mir klar, als ich überlegt habe, was das für eine Erfindung ist.

Daraufhin hat die Landesregierung diesem Menschen Geld gegeben, damit er eine Fabrik in Itzehoe bauen kann. Dort findet zurzeit die erste Entwicklung und Produktion statt und er fängt langsam an, in den Markt reinzugehen. Niemand weiß, ob das erfolgreich ist, niemand weiß, ob daraus Tausende Arbeitsplätze entstehen werden, aber es können Tausende Arbeitsplätze entstehen und das ist das Entscheidende. So etwas aufzuspüren, so eine Wirtschaftspolitik zu machen, darauf kommt es an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Jetzt noch einmal zur Frage des hentschelschen Theorems, von dem Sie so schön gesprochen haben, Frau Aschmoneit-Lücke. Dienstleistungssektor: Es ist in der Tat so, dass alle kleinen und großen Industrieländer von Skandinavien bis Nordamerika, die es schaffen, wesentlich mehr Arbeitsplätze bereitzustellen als wir - Skandinavien zum Beispiel 20 % mehr Arbeitsplätze pro Kopf -, diese Arbeitsplätze nicht im Industriesektor haben, sondern im Dienstleistungssektor. Diese Länder haben mittlerweile einen Anteil von **Dienstleistungen und Handwerk** von 80 % der Beschäftigten.

Diese Entwicklung kann nur funktionieren, wenn wir es schaffen, dass die Gelder, die wir im Ausland verdienen - es kann niemand bestreiten, dass wir im letzten Jahr Exportweltmeister waren, wir haben Geld verdient im Ausland, unsere großen Konzerne, auch wenn nicht so viel Steuern reingekommen sind -, dazu führen, dass Dienstleistungen inländisch entstehen und damit auch die Binnenkonjunktur angereizt wird. In den USA tragen gerade die vielen kleinen Dienstleistungen die Konjunktur und nicht nur die Großindustrie. Das ist das Geheimnis von erfolgreichen Volkswirtschaften, wie wir sie zurzeit erleben, die es schaffen, immer wieder neue Arbeitsplätze bereitzustellen.

Wenn wir das nicht schaffen, dann hängt das damit zusammen, dass wir eine Struktur haben, die gerade die kleinen Dienstleistungen und die Dienstleistungen im sozialen Sektor, im Umweltsektor und in anderen Bereichen, aber auch das Handwerk massiv behindert. Es ist wichtig, sich um diese Frage zu kümmern, das Steuersystem in dieser Frage zu optimieren und nicht immer nur danach zu optimieren, wie die Konkur-

(Karl-Martin Hentschel)

renzfähigkeit auf dem Weltmarkt gestärkt wird, sondern wie die Förderung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor ist. Denn die **Stärkung des Dienstleistungssektors** ist notwendig, damit die Binnenkonjunktur trägt. Diese Frage wirtschaftswissenschaftlich zu behandeln, ist ausgesprochen wichtig. Es ist wichtig, dass wir die Erkenntnisse, die es in der Wirtschaftswissenschaft zu diesem Thema längst gibt, endlich genügend in Politik umsetzen. Das geschieht in Deutschland zu wenig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Frau Aschmoneit-Lücke und Herr Garg, ich bin gern bereit, mich mit diesem Thema detailliert auseinander zu setzen. Ich bin allerdings nicht bereit, dass sich - was wir hier immer wieder erleben, wenn wir über solche Fragen reden - die Debatte im Landtag auf billige Polemik beschränkt. Das ist schade. Gerade wenn Sie ein Papier des Wirtschaftsministers zur Debatte nehmen, finde ich es ausgesprochen interessant, sich mit den einzelnen Thesen auseinander zu setzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie vereinzelt bei SPD und SSW - Dr.  
Heiner Garg [FDP]: Ein paar Lösungen wären auch nicht schlecht!)

Nun komme ich zu den **Verkehrsverbindungen**. Auch dort muss man sich die wirklichen Entwicklungen angucken. Alle Verkehrsprognosen gehen von dramatischen Zuwächsen in den nächsten 15, 20 Jahren aus. Tatsache ist, dass der Individualverkehr in Deutschland in den letzten fünf Jahren um 8 % gesunken ist. Tatsache ist, wenn man die Tendenz der letzten fünf Jahre fortschreiben würde, dass man in den nächsten 20 Jahren zu völlig anderen Zahlen käme, als unsere Prognosen besagen. Nun mag es sein, dass die eine Prognose oder die andere Prognose richtig ist. Ich verlange nur, dass man die Zahlen einmal zur Kenntnis nimmt.

Ähnliches gilt für andere Sektoren. Wir haben einen dramatischen Anstieg im Billigflugsektor, der jetzt fortgeschrieben wird. Niemand weiß, ob das stimmt, und niemand weiß, ob die tatsächliche Kostenrelationen im Billigflugsektor überhaupt nachhaltig aufrechterhalten werden. Wenn wir eine Kerosinsteuer bekommen, wenn wir eine Mehrwertsteuer für den Flugverkehr bekommen, wie es jetzt in der EU diskutiert wird, haben wir im Flugverkehr plötzlich völlig andere Rahmenbedingungen. Wenn wir eine Maut im LKW-Verkehr und so weiter haben, kann es sein, dass wir völlig andere Rahmenbedingungen haben. Dann muss die Frage, wie sich die Flugverkehre ent-

wickeln, gestellt werden. Der Flughafen Hamburg hat auch bei den jetzigen Wachstumswahlen noch für Jahrzehnte genügend Wachstumsplatz.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay  
[SPD])

Deswegen glaube ich, dass die Option Kaltenkirchen nicht notwendig ist und es völlig verrückt wäre, darauf zu setzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die Flughäfen Kiel und Lübeck sind hochgradig defizitär. Für Kiel ist in dem Jahr, in dem die Gutachten angestellt wurden, prognostiziert worden, dass Kiel im Jahr 2004 über 200.000 Fluggäste haben wird. Tatsächlich sieht es im Moment so aus, dass die Zahl der Fluggäste leicht über 50.000, also einem Viertel davon, liegen wird. Man muss diese Zahlen endlich zur Kenntnis nehmen. Das sage ich auch meinem Koalitionspartner. Wenn die Zahlen nur ein Viertel dessen betragen, was damals prognostiziert worden ist, als der Ausbau geplant wurde, muss man die Frage stellen, ob der Ausbau tatsächlich sinnvoll ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

In Lübeck subventionieren wir im Grunde genommen nur einen Billigflieger, nämlich Ryanair. Ich frage mich, ob es notwendig ist, für ein privates Unternehmen wie Ryanair 20 Millionen Fördermittel des Landes zur Verfügung zu stellen, um einen Billigflieger zu subventionieren und damit aus Steuergeldern im Wesentlichen billige Urlaubsflüge zu finanzieren.

(Lothar Hay [SPD]: Urlaub bei uns ist viel besser!)

Es ist zwar nett, wenn jemand für 19 € nach Pisa fliegen kann, und ich gönne jedem, für eine Taxifahrt nach Pisa zu fliegen, aber ich sehe nicht ein, dass das eine Sache ist, die der Steuerzahler finanzieren muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Günter Neugebauer  
[SPD])

Das hat auch nichts mit zukunftsweisender Wirtschaftspolitik zu tun. Das hat mir bisher keiner erklären können.

Meine Damen und Herren, Minister Rohwer spricht von einem gemeinsamen Leitbild für die Wachstumsregion Nord. Ich bin gegen Denkverbote über den Nordstaat. Ich bin dafür, dass man die Frage offen diskutiert, gerade wenn wir über einen Zeitraum bis 2020 sprechen. Aus meiner Sicht spricht vieles für

**(Karl-Martin Hentschel)**

eine Ländertransformation, insbesondere damit eine Metropole nicht von ihrem Umland abgeschnitten wird. Es geht gar nicht um Staat oder sonst etwas, es geht einfach darum: Wir haben eine Metropole, wir haben darum liegende Länder und es gibt ständig Reibungspunkte, es gibt ständig Konfliktlinien in der Zusammenarbeit, die unabhängig von den jeweiligen Regierungen sind. Das hat nichts mit CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder sonst welcher Regierungsführung zu tun. Es ist einfach festzustellen, dass die Konstellation ungünstig ist und die Konstellation meinetwegen in Bayern mit einer Metropole München und einem Umland, die von einer gemeinsamen Landesregierung regiert werden, günstiger und effizienter ist.

Deswegen bin ich dafür, dass das auch gemacht wird. Wenn man es macht, sollte man nicht nur Schleswig-Holstein und Hamburg zusammentun, sondern mindestens auch Mecklenburg-Vorpommern, damit man ein ausreichendes Gegengewicht des flachen Landes gegenüber der Großstadt hat, weil die Metropole sonst zu mächtig wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss. - Ludwig Erhard - ich dachte, ich nehme einmal ein Zitat von einem Christdemokraten - sagte einmal:

„Ich glaube, es ist immer noch besser, die Wirtschaft gesund zu beten, als sie tot zu reden.“

Das sollten wir uns zu Herzen nehmen, auch die Opposition.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Günter Neugebauer  
[SPD])

Es ist nicht alles rosig, aber wir brauchen keine Angst vor der Zukunft zu haben. Wir kennen unsere Stärken und Schwächen. Schleswig-Holstein hat eine gute Ausgangslage und seine Chancen müssen auch in schwieriger Umwelt genutzt werden. Deshalb: Schluss mit dem Jammern, lassen Sie uns die Probleme anpacken!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch der SSW begrüßt, dass der Landtag heute über das **Strategiepapier des Wirtschaftsministers** debattiert. Das gibt uns die Gelegenheit, über die Tagespolitik hinaus langfristige Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins aufzuzeigen. Die Zukunft ist schwer vorauszusagen. Wichtig ist, dass die Politik bereits heute die Weichen für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung des Landes stellt.

Bei allen politischen Unterschieden in der Bewertung der Arbeit der Landesregierung auf dem wichtigen Feld der Wirtschaftspolitik glaube ich doch, dass wir in der Analyse der Ausgangslage weitgehend Übereinstimmung haben. Denn die vier strukturellen Faktoren, die laut Dr. Rohwer Schleswig-Holstein in besonderer Weise belasten, kann man nicht wegdiskutieren. Schleswig-Holstein hat gegenüber den europäischen Wirtschaftszentren eine sehr dezentrale Lage. Wir haben zum Teil immer noch eine veraltete Wirtschaftsstruktur. Unsere Wirtschaft wird von kleinen und mittleren Unternehmen dominiert. Wir haben immer noch zu wenig Forschung und Entwicklung im Land.

Aus Sicht des SSW füge ich hinzu, dass diese vom Wirtschaftsminister angesprochenen **strukturellen Defizite** noch viel stärker für den Norden des Landes und für die Westküste gelten. Daher ist es auch kein Wunder, wenn diese strukturschwachen Gebiete in punkto Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Industriedichte auch heute noch hinter dem Süden des Landes hinterherhinken. Dazu muss unterstrichen werden, dass der Landesteil Schleswig die Hauptlast bei der Verringerung der Dienstposten der Bundeswehr seit 1990 in Höhe von 30.000 Stellen zu tragen hatte, obwohl wir im Norden nur einen Bevölkerungsanteil von knapp 20 % haben.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen strukturellen Ausgangslage, die auch noch von kaum beeinflussbaren weltwirtschaftlichen Entwicklungen geprägt ist, kann der SSW der Aussage des Wirtschaftsministers zustimmen, dass sich die **Ergebnisse der Wirtschafts- und Strukturpolitik** durchaus mit anderen Bundesländern messen lassen können. Sieht man sich die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsdaten von 1991 bis 2003 an, erkennt man, dass es in wichtigen Kernbereichen einige Lichtblicke gibt. So sind die Exportquote und die Direktinvestitionen in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich angewachsen. Den größten Erfolg können wir im Bereich der Nettoneugründungen verzeichnen, wo Schleswig-Holstein mit einem Anstieg von 43,6 %

(Lars Harms)

weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Der nämlich liegt bei minus 2 %.

(Lothar Hay [SPD]: Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen!)

Leider hat diese positive Entwicklung noch nicht dazu beigetragen, dass das größte soziale Problem dieses Landes gelöst worden ist, nämlich die viel zu hohe **Arbeitslosigkeit**. Deshalb ist es in keinster Weise ein Trost, dass Schleswig-Holstein seit 1991 „nur“ einen Anstieg von 51 % bei den Arbeitslosen hatte, während im Bundesdurchschnitt sogar 56,8 % mehr Arbeitslose registriert worden sind.

(Die Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Martin Kayenburg [CDU] unterhalten sich - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter! Ich denke, das Abschiedstreffen für den Abgeordneten Geißler findet in der Mittagspause statt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Entschuldigung!)

**Lars Harms [SSW]:**

Die neusten Arbeitslosenzahlen für Schleswig-Holstein lassen leider noch keine Trendwende erkennen. Auch bei der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes liegt Schleswig-Holstein definitiv leider unter dem Bundesdurchschnitt. Licht und Schatten halten sich also bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins in den letzten Jahren die Waage. Das Strategiepapier des Wirtschaftsministers macht aber sehr deutlich, dass wir in den nächsten Jahren mit internationalen und nationalen Entwicklungstrends zu rechnen haben, die eine sehr große Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein darstellen. Im Papier werden acht Entwicklungstrends angesprochen, die alle weitreichende Folgen für unser Land und für unser wirtschaftliches Handeln haben werden.

Von den angesprochenen Trends möchte ich nur drei Punkte herausheben, die aus Sicht des SSW besonders wichtig sind. Erstens. Ein vielfach unterschätztes, aber für unsere wirtschaftliche Entwicklung entscheidendes Problem sind die enormen Schwierigkeiten, die der **Mittelstand** bei der **Kapitalbeschaffung** hat. In einem Artikel der „Zeit“ haben namhafte Experten vor einigen Wochen sogar behauptet, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland nicht kommt, weil die Banken zu restriktiv bei der Kreditvergabe sind. Kurzfristig mag dies eine Folge der

schlechten Konjunktur sein; langfristig spielt vor allem Basel II eine sehr negative Rolle.

Gerade der Mittelstand - insbesondere in Schleswig-Holstein - ist von dieser Entwicklung betroffen. Denn die meisten mittelständischen Betriebe haben eine sehr geringe Eigenkapitalquote. In Zukunft werden sie zu ihrer weiteren Entwicklung große Investitionsbeträge benötigen. Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung versucht, neue Finanzierungsinstrumente für den Mittelstand zu entwickeln. Übrigens wäre gerade die von der FDP angestrebte Privatisierung der Sparkassen in dieser Frage äußerst kontraproduktiv. Dieses Instrument sollte weiterhin als öffentliches Finanzierungsinstrument für den Mittelstand erhalten bleiben und nicht privatisiert werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der aus Sicht des SSW zweite ganz wichtige Punkt, um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern, ist die Weiterentwicklung einer hochwertigen **Aus- und Fortbildungsstruktur** für die Menschen in Schleswig-Holstein. Weder Schleswig-Holstein noch die Bundesrepublik als Ganzes werden jemals mit den Billiglohnländern, sei es in Osteuropa, Asien oder anderswo, konkurrieren können. Wir müssen am Weltmarkt durch Qualität, Innovation oder Nischenprodukte bestehen. Wir zeigen immer wieder, dass wir das können; sonst wären wir kein Exportweltmeister. Die Exportweltmeisterschaft bezieht sich mittelbar auch auf Schleswig-Holstein, denn auch dort sind wir stärker als noch vor zehn, 15 Jahren. Das setzt gut ausgebildete und flexible Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus, die durch lebenslanges Lernen immer auf der Höhe der neusten Entwicklung sind.

Wir brauchen also eine gezielte Technologie- und Innovationspolitik, um neue Produkte und Märkte zu erschließen, und eine Aus- und Weiterbildungspolitik, die genügend qualifizierte Arbeitskräfte bereitstellt. Im Zeitalter der Globalisierung kommt es mehr denn je darauf an, eine regionale Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die die Wettbewerbsfähigkeit der geographischen Randgebiete wie zum Beispiel des Landesteils Schleswig auch für die Zukunft sichert.

Drittens ist dabei auch eine bessere **Zusammenarbeit** zwischen **Hochschule und Wirtschaft** vor Ort entscheidend, insbesondere bei der Entwicklung von regionalen Clustern. Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass technologische Trends auch die bisher in Schleswig-Holstein angedachten Cluster sehr stark beeinflussen werden. Das bedeutet, dass die regionalen Cluster sehr eng und vertrauensvoll mit der Wis-

(Lars Harms)

senschaft zusammenarbeiten müssen, um auf diese technologische Entwicklung vorbereitet zu sein oder sie sogar selber zu beeinflussen.

Obwohl wir die übergeordneten Weichenstellungen des Wirtschaftsministers in seiner wirtschaftspolitischen Strategie bis 2020 unterstützen, fehlt uns für den nördlichen Landesteil und die Westküste eine mehr ins Detail gehende Strategie. Der SSW baut dabei darauf, dass die Landesregierung dem Norden des Landes helfen muss, seine Stärken besser zu nutzen. Dazu gehört auch die von der Landesregierung angekündigte **Cluster-Bildung** für den **Norden** des Landes - sei es in der Kommunikationstechnologie, in der maritimen Wirtschaft oder in der Biotechnologie und der Windenergie. Diesen Weg kann der SSW unterstützen. Allerdings fehlen uns seitens der Landesregierung etwas mehr detaillierte Planungen darüber, wie sich die Cluster vor Ort, zum Beispiel die Zusammenarbeit im Bereich der Kommunikationstechnologie zwischen der FH Flensburg und Motorola, ganz konkret entwickelt sollen. Was macht Flensburg eigentlich, wenn Motorola den Schlüssel doch noch umdrehen sollte? Welche weiteren Firmen sollen in diesem Cluster eine Rolle spielen? Wie soll sich Flensburg in diesem Rahmen entwickeln?

Wir schlagen weiter vor, einen Cluster im Westen, rund um Husum, zu bilden, der sich mit erneuerbaren Energien und mit nachwachsenden Rohstoffen beschäftigt. So können wir die durchaus vorhandenen Stärken des Nordens besser nutzen als bisher. Diese Stärken zu nutzen, ist Aufgabe der Landespolitik. Der Norden will keine Almosen, aber ebenso wie andere Regionen in seinen Stärken gefördert werden. Hier gibt es genügend Ansatzpunkte für die Landesregierung, die wir mit Sicherheit positiv begleiten würden.

Für uns ist zum Beispiel der Ausbau der Flensburger **Phänomenta** zum **Science Center** des Landes alternativlos.

(Beifall beim SSW)

Schleswig-Holstein verfügt mit der Phänomenta über eine gute Einrichtung, die weit über die Landesgrenzen hinaus einen hervorragenden Ruf genießt und herausragende internationale Kooperationspartner hat. Die Erweiterungspläne der Flensburger sind attraktiv und zeigen, dass die bestehende Phänomenta das richtige Fundament für ein großes Science Center ist.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, ich bitte, zur Arbeitsatmosphäre zurückzukehren.

**Lars Harms [SSW]:**

Ich kann verstehen, dass die Kieler das Science Center lieber in der eigenen Stadt hätten. Wer hätte das nicht. Ein Neuanfang in Kiel wäre aber unsinnig. Das Land hat bereits Millionen Fördergelder in den Aufbau der Flensburger Einrichtung gesteckt. Deshalb wäre es volkswirtschaftlich falsch, lieber Herr Kollege Müller, ein zweites Science Center aufzubauen,

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Nein, ganz bestimmt nicht!)

das in Konkurrenz zur Phänomenta stünde. Im Übrigen stünde die Erweiterung der Phänomenta auch in Übereinstimmung mit den übergeordneten touristischen Zielen, die wir sowohl für den Norden als auch für die Westküste entsprechend verfolgen.

Nach 2006 wird die bisherige erfolgreiche **Regionalförderung der Europäischen Union** im Zuge der Osterweiterung für die westdeutschen Bundesländer und damit auch für unsere Region entweder stark reduziert oder gar abgeschafft werden. Daher müssen alle politischen und wirtschaftlichen Akteure in Schleswig-Holstein und den anderen betroffenen Bundesländern eng zusammenzuarbeiten, um bei der konkreten Ausgestaltung der neuen EU-Regionalförderung nach 2006 weiterhin eine angemessene Förderung der strukturschwachen Regionen auch in den verhältnismäßig wohlhabenden Staaten zu sichern. Darin sind wir uns einig.

Die von der Landesregierung vorgeschlagene neue Schwerpunktsetzung beim **Regionalprogramm 2000** bis ins Jahr 2006 hinein kann der SSW nachvollziehen. So macht es beispielsweise keinen Sinn, weitere Gewerbeflächen oder Technologie- und Gewerbezentren zu fördern. Davon haben wir schon genug im Land. Somit ist hier eine ausreichende Basis für Existenzgründungen und Ansiedlungen geschaffen worden. Die verstärkte Förderung des Tourismussektors ist dagegen der richtige Weg. Das wirtschaftliche Potenzial ist in diesem Bereich bei weitem noch nicht ausgenutzt und wir dürfen nicht hinnehmen, dass weitere Marktanteile an Mecklenburg-Vorpommern verloren gehen. Gerade der strukturschwache ländliche Raum kann und muss sein Tourismusangebot ausweiten und verbessern. Gezielte Förderung seitens des Landes wäre hier hilfreich. Das setzt aber auch voraus, dass große Projekte nicht aus ideologischen Gründen von vornherein torpediert werden. Hier erwartet der SSW, dass die Landesregierung die bisherige ungleiche Mittelverteilung bei der Restlaufzeit des Regionalprogramms zugunsten der nördlichen Region verändert.

(Lars Harms)

Der SSW vertritt die Auffassung, dass es neben der formalisierten Zusammenarbeit in der Region Schleswig/Sønderjylland zu einer **verstärkten Kooperation** zwischen dem Land Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt und möglicherweise später dem dänischen Grossamt kommen muss. Wir stehen vor einer wichtigen Weichenstellung und müssen endlich konkrete Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger der Region erreichen, wobei sich nicht so sehr die unterschiedlichen Steuer- und Sozialsysteme als Hemmschuh erwiesen haben, sondern vielmehr die Kultur- und die Verwaltungsunterschiede in der Grenzregion. Der SSW fordert daher einen weiteren Abbau der kulturellen und bürokratischen Hemmnisse im **deutsch-dänischen Grenzgebiet**. Auch vor diesem Hintergrund ist unser Vorschlag von gestern für eine Gemeindereform zu sehen, die auch bürokratische Hemmnisse abbauen hilft, gerade auch in der Zusammenarbeit mit unseren Freunden in Dänemark. Außerdem brauchen wir eine zentrale Anlaufstelle, an die sich sowohl die Menschen als auch die Wirtschaft wenden können, um Informationen über die unterschiedlichen Regelungen und Bedingungen im Grenzgebiet zu bekommen.

In Zukunft wird es auch darum gehen, dass das Hanse-Office in Brüssel noch mehr als bisher in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft **EU-Fördermittel** für konkrete Projekte nach Schleswig-Holstein holt. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den dänischen EU-Repräsentanzen in Brüssel ist dabei anzustreben. Auch die regionalen Schleswig-Holstein-Büros an der Ostsee, zum Beispiel in den baltischen Ländern, müssen mehr als bisher von der regionalen Wirtschaft zum Ausbau von wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und den Ostseeanrainern genutzt werden. Gerade dieses Angebot ist in der Vergangenheit geschaffen worden und ist ein gutes Angebot, das auf die Politik in Schleswig-Holstein zurückzuführen ist. Auch das war konsequente Wirtschaftspolitik, die dort geleistet wurde. Noch wichtiger für die Zukunft der strukturschwachen Regionen ist aber aus Sicht des SSW eine verstärkte betriebliche Innovationsförderung, damit wir die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale der Regionen besser nutzen.

Je mehr **Sprachen** unsere **Kinder** bereits in der Schule lernen, desto leichter können sie später die nötigen Fremdsprachen erlernen, die als Schlüsselqualifikation auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden. Der SSW plädiert deshalb dafür, die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch verstärkt an den öffentlichen Schulen im nördlichen Landesteil zu lehren und somit unseren Kindern das Rüstzeug für das Erlernen weiterer Sprachen an die Hand zu geben. Hier haben wir

natürliche sprachliche Voraussetzungen und Kompetenzen in der Region, die wir immer noch nicht gut genug nutzen, die wir aber besser nutzen sollten. Auch die vorbildliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Universität Flensburg muss zusammen mit der Lehrerausbildung gestärkt werden, damit Flensburg als Hochschulzentrum insgesamt eine Rolle spielen kann.

Aus unserer Sicht geht es zu guter Letzt auch weiter darum, die bestehende **Infrastruktur** in Schleswig-Holstein zu verbessern und auszubauen, bevor man Milliardensummen für eine Fehmarnbelt-Querung ausgeben will. Dazu hat für den SSW weiterhin der Bau der westlichen Elbquerung bei Glückstadt mit Anbindung an die Westküste erste Priorität, um den nördlichen Landesteil wirtschaftlich zu stärken. Weiter brauchen wir einen dreispurigen Ausbau der A 7 von Bordesholm bis Hamburg, um einen reibungsloseren Verkehrsfluss zu ermöglichen.

Auch die Schienenanbindungen im Lande müssen verbessert werden. So müssen die Eisenbahnbrücken bei Rendsburg und an der Westküste, die über den Nord-Ostsee-Kanal führen, endlich vollständig renoviert werden, um mehr Schienengüterverkehr über den Nord-Ostsee-Kanal bringen zu können und eine vernünftige Bahnanbindung der Bevölkerung zu gewährleisten. Bevor man also eine kilometerlange Querung über den Fehmarnbelt baut, muss erst einmal dafür gesorgt werden, dass Züge wieder die paar hundert Meter über den Nord-Ostsee-Kanal ordentlich überqueren können.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade auch der Norden unseres Landes hat Stärken und Kompetenzen. Diese Stärken und Kompetenzen müssen wir nutzen, damit es auch für den Norden wirtschaftlich bergauf geht. Im Süden können wir das ohnehin.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich weiter das Wort erteile, will ich Gäste begrüßen. Auf der Gästetribüne haben Mitglieder des Freundeskreises der Suchtkrankenhilfe, Selbsthilfegruppe Glückstadt, sowie Schülerinnen und Schüler der Realschule Büchen mit ihren Lehrern Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kayenburg, nun ist es Ihnen ja doch gelungen, Ihre Kritik an meiner Afghanistan-Reise unterzubringen, von der ja schon in der Zeitung stand, dass Sie überlegten, wie Sie es rüber kriegen, ohne sich selber zu schaden. Ich würde Ihnen einmal empfehlen, mit den Angehörigen darüber zu reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Aufgabe eines Standortes ist schmerzlich, politisch schmerzlich, wirtschaftspolitisch schmerzlich. Die Menschen müssen umziehen, die Kinder müssen in einen anderen Kindergarten gehen und so weiter. Aber das ist nichts, das kann ich Ihnen sagen, nichts verglichen mit dem, was die Angehörigen und die Soldaten empfinden, die da in **Afghanistan** im Camp sitzen, nicht heraus dürfen und wissen, dass sie angegriffen werden, wie wir es ja gerade wieder bei den amerikanischen Streitkräften gesehen haben. Gott im Himmel, wo bleiben eigentlich Ihre Maßstäbe, wenn es losgeht, meine Reise zu kommentieren? Ich finde das langsam unerträglich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben uns richtig in Trab gebracht. Irgendwie hatte ich das Gefühl, das war nicht Frank Sinatra. Dann haben wir das herausgesucht. Es war Andrea Bocelli mit Sarah Brightman, und dann waren wir schon mal bei der „Time“ und da habe ich viel bessere gefunden: Bob Dillan „Times they are changing“, das stimmt auch für die Wirtschaftspolitik. Oder Rolling Stones „Time is on my side“.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Klar, wir reagieren immer auf Hinweise der Opposition, vor allem wenn sie von einer so netten Persönlichkeit wie Frau Aschmoneit-Lücke vorgetragen werden. Dann sausen wir, dann ist uns nichts zu viel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Topthema auf der politischen Tagesordnung heißt heute **Zukunftsfähigkeit**. Dabei ist Schleswig-Holstein natürlich genauso herausgefordert wie andere Regionen in unserem Land, denn auch wir sind von den Folgen der Globalisierung betroffen. Deshalb fördern wir wissenschaftliche, ökologische und technische Innovationen, deswegen unterstützen wir den Strukturwandel. Wir haben eine ganze Menge erreicht, auch wenn wir selbstkritisch zugeben müssen, dass

wir an einigen Stellen noch arbeiten müssen. Wir sind heute in Schleswig-Holstein Windland Nummer eins, wir sind ein erfolgreicher Gesundheitsstandort, haben einen der größten Nationalparks als touristischen Magneten, wir haben eine Kindergartenquote von über 90 % und damit tragen wir zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, wir sind in der Biotechnologie, in der Nanotechnologie und in anderen Bereichen sehr, sehr gut. Wir haben nach vielen Klagen die A 20 weitergebracht und Bahnpolitik betreiben wir nicht nach dem Gesichtspunkt: „Wie kommt die Bahn am schnellsten auf den Kapitalmarkt?“, sondern: Wie kann sie uns hier in Schleswig-Holstein dienen? Da unterscheiden wir uns sehr nachdrücklich von Ihnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will Ihnen gern ein paar Beispiele nennen, was wir in der Vergangenheit getan haben oder was wir in der Zukunft tun werden, um dies weiter zu unterstützen. Dazu gehört das Steuerkonzept, das wir gestern hier diskutiert haben, dazu gehört die Neuausrichtung unserer Arbeitsmarktpolitik. „Times, they are changing“, man kann nicht ein altes Instrument, das in der Vergangenheit gut war, auf neue Probleme von morgen übersetzen. Unser Zukunftsinvestitionsprogramm, da wird ganz gezielt E-Health in Lübeck, Forschungsanlage für marine Aquakultur in Büsum und so weiter finanziert. Unsere Schwerpunkte, unsere Cluster Gesundheitswirtschaft, Zukunft Meer, das ruft bei Ihnen nur ein müdes Lächeln hervor. **Cluster** können Sie weder schreiben noch wissen Sie, was es ist. Jedenfalls ist es für uns die Möglichkeit, durch das Verknüpfen an vielen Schnittstellen aller in einem bestimmten Bereich Tätigen neue Synergieeffekte, neue Potenziale zu entwickeln. Die maritime Wirtschaft ist begeistert von unserer Initiative. Das ist auch ein Grund, einmal dahin zu gehen, Herr Kayenburg.

Zu Ihrer so spöttischen Bemerkung, ich hätte entdeckt, dass Schleswig-Holstein zwischen den beiden Meeren liegt. Da haben Sie nicht richtig gelesen. Das ist nicht das Problem. Das wusste ich lange. Wir alle hier wissen nicht, dass wir 64 Felder, was maritime Fragen betrifft, miteinander verbinden können, und die Menschen können daraus etwas entwickeln, was neue Produkte betrifft und Arbeitsplätze bringt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Oppositionsführer, dass Sie sich nun hier immer

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

wieder als der führende Stamokap-Anhänger outen, macht mir richtig Spaß.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Mitarbeiter bei den Firmen Heidelberg, Danfoss, Möbel Kraft, Motorola und so weiter wissen besser als Sie, worauf es ankommt: nicht auf den Ruf nach dem Staat, sondern den Appell an den Anstand und die Verantwortung von Unternehmern, die nicht bei jedem kleinen betriebswirtschaftlichen Zeichen los-sausen, die Steuerquoten auf null senken, alles mitnehmen und nichts mehr zurückgeben wollen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Mitarbeiter sind bereit, auf Erreichtes zu verzichten. Sie sind bereit, Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld hinzunehmen. Sie rufen als Letztes nach dem Staat, der ihnen helfen soll.

Wir haben mit 74 Millionen € Landesbürgschaften **Investitionen** von 438 Millionen € ausgerufen. Das sind 33.000 Arbeitsplätze. Und wir mussten dieses Instrumentarium mehr benutzen, als es uns lieb war, weil die Banken heute nicht mehr in der Lage sind, ihr Kerngeschäft, nämlich die Wirtschaft mit Kapital zu versorgen, aufrechtzuerhalten. Dies tun sie unter dem Vorwand, sie würden sich an Basel II halten. Nein, sie wollen kein Geld mehr ausgeben. Sie sind ängstlich geworden,

(Beifall bei der SPD)

weil sie in der Vergangenheit zu großmütig waren.

Wer 5 Milliarden € in den Dutt gesetzt hat, weil er auf einen Herrn Kirch hereingefallen ist, der fängt an, bei einem Kredit von 1 Million € für einen Handwerksmeister X zu sparen. Das ist genau die falsche Antwort und deswegen tun wir uns in einem mittelständischen Land so schwer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt aber Unternehmen, die bei uns bleiben und sich bemühen, die Probleme mit ihren Mitarbeitern zu lösen. Ich nenne co op oder das südafrikanische Energie-/Chemieunternehmen SASOL. Sie sorgen mit Investitionen in Höhe von 100 Millionen € beziehungsweise 70 Millionen € bei uns für Arbeitsplätze.

Ich nenne aber auch die kleinen mittelständischen Unternehmen wie die Basler AG in Ahrensburg oder die Firma Evers Druck in Meldorf oder die Firma Dräger, die sich bemühen, hier zu bleiben, auf dem Markt zu kämpfen und sich mit dem Wettbewerb

auseinander zu setzen. Vor diesen Unternehmen habe ich den größten Respekt und die größte Hochachtung. Die jammern nicht, sondern tun etwas.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch Driftmann mit seinem Unternehmen Köllnflocken. Man könnte viele Unternehmen bei uns nennen.

Sie sollten nicht auf die **Großkonzerne** schauen, die an einer amerikanischen Nabelschnur hängen und die „hire and fire“ zu ihrem obersten Prinzip gemacht haben, keinerlei Verantwortung für ihre Mitarbeitern übernehmen und nicht dankbar anerkennen, dass die Mitarbeiter bei uns in Schleswig-Holstein 365 Tage im Jahre, sieben Tage die Woche und 24 Stunden am Tag zur Stelle sind, wenn es notwendig ist. Man sollte eigentlich auch mit dem Finger auf diejenigen zeigen, die sich hier ihrer Verantwortung entziehen. Man sollte die anderen loben, die sich Mühe geben - auch in der Ausbildung. Dies tun sie zum Wohle ihrer eigenen Betriebe, aber auch zum Wohle des Landes.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist es heute so, dass sie nicht von jetzt auf nachher entscheiden können. Sie müssen in ganz langen Phasen denken, um zu wissen, ob sich eine Investition in eine neue Technologie, von der sie nicht wissen, ob sie auf dem Markt ankommt, lohnt. Sie brauchen dann Rahmenbedingungen, die über einen größeren Bereich gehen.

(Glocke des Präsidenten)

Was streiten Sie doch mit Lust über die Ausgestaltung der Rentenversicherung im Jahre 2050! Darüber können Sie sich jeden Tag bis an den Rand eines Herzinfarkts aufregen. Aber wenn hier ein wirtschaftspolitisches Instrumentarium für die nächsten 14 oder 15 Jahre hingelegt wird - das ist eigentlich ein Klacks -, kommen Sie nicht mehr mit. Sie kommen bei vielen Sachen nicht mehr mit. Und deswegen gilt: Time is on my side, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung Herrn Greve zu einem Kurzbeitrag das Wort.

**Uwe Greve [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der Debatte scheinen mir zwei Hintergründe nicht ausreichend ausgeleuchtet worden zu sein, und zwar erstens die Frage, welche Rolle die **Globalisierung** spielt, und zweitens die Frage, welche Rolle die Nationalstaaten in der Weltwirtschaft der Zukunft spielen. Wenn wir uns über diesen beiden Fragen nicht intensiv Gedanken machen, werden wir die Probleme im Einzelnen auch in Schleswig-Holstein kaum lösen können.

Ich möchte Folgendes betonen: Das, was wir heute und über viele Jahre schon ständig als Globalisierung bezeichnen, hat sich inzwischen zu einem Globalismus entwickelt, das heißt zu einer Übersteigerung und einer Entwicklung, die in vielen Feldern dazu führt, dass weiterhin Arbeitsplätze in einer Größenordnung verschwinden werden, die auch in Schleswig-Holstein kaum noch durch mittelständische Unternehmen ersetzt werden können.

Wer das nicht sieht und glaubt, dass wir über solche Wege weiterkommen, ohne uns mit dem Thema zu befassen, wird scheitern. Wir müssen uns also überlegen, wo wir die Globalisierung, die wir nicht ändern und bekämpfen können, eingrenzen und wo wir sie durch die Stützung der kleinen regionalen und lokalen Kreisläufe begrenzen können. Nur so werden wir in Zukunft in Schleswig-Holstein noch in größerem Maßstabe Arbeitsplätze halten können.

Ein zweiter sehr wichtiger Gedanke: 35 Jahre lang haben Grüne und auch Teile der Sozialdemokratie gepredigt, das Zeitalter des Nationalstaates sei zu Ende.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So lange gibt es die Grünen doch noch gar nicht! Da haben Sie nicht aufgepasst!)

Das kann man auch heute noch sehr schön formulieren, aber auf einmal entdeckt auch der Bundeskanzler den Patriotismus, weil das, was 30 Jahre lang gepredigt wurde, nun von der Großwirtschaft gelebt wird. Das Zeitalter des **Nationalstaates** sei zu Ende und deswegen seien wir ihm nicht mehr verpflichtet.

Jetzt kommt der Kerngedanke. Schauen Sie sich einmal die Struktur unserer Politik an. Ich meine wirklich alles, was wir den Menschen bieten. Das beginnt bei der sozialen Sicherheit, geht über die Gesundheit, innere Sicherheit, äußere Sicherheit bis hin zur Rechtssicherheit. Alle diese Felder werden heute noch vom Nationalstaat getragen.

Deshalb ist das Zeitalter der Nationalstaaten eben nicht zu Ende. Das Zeitalter der Nationalstaaten, die meinen autark, also wirtschaftlich unabhängig zu sein, ist vielmehr zu Ende. Alle bedeutenden Aufgaben werden aber nach wie vor nationalstaatlich geregelt. Es wird höchste Zeit, dass wir uns über die Rolle des Nationalstaates und die Stellung zur Globalisierung grundsätzlich unterhalten.

Wir werden in Kürze einen Antrag in diese Richtung stellen. Ich möchte betonen: Wenn wir uns diesen Hintergründen nicht stellen, werden alle schleswig-holsteinischen Versuche, Arbeitsplätze zu erhalten, ohne Wirkung bleiben.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Oppositionsführer nach § 52 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, eines muss ich - auch Herrn Hay gegenüber - noch einmal klarstellen: Ich habe Ihre Reise nach Kabul ausdrücklich gelobt. Ich finde es unfair, sich hier hinzustellen und zu sagen, dass sei eine versteckte Kritik gewesen. Was wir kritisieren, ist Ihr mangelnder Einsatz für die Standorte hier im Lande, und wir kritisieren, dass Sie sich dafür in Berlin zu wenig eingesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt im Übrigen auch für andere Dinge wie den Hinweis, Schleswig-Holstein sei ein Standort zwischen den Meeren. Diese Äußerung ist in dieser Debatte gar nicht gefallen, aber Sie scheinen ja getroffen zu sein.

Herr Hay, Sie sind der Auffassung, wir hätten Ihnen unsere Papiere nicht vorgestellt. Bis jetzt ging es darum, dass wir uns mit diesem Papier des Wirtschaftsministers auseinander setzen wollten und dass wir deutlich machen sollten, was er wirklich für dieses Land leistet. Wenn Sie wollen, dass wir über unsere Papiere reden, müssen Sie nur den Antrag stellen. Wir sind gern bereit, Ihnen unsere Konzepte vorzustellen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das sind doch nur leere Seiten!)

Frau Simonis, warum beziehen Sie sich nur auf die Unternehmen? - Verraten Sie mir doch einmal, wer für die Rahmenbedingungen hier im Land zuständig ist und wer es zu verantworten hat, dass es die Unter-

(Martin Kayenburg)

nehmen im Lande so schwer haben. Sie sagen, die **internationalen Unternehmen** hätten woanders Verantwortung wahrzunehmen. Darauf sage ich Ihnen: Seien Sie doch froh darüber, dass sie überhaupt hier sind, dass wir überhaupt die Chance haben, mit den internationalen Unternehmen hier zu arbeiten.

Dann kamen auch noch so versteckte Hinweise auf die Wahrnehmung von Verantwortungen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Herr Driftmann sehr wohl deutlich und ironisch gesagt hat - das scheint man hier mit Nachdruck unterstreichen zu müssen -: Wenn er neue Arbeitsplätze im Ausland schaffe, tue es etwas für dieses Land, denn er lasse das Schleswig-Holstein-Lied singen.

Das ist doch der Punkt, mit dem Sie sich auseinander setzen müssen. Unternehmer, die Arbeitsplätze auslagern, sind nicht unpatriotisch, sondern sichern ihre Unternehmen dadurch, dass sie im Ausland produzieren. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir hier in Schleswig-Holstein immer weiter zurückgefallen sind, liegt an den eben nicht durchgeführten Maßnahmen. Herr Minister Rohwer hat ein paar Punkte genannt, die sicherlich bedenkenswert sind, aber schauen Sie in das Gutachten hinein. Da steht an jeder Stelle - selbst bei seinen Maßnahmen -: „Müsste man tun“, „Sollte man tun“. - Das ist gut zu wissen.

Verdammt noch einmal, was tun Sie denn, Herr Minister? - Sie haben die Rahmenbedingungen nicht so gestaltet, dass hier eine wirtschaftliche Entwicklung möglich war. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen war es meiner Meinung nach wirklich gut, dass wir uns mit Ihrem Papier auseinander gesetzt haben. Die letzten Zahlen machen doch deutlich, wo Sie wirklich stehen. Was haben Sie denn beim **Flughafenbaustopp** in **Lübeck** erreicht? - Schauen Sie doch heute in die Presse: Die Insolvenzen nehmen zu.

(Zuruf von der SPD: Das war eine Gerichtsentscheidung, Herr Kollege!)

- Herr Kollege, Gerichtsentscheidungen, ja, aber der Baustopp kam, weil das Planfeststellungsverfahren offenbar nicht so durchgeführt worden war, dass die Gerichtsentscheidungen anders hätten ausfallen können. Ich bedauere das sehr. Ich sage auch offen, dass es ein CDU-Bürgermeister war, der dies im Wesentlichen vertreten hat. Die Fehler bei der Planung sind

aber nicht von dem Bürgermeister gemacht worden. Auch das sollten Sie wissen!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sagen, es stimme nicht, dann können wir Ihnen in der Abfolge der Planungsentscheidungen dieser Landesregierung viele weitere Beispiele deutlich machen. Herr Astrup, seien Sie gewiss, wir werden es ab 2005 besser machen. Deswegen lohnt es auch nicht, sich über dieses „Non-Paper“ des Wirtschaftsministers aufzuregen. Seien Sie gewiss, wir werden dieses Land nach vorn bringen!

(Beifall bei der CDU - Klaus-Dieter Müller [SPD]: Das habt ihr 2000 auch schon versprochen!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nach § 52 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung ist nach der Rede des Herrn Oppositionsführers den Fraktionsvorsitzenden das Wort zu erteilen, wenn sie dieses wünschen. - Die Fraktionen wünschen das Wort nicht. Trotzdem gibt es noch zwei angemeldete Kurzbeiträge nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Ich erteile Herrn Matthiessen das Wort.

(Zurufe)

- Ja, ich kann ihm das Wort nicht verweigern.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es hier im Lande mit einer modernen Branche zu tun, nämlich der **Windenergiebranche**.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Ich wusste es!)

- Frau Aschmoneit-Lücke, ich sage das deswegen in Richtung Opposition, weil diese Branche permanent behindert wird. Ich habe hier noch keine unterstützende Initiative der Opposition zur Windenergie in Schleswig-Holstein erlebt. Vielmehr habe ich permanente Kritik erlebt. Darum will ich Ihnen mit trockenen Zahlen ein paar kurze Erläuterungen geben.

Sie haben vielleicht gestern in der Zeitung gelesen, dass das **Investitionsvolumen** des Bürgerwindparks im Offshorebereich „**Butendiek**“ mit 400 Millionen € angegeben wird. Ich frage Sie: Wo im Lande gibt es noch ein Investitionsvorhaben in dieser Größenordnung? Wenn wir uns nur die Investitionsvorhaben für Repowering auf der Insel Fehmarn angucken, dann sehen wir, dass es sich dort bis zum Ende um ein Investitionsvolumen von 80 Millionen € handelt. Im ersten Eignungsraum liegt das Volumen bei 20 Mil-

(Detlef Matthiessen)

tionen €. Ich frage Sie: Wo haben wir Investitionsvolumen in dieser Größenordnung?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Auf wessen Kosten? - Weiterer Zuruf von der CDU)

- Selbstverständlich wird das durch die Landesbehörden genehmigt. Im Prinzip ist der Umweltminister über die StUAs zuständig. Herr Kollege, vielleicht beschränken Sie sich auf Bildungspolitik! - Das sind die Investitionsvolumen.

Ich komme zum Thema **Innovation**: In Brunsbüttel wird jetzt eine in Rendsburg neu entwickelte technische Anlage, eine 5-MW-Offshore-Anlage, gebaut. Die Entwicklungskosten dafür beliefen sich auf 30 Millionen €, die nach Rendsburg geflossen sind. Diese im Weltmaßstab größte und modernste **Windkraftanlage** steht in **Brunsbüttel**. In **Rendsburg** ist von einer anderen Firma eine Windkraftmaschine entwickelt worden, die nicht mehr Strom erzeugt, sondern zur Entsalzung geeignet wird. Das heißt, dass die mechanische Energie in Umkehrosmose zur Entsalzung von Wasser verwendet. - Ja, da gucken Sie!

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das gibt es schon seit 20 Jahren!)

- Das gibt es schon seit 20 Jahren? Frau Aschmoneit-Lücke, ich bin sprachlos!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist gut!)

Dieses Prinzip der direkten **mechanischen Anwendung** von **Windkraft** für die Umkehrosmose zur Entsalzung von Meerwasser ist so neu, dass die Entwicklung voraussichtlich erst 2006 abgeschlossen sein wird. Zurzeit laufen Probeanlagen. Dass es die schon seit 20 Jahren gibt, na, ich weiß nicht.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Ich sage Ihnen nur: Hier gibt es eine Branche im Land, die Hunderte von Millionen Euro bewegt und hohe Investitionskraft hat. Die Opposition leugnet und behindert diese Branche hier im Landtag permanent. Ich mache damit draußen im Land gern Politik, aber ich finde, wir sollten im Interesse unserer Windenergiebranche in Zukunft an einem Strick ziehen und nicht permanente Behinderungspolitik der Opposition entfalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich aus der Presse erfahren habe, dass ein Strategiepapier erarbeitet wurde, war ich eigentlich davon überzeugt, dass wir endlich das hätten, worauf wir so lange gewartet haben, worauf auch die Evaluierer unserer Förderstrategien immer hingewiesen haben. Dafür hat ein Professor verantwortlich gezeichnet. Es war aber doch kein Strategiepapier. Es ist eine Art Zielpapier, an das sich eine Art Stoffsammlung anschließt. Herr Kollege Kayenburg hat es angesprochen: Die Maßnahmen fehlen. Es fehlt die konkrete Analyse und es fehlen die Zieldefinitionen für die Regionen, auf die wir so lange warten. Herr Harms hat das angesprochen. Es fehlen die Angaben, was das kostet, und die Angaben darüber, was noch an Geld da ist.

Der Katalog kommt viel zu spät. In 2006 laufen die Mittel aus. Wir wissen, dass von der EU nahezu nichts mehr kommt. Die **GA-Mittel** kriegen wir vielleicht schon im nächsten Jahr nicht mehr. Was wollen wir jetzt noch mit einem Visionspapier, wie es von den Grünen geschildert wurde?

Es fehlt die klare Zielorientierung in der Aussage darüber, was wir in Zukunft wollen. Zu der auf den ersten Seiten deutlich herausgearbeiteten Konzentration auf Schwerpunkte sage ich: Gut so, Herr Minister, genau das muss es sein. Auf den letzten Seiten, auf denen Sie die Ziele definiert haben, ist das aber wieder so ein Sammelsurium geworden, dass man sagen kann, Sie mussten auf alle in der Region Rücksicht nehmen. Sie mussten insbesondere auf die Grünen Rücksicht nehmen, sodass dabei im Prinzip wieder nichts herausgekommen ist. Die Schwerpunktsetzung, die Sie als besonders wichtig erachten, ist nicht mehr zu erkennen.

Ich finde es bedauerlich, dass Sie erst jetzt feststellen mussten, dass der Mittelstand - genauso wie der Tourismus - wichtig ist. Wenn Sie sagen, die Förderung muss konsequenter auf den **Mittelstand** hin orientiert werden, dann frage ich: Was haben Sie in den letzten 16 Jahren gemacht? Wenn über 90 % aller Betriebe in Schleswig-Holstein mittelständisch sind, dann frage ich: Warum haben Sie das nicht vorher erkannt? Jetzt ist es zu spät. Ich finde es geradezu ein Armutszeugnis, wie stark in dem Papier immer wieder betont wird, dass man Hamburg Kraft abschöpfen soll. Wenn man nur die Fettaggen auf der Suppe Hamburgs suchen muss, dann ist das keine Wirtschaftspolitik, sondern dann ist das Schmarotzertum. Man muss vorher gemeinsam eine vernünftige Strategie

(Uwe Eichelberg)

aufbauen. Dann kann man daraus gemeinsam Früchte ernten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es Ihnen nicht gelungen ist, mit **Niedersachsen** und **Hamburg** vernünftige **Zukunftsstrategien** zu entwickeln, als diese noch SPD-regiert waren, und Sie sich jetzt an den Erfolgen der CDU-Regierung ausrichten wollen, dann ist das keine Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein!

Beschimpft wird im Grunde auch, dass die älteren Menschen nach Schleswig-Holstein ziehen. Wenn viele **ältere Menschen** aus den Städten nach Schleswig-Holstein ziehen, dann bringen sie Wirtschaftskraft. Wenn Sie sich die Zahlen jedoch genau angucken, dann werden Sie erkennen, dass die Situation sich in Schleswig-Holstein nicht dadurch ändert, weil zu viele alte Menschen nach Schleswig-Holstein ziehen, sondern weil die jungen Menschen - gerade aus dem Landesteil Schleswig - wegziehen. Das ist die Problematik, vor der wir in der Zukunft stehen. Die finden hier keine Arbeitsplätze mehr.

(Beifall bei der CDU)

Ganz schlimm finde ich die - ich sage das schon seit Jahren - Manipulation der Zahlen. Wenn Sie zu den zwölf Jahren die Jahreswerte hinzugefügt hätten - Jahr für Jahr - dann hätten Sie gesehen, dass es ab Mitte der 90-er Jahre in der Tat kein Wachstum gab. Dann ging es bergab. Der Trend ist verkehrt! Das ist die Schwierigkeit, vor der wir stehen. Das können wir nicht hinnehmen. Deshalb ist das kein Strategiepapier.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bitte die Schlussbemerkung.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Für mich gibt es eine Menge interessanter Punkte in dem Papier, nur sind die Strategie für das Land Schleswig-Holstein und der Aufbruch, der davon ausgehen soll, nicht zu erkennen. Das bedauere ich.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ein Antrag ist nicht gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 a auf:

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Abgeordneter Kayenburg!

**Martin Kayenburg [CDU]:**

In Anbetracht der Festlegung im Ältestenrat, dass die beiden Wahlen - auch wegen des Medieninteresses - um 12 Uhr stattfinden sollen, schlagen wir vor, die Sitzung zu unterbrechen. Wenn wir jetzt den Tagesordnungspunkt zum Thema Lübeck aufrufen, würden wir weit über die Zeit hinausgehen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Was wollen Sie mit der Sitzungsunterbrechung?

(Zurufe)

- Gut, es ist Einverständnis darüber erzielt worden, die Punkte ohne Aussprache vorzuziehen und bis 12 Uhr aufzurufen. - Vielen Dank!

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/2984

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 15/3284

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran, das Wort.

**Andreas Beran [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sozialausschuss hat die Gesetzesvorlage der Landesregierung intensiv beraten und hat dem Landtag vorgeschlagen, ein paar Änderungen vorzunehmen, die Sie der Drucksache 15/3284 entnehmen können. Wir bitten um Zustimmung des Parlaments.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zu Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Dann lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das haben wir einstimmig so beschlossen.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein (LRH-G)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3272

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 15/3337

Ich erteile der Berichterstatterin des Finanzausschusses, Frau Abgeordneter Kähler, das Wort.

(Zurufe: Die ist nicht da!)

- Wer übernimmt die Berichterstattung für den Finanzausschuss? Er hätte auch nur die Aufgabe, auf die Vorlage zu verweisen. - Herr Abgeordneter Arp, Sie haben das Wort.

**Hans-Jörn Arp** [CDU]:

Herr Präsident! Sie nehmen mir die Formulierung vorweg. Ich verweise auf die Vorlage des Finanzausschusses und bitte um Zustimmung.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 15/3337. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

(Unruhe)

- Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Vermessungs- und Katastergesetzes und zur Änderung des Gesetzes über die Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/2946

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3353

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm** [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit dem Gesetzentwurf befasst und auch eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, das Gesetz unverändert anzunehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt uns die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3261

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 15/3377

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran.

**Andreas Beran** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sozialausschuss hat den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Heilberufegesetzes in seiner Sitzung am 8. April 2004 beraten. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung. - Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

wir diesen Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der FDP beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über Seilbahnen für den Personenverkehr (Landesseilbahngesetz - LSeilBH)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3253

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 15/3379

(Unruhe)

- Die Unruhe kann ich durchaus verstehen. Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Wirtschaftsausschusses, Frau Abgeordneter Strauß.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Entwurf des Landesseilbahngesetzes wird die Richtlinie 2000/9 EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 20. März 2000 über Seilbahnen für den Personenverkehr im Rahmen der Landeskompetenz vollständig in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dies ist selbst dann erforderlich, wenn im jeweiligen Bundesland Seilbahnen nicht betrieben werden.

Sowohl der Wirtschaftsausschuss als auch der Innen- und Rechtsausschuss haben den Gesetzentwurf in ihren Sitzungen am 7. April beraten. Während der mitberatende Innen- und Rechtsausschuss den Gesetzentwurf mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP zur unveränderten Annahme empfohlen hat, war das Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses für die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs über Seilbahnen für den Personenverkehr in Schleswig-Holstein einstimmig. Ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu folgen.

(Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Berichterstatterin für diesen sehr sorgfältigen Bericht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war ja sehr ordentlich!)

Wird das Wort jetzt zum Bericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das, was zum Bericht gesagt werden

sollte, ist bereits durch die Berichterstatterin vorweggenommen worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jawohl!)

Dann ist auch hier eine Aussprache nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 15/3253. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -

(Unruhe)

Dann ist dieses Gesetz mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU sowie des Abgeordneten Behm bei Gegenstimmen der übrigen FDP-Fraktion und bei Enthaltung des Abgeordneten Schlie angenommen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

- Der SSW merkt ausdrücklich an - das ist zu Protokoll gegeben -, dass er zugestimmt hat. Ich bestreite das nicht.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Umbesetzung im Richterwahlausschuss**

Wahlvorschlag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3363

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür die offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht.

Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Ich frage jetzt, wer dem Wahlvorschlag Drucksache 15/3363 seine Zustimmung geben will und bitte ihn um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Wahlvorschlag bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und bei Zustimmung aller anderen Mitglieder dieses Hauses so angenommen worden. Die Zweidrittelmehrheit ist damit erreicht worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 40 auf:

**Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst**

Landtagsbeschluss vom 14. Dezember 2001  
Drucksache 15/1457

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3142

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 15/3285

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran.

**Andreas Beran [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sozialausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Wer Kenntnis nehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig Kenntnis genommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 42 auf:

**Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2003**

Drucksache 15/3333

Das Wort erteile ich dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Poppendiecker.

**Gerhard Poppendiecker [SPD]:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Ich nutze einfach die Chance, hier noch einmal in die Bütt zu gehen und von unserer interessanten Arbeit zu berichten. Das ist einfach so.

(Vereinzelter Beifall)

Wir hatten im Berichtszeitraum 151 neue Eingaben zu beraten. Das Geschäft läuft also, um das einmal so zu sagen. Über zwei Eingaben haben wir im Rahmen der Selbstbefassung diskutiert. Wir können uns ja auch mit Dingen befassen, von denen wir meinen, dass sie nicht in Ordnung sind. Vier Sitzungen haben wir in dem abgelaufenen Zeitraum durchgeführt. Hinzu kamen drei Ortstermine und vier Gesprächsrunden im Hause, um einige bestimmte Dinge zu regeln. Außerdem haben wir eine Landespressekonferenz gegeben, die über die Medien - Zeitungen, Fernsehen, Rundfunk - eine ganz hervorragende Verbreitung erfahren hat. Auch wenn Öffentlichkeitsarbeit immer ein wenig Arbeit hinterherzieht, so ist sie doch ebenfalls wichtig.

111 Eingaben haben wir in dem Berichtszeitraum abgeschlossen, leider nur 70 davon positiv oder teil-

weise positiv. Im Moment liegen uns sehr viele Eingaben vor, die sich mit dem Steuerrecht und ähnlichen Dingen befassen. Da können wir meist nicht helfen. Der Finanzminister ist im Moment nicht anwesend. Ich will aber ganz kurz darauf eingehen. Frau Sassen und ich oder auch der ganze Ausschuss wird mit ihm noch Gespräche darüber führen, dass die Finanzämter im Moment wieder rigoros zuschlagen und keine Spielräume lassen, sondern sofort auf Kontosperrung oder ähnliche Dinge gehen und damit gerade kleine mittelständische Betriebe sehr oft sehr hart treffen.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das ist korrekt!)

Dafür müssen wir eine andere Regelung finden. Das ist einfach so.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Zwei Fälle will ich kurz schildern. Deswegen stehe ich eigentlich hier.

Bei uns ist eine Petition aus dem schönen Bundesland Bayern eingegangen. Darin fordert ein Bayer - die Ministerpräsidentin hat darauf nicht reagiert - das Fest „1.555 Jahre Angelsachsen“ zu feiern. Er hat festgestellt: Vor 1.555 Jahren sind die Angeln, Sachsen und Jüten nach England ausgezogen. Er hatte, wie gesagt, unter anderem auch die Staatskanzlei angeschrieben und darum gebeten, in Schleswig-Holstein eine Zusammenkunft mit Herrn Bush, Herrn Blair und der Ministerpräsidentin, die auch die Einladende gewesen wäre, zu organisieren.

Wir haben uns mit der Frage befasst, ob wir diesen großen Geburtstag feiern und der Frau Ministerpräsidentin empfehlen sollen, dieses Fest durchzuführen. Frau Ministerpräsidentin, wir sind davon ausgegangen, dass Blair und Bush Ihrem Ruf sicherlich gefolgt wären. Das ist selbstverständlich. Nur, dann haben uns die Kosten erschreckt, zumal wir vermutlich alle Flug- und Fahrkosten hätten tragen müssen. Da Bush momentan aus Sicherheitsgründen mit einem Riesentross käme, haben wir gesagt: Wir werden keine Empfehlung abgeben.

Der Petent hat außerdem vorgeschlagen, die aus den vier Ländern Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein kommenden Angelsachsen zu einem Nordstaat zusammenzufassen, um auch damit zu dokumentieren, wie wichtig diese vier Länder für die Weltgeschichte sind. Das muss man realistisch sehen: Aus Schleswig-Holstein kamen Angelsachsen, die heute in der Welt Politik und Geschichte machen.

Der zweite Fall - auch ihn fand ich sehr interessant - kam aus Berlin. In dieser Eingabe wurde gefordert, wir sollten uns dafür einsetzen, dass Menschenaffen

(Gerhard Poppendiecker)

im Zoo nicht mehr gezeigt werden. Wir haben überlegt: Wir haben keinen Zoo, in dem Menschenaffen leben.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

- Einen Moment bitte, meine Damen und Herren. Er hat nicht vom Parlament gesprochen. Er hat vom Zoo gesprochen. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Unter anderem hat er gefordert, man möge, da Menschenaffen bestimmte Dinge an sich selbst vornehmen, die ich jetzt nicht detaillierter beschreiben will, zumindest dafür zu sorgen, dass sie in Zukunft Hosen tragen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben diese Empfehlung nicht abgegeben, weil uns die Tierschutzvereine haben sagen können, so wie Menschenaffen im Zoo gehalten würden, sei es korrekt.

(Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Vorsitzenden. Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig Kenntnis genommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz**

Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3364

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werde ich so verfahren.

Ich weise hier auf § 35 Abs. 1 des Landesdatenschutzgesetzes hin. Zustimmung ist von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Landtages erforderlich.

Wer also dem Wahlvorschlag in der Drucksache 15/3364 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Wahlvorschlag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen. Damit hat der Wahlvorschlag die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich darf Ihnen, Herr Dr. Weichert, im Namen des Hauses zu Ihrer Wahl als Landesdatenschutzbeauftragter die herzlichsten Glückwünsche aussprechen. Ich wünsche Ihnen bei der Ausübung Ihres Amtes alles Gute.

(Anhaltender Beifall)

Gleichzeitig danke ich dem ausscheidenden Datenschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Bäumler, der ebenfalls auf der Tribüne Platz genommen hat, sehr herzlich für seine Arbeit. Es ist insbesondere die Leistung Herrn Dr. Bäumlers, dass das Thema Datenschutz in der öffentlichen Wertung eine hohe Beachtung gefunden hat. Schleswig-Holsteins Unabhängiges Zentrum für Datenschutz hat durch die Bemühungen und durch das Wirken Herrn Dr. Bäumlers nicht nur national, sondern auch international ein hohes Ansehen erworben. Wesentliche Impulse für die Entwicklung des Datenschutzes sind aus Schleswig-Holstein gekommen. Darin liegt auch das bleibende Verdienst des scheidenden Datenschutzbeauftragten.

Ich wünsche Ihnen, lieber Herr Dr. Bäumler, alles Gute für Ihren - ich muss es so formulieren - wohlverdienten Ruhestand.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

- Der lang anhaltende fraktionsübergreifende Beifall war die Bestätigung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 16 a auf:

**Wahl des Präsidenten des Landesrechnungshofs**

Wahlvorschlag der Landesregierung  
Drucksache 15/3407

Auch hierzu ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich werde über den Wahlvorschlag abstimmen lassen und schlage Ihnen auch hier offene Abstimmung vor. - Ich höre keinen Widerspruch.

Dann habe ich noch darauf hinzuweisen, dass für die Wahl die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag in der Drucksache 15/3407 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das sollte mich der Mühe des Nachzählens entheben. Ich stelle fest: Die Wahl erfolgte einstimmig. Damit ist der Wahlvorschlag angenommen.

Sehr geehrter Herr Dr. Altmann, ich darf Sie im Namen des Hauses sehr herzlich zu Ihrer Wahl beglückwünschen. In Ihrer Tätigkeit im Ministerium für ländliche Räume haben wir Sie als zuverlässigen,

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

profunden und fleißigen Staatssekretär kennen gelernt. Dies fand parteiübergreifende Anerkennung. Ich bin zuversichtlich, dass Sie Ihr neues Amt mit der gleichen Souveränität wahrnehmen werden, wie Sie Ihrer vorhergehende Aufgabe wahrgenommen haben. Bei der Ausübung Ihrer Tätigkeit wünsche ich Ihnen Umsicht, Kraft und mitunter auch ein wenig Langmut gegenüber den Mitgliedern aus Regierung und Parlament. - Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist ein guter Zeitpunkt dafür. Daher rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 39 a auf:

**Unterstützung der Bewerbung Lübecks zur „Kulturhauptstadt Europas 2010“**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/3398

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann erteile ich zunächst der Frau Abgeordneten Schwarz das Wort.

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei allen anderen Fraktionen sehr herzlich dafür bedanken, dass sie sich dem von der CDU vorgelegten Antrag so schnell und unkompliziert angeschlossen haben, sodass es nun einen gemeinsamen Antrag zur Unterstützung der Hansestadt Lübeck bei ihrer Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010 gibt. Diese Unterstützung dokumentieren heute eine ganze Reihe von uns, indem sie Sticker tragen. Ich habe gesehen, dass der Fraktionsvorsitzende der FDP das versäumt hat. Schande über sein Haupt! Es sind noch einige andere; aber die meisten tragen ihn. Herzlichen Dank dafür!

Durch den gemeinsamen Antrag wird dem Inhalt noch größerer Nachdruck und noch größeres Gewicht verliehen; denn wenn der gesamte Schleswig-Holsteinische Landtag hinter der Bewerbung Lübecks steht, wird klar, dass dies von allen kulturpolitisch gewollt und getragen wird: Das ist gut so; denn Lübeck befindet sich in harter Konkurrenz zu anderen deutschen Städten. 19 Städte im gesamten Bundesgebiet konkurrieren miteinander um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“. Diese anderen 18 Städte sind starke Mitbewerberinnen; das muss man so sehen. Alle haben ein ausgeprägtes kulturelles Profil, ganz besondere Eigenarten und hervorragende Konzepte. Aber keine kann mit Lübeck mithalten.

Lübeck als Königin der Hanse, als eine deutsche Stadt mit europäischer Geschichte, als Stadt der Kunst, der Musik, der Literatur und der Architektur, als Trägerin des Titels „Weltkulturerbe“, Lübeck mit seinen zum Teil jahrhundertealten und immer noch hochaktuellen wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten nach Skandinavien und ins Baltikum, nach Russland und nach Polen, Lübeck kann einfach nicht übertroffen werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

„Lübeck als geistige Lebensform, wie es Thomas Mann einmal gesagt hat, wird die Menschen im Ostseeraum ein Stück näher zueinander bringen.“

Das erwartet die Ministerpräsidentin, Frau Simonis - das wissen Sie gar nicht mehr -, laut Pressemitteilung anlässlich der Übergabe der Lübecker Bewerbung auf der ITB in Berlin. Die Kulturstaatsministerin des Bundes, Christina Weiss, pries bei ihrem Besuch in Lübeck am 29. März das „sehr enge Miteinander von Kulturgeschichte, Gegenwart und Vision“ und bewertete dies als eine gute Ausgangsbasis für die Bewerbung.

In Lübeck, liebe Kolleginnen und Kollegen, erfährt man Geschichte tagtäglich als lebendige Gegenwart, so - wenn ich das einmal sagen darf - wie ich früher auf meinem täglichen Schulweg, vorbei an der Musikakademie, in der der Vater von Herrn Rohwer - jetzt ist der weg -, Herr Professor Jens Rohwer, war, durch das Burgtor am Burgkloster entlang, an der Jacobi-Kirche vorbei, rechts die Schiffergesellschaft liegen lassend, die Kirchtürme von St. Marien im Blick hin zum Katharineum, einem ehemaligen Franziskanerkloster. Das war mein täglicher Schulweg.

Lübeck braucht keine teuren Kulturprogramme einzukaufen, um sie ein Jahr abzuspulen und dann wieder verschwinden zu lassen. Lübeck hat ein reichhaltiges jährliches Kulturprogramm wie kaum eine andere Stadt. Lübeck hat so viel, dass es mindestens eines Jahres bedarf, um Europa zu zeigen, welch kultureller Reichtum sich hinter den Resten der Stadtmauer und den noch vorhandenen drei Stadttoren verbirgt.

Lübeck hat ein Bewerbungskonzept vorgelegt, das überzeugt und dessen Verfassern wir unsere große Anerkennung und unseren großen Respekt aussprechen möchten.

(Beifall im ganzen Haus)

Ein Exemplar des Prospekts, der in der Lobby ausliegt - einige Exemplare sind noch da -, hat sich hoffentlich jeder genommen,

(Caroline Schwarz)

In dem Konzept wird deutlich, wie in Lübeck Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verflochten sind, wie Identität und Internationalität miteinander einhergehen und wie Wirtschaft und Kultur, die beiden Grundlagen von Lübecks Vergangenheit und Zukunft, untrennbar miteinander verbunden sind. Voll von origineller Kreativität ist der Bewerbungskatalog - er liegt, wie gesagt, zum Teil noch in der Lobby -, in dem übrigens zufälligerweise auch Schleswig als kulturelle kleine Schwester und Vorgängerin als Handelsmetropole des Nordens eine besondere Rolle spielt.

Lübeck verdient unser aller Unterstützung. Diese wollen wir Lübeck mit unserem gemeinsamen Antrag geben. Wir müssen versuchen - jeder für sich -, auf allen politischen Ebenen unseren Einfluss geltend zu machen, damit Lübecks Bewerbung von Erfolg gekrönt wird. Für das Image der Stadt und des ganzen Landes ist es ungeheuer wichtig, dass Schleswig-Holstein die Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2010 präsentiert. Deshalb ist Lübecks Erfolg unser Erfolg. Summa summarum: Lübeck muss Kulturhauptstadt Europas 2010 werden.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Baasch das Wort.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Kollegin Schwarz, ich schaue meinen Fraktionsvorsitzenden immer sehr genau und sehr gern an, weil ich viel von ihm lernen kann. Wenn ich sehe, wie er mit dem Button an seinem Jackett herumläuft, dann meine ich, war die Kritik vorhin nicht angebracht.

(Caroline Schwarz [CDU]: Er hier! - Lothar Hay [SPD]: Ich war noch nie Fraktionsvorsitzender der FDP! Das will ich auch nie werden!)

- Aber Sie haben ihn genannt.

(Caroline Schwarz [CDU]: Nein!)

- Doch, Sie haben „SPD“ gesagt.

(Caroline Schwarz [CDU]: Nein, FDP!)

- Das ist in Ordnung. Die FDP zu kritisieren, ist in Ordnung. Da sind wir uns wieder einig.

(Heiterkeit)

Es stellt sich die Frage: Warum sollte ausgerechnet im Jahre 2010 Lübeck die Kulturhauptstadt Europas sein? - Lübeck liegt in Deutschland. Lübeck ist die Stadt der Nobelpreisträger. Lübeck ist die Kulturhauptstadt des Nordens. Lübeck liegt mitten in Europa. Lübeck ist eine wunderschöne Stadt, die verzaubert, in der man klasse leben kann und die für diese Bewerbung von ganz alleine spricht.

Ich möchte Ihnen jetzt das kleine Lübecker ABC aufzählen; denn daran wird deutlich, wie richtig und angemessen der Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ für diese Stadt ist. Das kleine Lübecker ABC lautet wie folgt:

Archäologiemuseum, historische Altstadt, Annette Borns, AWO-Altentagesstätten, alternatives Jugendzentrum, Behnhaus, Burgkloster, Buddenbrooks, Björn Engholm, Bärbel Wartenberg-Potter, Bernd Saxe, Cutty-Sark-Segeln, Casino Travemünde, Christoph Dohnanyi, der Dom, Dietrich Buxtehude, Dräger-Werke, Eisskulpturenfestival, Emanuel Geibel, Erich Mühsam, Europa-Schulen, Fachhochschule, Fährhafen, Flughafen, FFH-Gebiete - auch das gibt es in Lübeck -, Franziska zu Reventlow, Frauenbüro, Günter Grass, Geschichtswerkstatt, Gustav Radbruch, Heide Simonis, Heinrich Mann, Haus der Kulturen, Holstentor, Ida Boy-Ed, Johannes Brahms, Jugendhanse, Jugendmusikschule, Jazzclub, Julius Leber, Kunsthalle, Königin der Hanse, Klaipeda, Kunsthaus Lübeck, Kirche im Widerstand und natürlich die Kneipenszene mit Buthmanns Bierstuben und Theaterquelle an erster Stelle, Lübecker Rotspon, La Rochelle, Lübecker Landtagsabgeordnete, Lübecker National, „Lübecker Nachrichten“, Musikhochschule, Musik- und Kongresshalle, Mediadocks, Möwenschietchor und natürlich Marzipan, Nordische Filmtage, naturnahe Waldbewirtschaftung, Overbeckgesellschaft, Ole von Beust, Ostseeküste, Oldtimerhafen, Philharmonisches Orchester, Passat, Puppentheater, quietschvergnügte Kinder, Rathaus, Rabbiner Felix Carlebach, Reichsfreiheit, St.-Annen-Museum, Schiffergesellschaft, Synagoge, St. Petri, Schleswig-Holstein Musikfestival, Theater Lübeck, Theater Partout, Theater Combinale, Travemünder Woche, Thomas Mann, UNESCO-Weltkulturerbe, Universität, natürlich auch der VfB Lübeck, Visby, Völkerkundemuseum, Volksfest, Willi Brandt, Wakenitz, Weihnachtsmarkt, Wismar, Yachthafen und unter „Z“ natürlich zweihundertfünfzehntausend Lübecker Bürgerinnen und Bürger, die diese Bewerbung unterstützen und danach fiebern, dass Lübeck Europäische Kulturhauptstadt wird. Nach dieser Debatte tut dies auch der Schleswig-Holsteinische Landtag.

**(Wolfgang Baasch)**

Ich meine, das sind ausreichende und sehr gute Gründe dafür, dass Lübeck den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ nicht nur verdient hat, sondern auch mit Inhalt füllen kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Liberale unterstützen die Bewerbung Lübecks, für das Jahr 2010 von der Bundesregierung als Kulturhauptstadt Europas nominiert zu werden. Für 2010 liegt das Vorschlagsrecht nach dem in der Europäischen Union vereinbarten Rotationsprinzip bei Deutschland. Viele deutsche Städte haben sich beworben: neben Lübeck auch Kassel, Braunschweig, Osnabrück, Köln, Bremen, „im Doppelpack“ Wittenberg und Dessau, ferner Augsburg, Bamberg, Münster, Halle und Regensburg.

Die Konkurrenz ist also groß. Es stellt sich die Frage: Wie kann man unter diesen Umständen ausreichend Rückenwind für die Bewerbung Lübecks schaffen?

Ich meine, der Lübecker Bewerbung kann vor allem dadurch zum Erfolg verholfen werden, dass man Partner aus dem Ostseeraum mit ins Boot holt. Lübeck als Kulturhauptstadt Europas 2010, gemeinsam mit Danzig, Vilnius, Riga und Tallinn: Das wäre ein starkes Argument für das alte Haupt der Hanse mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen in der Ostseeregion.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Zugleich wäre dies ein politisches Signal in Richtung auf unsere neuen Partner in der Europäischen Union, die Beitrittsländer Polen, Litauen, Lettland und Estland. Nach dem in der EU vereinbarten Rotationsprinzip sind die Vorschlagsrechte bereits bis 2019 vergeben. Auf der Website des Auswärtigen Amtes kann man das nachlesen: Bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts sind nur Vorschläge alter EU-Mitgliedstaaten aus West-, Nord- oder Südeuropa vorgesehen. Unsere neuen Partner in Ostmitteleuropa und Nordosteuropa müssten bis 2020 warten, bis nur einer von Ihnen an die Reihe käme.

Mehrfachbenennungen von Kulturhauptstädten aus unterschiedlichen Ländern hat es in der Vergangenheit bereits gegeben. Im Millenniumsjahr 2000 waren es sogar neun europäische Städte, 2001 haben sich

Rotterdam und Porto die Aufgabe geteilt, 2002 Brügge und Salamanca, in diesem Jahr, 2004, sind es Genua in Italien und Lille in Frankreich. Was wäre das für eine Geste, wenn wir als Deutsche neben Lübeck Partner in der Ostseeregion als Kulturhauptstädte Europas für 2010 vorschlagen würden!

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir würden durch eine solche Initiative dem schleswig-holsteinischen Bemühen um eine verstärkte Ostseezusammenarbeit zum weiteren Erfolg verhelfen. Wir würden damit das Zusammengehörigkeitsbewusstsein in der Ostseeregion nachhaltig stärken und - wie gesagt - wir gäben ein starkes politisches Signal an die Adresse unserer neuen Partner in der Europäischen Union.

An einem solchen Vorschlag, Lübeck und Partnerstädte aus der Ostseeregion, könnte die Bundesregierung bei der Auswahl der deutschen Bewerber trotz starker Konkurrenz vieler anderer namhafter und bemerkenswerter deutscher Kulturstädte nicht so leicht vorbeikommen. Das wäre ein politisches Argument, mit dem wir die Bewerbung Lübecks nachdrücklich unterstützen könnten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dann könnte das alte Haupt der Hanse mit Partnern und Nachbarstädten im Ostseeraum 2010 wirklich Kulturhauptstadt Europas werden.

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gratulation des Datenschutzbeauftragten dauert wohl noch an, deshalb hat meine Fraktion mich hier allein vorgeschickt, wir stehen aber alle geschlossen hinter der Bewerbung Lübecks als Kulturhauptstadt Europas. Denn unsere prächtige Hansestadt, die Königin des Nordens, 2010 mit diesem Titel, das ist eine attraktive Zukunftsvision, nicht nur für Lübeck, sondern für das ganze Land Schleswig-Holstein.

Lübeck steht in einer Reihe mit nordeuropäischen Städten, Glasgow, Dublin, Kopenhagen, Stockholm, Bergen, Helsinki, Reykjavik und Rotterdam. Es ist nicht unbescheiden, Lübeck in dieser Reihe kultureller Hafenstädte zu nennen. Natürlich ist der Ostseeraum, nicht erst seit gestern, sondern schon vor und erst recht nach der Grenzöffnung für Lübeck immer

(Angelika Birk)

eine wichtige Adresse gewesen. Es steht uns gut an, diese Tradition weiter zu pflegen.

Herr Dr. Klug, bevor wir aber einfach mal eben drei Städte aus den baltischen Staaten einvernehmen mit Lübeck, sollten wir dort ausführlich konsultieren. Ich könnte mir nämlich vorstellen, dass das eventuell als imperialistische Geste verstanden wird. Ihre Anregung ist interessant, aber sie bedarf der selbstbewussten Abstimmung mit unseren zukünftigen Partnern. Es hat schon manche Verstimmung gegeben, wenn wir so tun, als wären wir heute noch Königin der Hanse, wie wir das vielleicht waren.

(Unruhe bei der FDP)

Lübeck steht jetzt im Wettbewerb mit so schönen Städten wie Bremen, Regensburg, Bamberg und Potsdam, aber auch so kontrastreichen und reibungsvollen wie Köln.

Ist eine Abgeordnete aus Lübeck, auch wenn sie kulturpolitische Sprecherin ist, nicht befangen, dies zu beurteilen? Ich hatte das Glück, während meines Erwachsenenlebens nur in Städten meiner Wahl, meiner kulturellen Wahl zu leben: in Düsseldorf, in Heidelberg, in Hamburg und in Lübeck. Auch in diesem Vergleich kann ich sagen: Lübeck bewirbt sich zu Recht.

In Lübeck wird nämlich alles zu Kultur. Selbst das berühmte Marzipan ist nicht einfach nur eine Süßigkeit, sondern ein Kulturgut, das jedem Besucher und jeder Besucherin des Rathauses überreicht wird. Selbst aus dem Sandstrand im Lübecker Seebad Travemünde wird alljährlich ein Festival der Sandskulpturen.

Aber Spaß beiseite, Lübeck ist eine Stadt der Musik: von der Brahms-Forschung an der Musikhochschule bis zur Rockmusik-Ausbildung auf den Media-Docks. Zur Lübecker Kultur gehören aber auch die vielen Projekte der neuen Wohnkultur, wie die Bürgerinitiative „Miteinander“, die den Dialog zwischen den Religionen pflegt. Gerade vor dem Hintergrund der jüngeren Lübecker Geschichte möchte ich hervorheben, wie wichtig und gut der Dialog zwischen Christen, Muslimen und Juden in Lübeck läuft. Er drückt sich beispielsweise auch in gemeinsamen, sehr modernen Gottesdienstformen aus, die wiederum ein Zeugnis der Musik-, Lese- und Redekultur Lübecks und des kulturellen Bürgersinns abgeben.

Viele Institutionen blühen und gedeihen, weil Bürgerinnen und Bürger der Stadt sich mit ehrenamtlicher Arbeit und mit Spenden für sie engagieren. Dies verweist auf eine weitere Besonderheit Lübecks: In keiner anderen Stadt gibt es pro Kopf der Bevölke-

rung so viele Stiftungen und so viel Stiftungsengagement. Ich könnte natürlich den Denkmalschutz und Ähnliches aufzählen, aber ich möchte an dieser Stelle das Stiftungsengagement auf die politische Initiative der Bürgerinnen und Bürger ausdehnen. Auch das ist wichtig für eine lebendige Städtkultur.

Ich kann an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass eine Diskussion, wie wir sie in den letzten Tagen über die Schließung von Theatern oder des Günter-Grass-Hauses hatten, natürlich überhaupt nicht zu der Bewerbung einer Kulturhauptstadt passt. Ich gehe davon aus, dass sowohl die Stadt als auch das Land Mittel finden werden, eine solche Diskussion konstruktiv zu beenden.

(Beifall der Abgeordneten Gisela Böhrk [SPD])

Ich sage das ausdrücklich nicht hier mit vollen Händen. Wir haben Lübeck in der Vergangenheit Städtebauförderung, EU-Regionalisierungsmittel, Denkmalschutzmittel, Hochschulentwicklungsförderung und andere Mittel zur Verfügung gestellt und Lübeck war geschickt, sich immer wieder ein großes Tortenstück aus diesen Mitteln zu erobern. Zu Recht, mit den Verdiensten, die es in das Land einbringt. Wir können nicht mehr versprechen, aber wir können so viel zusagen, dass diese Mittel, die allen im Lande offen stehen, natürlich auch für die Bewerbung einer Kulturhauptstadt genutzt werden.

Ein Letztes möchte ich hier nicht unerwähnt lassen: Für uns als Grüne gehört zu Lübecks Geschichte auch das 25-jährige erfolgreiche Jugendkulturzentrum „Alternative“. Gerade auch im Hinblick auf Herrn Geißlers neues Amt sage ich: Für uns wäre es für den jungen Willy Brandt und den jungen Günter Grass - um nur zwei Nobelpreisträger zu nennen - ein beliebter Treffpunkt gewesen. Ob Thomas Mann seinen Fuß dorthin gesetzt hätte, ist vielleicht zweifelhaft, aber sicher sein Bruder Heinrich, erst recht der wieder entdeckte Mitbegründer der Münchener Räterepublik Erich Mühsam. Auch dieser Lübecker repräsentiert ein lebendiges Erbe der Hansestadt.

Für unser Kulturverständnis gehört die „Alternative“ genauso zu Lübecks Kultur wie die Nordischen Filmtage oder die Völkerkunde-Sammlung.

Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich hervorheben: Kulturhauptstadt Europas heißt nicht nur regionale Besonderheit, sondern heißt, tatsächlich den Anspruch, eine Brücke für Europa zu schlagen, zu erfüllen. Wer, wenn nicht Lübeck, ist geeignet, an der ehemaligen Grenze mit seinen modernen Kontakten von Schülerinitiativen bis hin zu neuen Handels- und Kulturpartnerschaften in den

(Angelika Birk)

Ostseeraum und auch zu unseren skandinavischen Nachbarn diese europäische Rolle zu spielen?

(Glocke der Präsidentin)

Ich wünsche deshalb der Bewerbung viel Glück und die Unterstützung des ganzen Hauses.

(Vereinzelter Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Dänisch gibt es ein Sprichwort. Es heißt: Wer Humor nur als Spaß auffasst und ernsthafte Rede nur ernst nimmt, hat beides nicht richtig verstanden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

1201 begab sich die **Stadt Lübeck** unter die Oberherrschaft des dänischen Königs und wurde zugleich die größte Stadt des damaligen Königreiches. Über den ersten dänischen König, Knuth VI., ist wenig überliefert. Umso mehr weiß man um die Tätigkeiten Waldemars II., Waldemars des Siegers. Er stellte Privilegien für die Kaufleute aus, sodass sie ungehindert Handel treiben konnten, Salz aus Lüneburg und Hering aus der Ostsee gewinnbringend vermarkten konnten.

Von 1201 bis 1225 vergrößerte sich die Stadt. Neues Bauland wurde gewonnen. Eine neue Stadtmauer wurde in Angriff genommen. Diese Zeit des Friedens und des Fortschritts endete 1227 mit der Schlacht von Bornhöved. Typisch dänisch, könnte man sagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Habt ihr verloren? - Heiterkeit)

Typisch Lübeck war, dass diese **Geschichte** der **Stadt** im letzten Jahr wirkungsvoll und sehr professionell vermarktet wurde. Hilfreich war dabei sicherlich auch, dass eine herausragende Vertreterin des archäologischen Berufsstandes, die dänische Königin, die Ausstellung „Dänen in Lübeck“ eröffnete. Zur Erinnerung: Diese archäologische Ausstellung war ein grenzüberschreitendes Projekt und soll auch darauf aufmerksam machen, dass sich Lübeck immer noch ein richtiges archäologisches Museum wünscht, um das herausragende Museumsangebot zu vervollständigen. Dieser Meinung bin ich auch.

Es wäre sicherlich vermessen zu sagen, schon 1225 stand fest, dass Lübeck heute eine überzeugende **Be-**

**werbung** zur **Kulturhauptstadt Europas** einreicht, eine Bewerbung, die es verdient, von uns allen unterstützt zu werden. Das tun wir mit unserem gemeinsamen Antrag.

Ich befürchte allerdings, es wird nicht einfach sein. Mittlerweile befinden sich meines Wissens rund 20 Städte im Rennen. Für Lübeck spricht aber nicht nur, dass die Altstadt mit ihrer einzigartigen Architektur der Backsteingotik UNESCO-Weltkulturerbe ist, für Lübeck sprechen insgesamt auch die Geschichte der Stadt und ihr kulturelles Leben.

Vor diesem Hintergrund ist es ein interessanter Ansatz, dass dabei vonseiten Lübecks auch mit einer **Partnerschaft mit Ungarn** geworben wird. „Wieso Ungarn?“, heißt es in der Bewerbung. Diese Frage wird deutlich beantwortet. Es dreht sich nicht um eine ungarische Minderheit, die dargestellt werden soll. Es hat auch nichts mit einer eventuell bestehenden Schifffahrtslinie zwischen Lübeck und Ungarn zu tun. Die Lübecker wollen - so sagen sie selbst - die Öffnung Europas nach Osten unterstützen und bieten Ungarn daher die Möglichkeit, sich das gesamte Jahr über in Lübeck zu präsentieren. Schöner kann sich das Zusammenwachsen zu einem geeinten Europa nicht präsentieren. Wir freuen uns über die Bewerbung und unterstützen sie mit allen Kräften.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe den bisherigen Beiträgen entnommen, dass Sie alle die **Bewerbung Lübecks** zur **europäischen Kulturhauptstadt 2010** fraktionsübergreifend unterstützen wollen. Das wird bestimmt helfen.

Die Hansestadt hat sich auf der ITB am 12. März vorgestellt. Trotz des Gewimmels dort ist es ihr gelungen, sich gut zu präsentieren, mit jungen Gesichtern, mit jungen Menschen, aber auch mit Kulturträgern, mit Botschaftern aus den umliegenden Ostseeanrainerstaaten.

Ganz ohne Zweifel hat Lübeck das kulturelle Potenzial, um in der ersten Phase im innerdeutschen Wettbewerb zu bestehen und es mit der Konkurrenz in Europa aufzunehmen. Es sprechen viele starke Argumente für die Hansestadt, Argumente aus Geschichte, Kultur, Wirtschaft und Politik, der Vergan-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

genheit und der Gegenwart. Natürlich sind andere Städte in Schleswig-Holstein auch schön. Sie sind auch sehr alt, Frau Schwarz. Immerhin ist Schleswig 1.200 Jahre alt. Die dänische Königin kommt in diesem Sommer auch, um Ihre Stadt zu besuchen. Lübeck hat doch noch ein klein wenig mehr zu bieten. Das sollten die anderen neidlos anerkennen.

Der Einfluss des **Mare Balticums** innerhalb der EU wird mit den neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen und Polen wachsen. Die Hansestadt Lübeck wird aufgrund ihrer besonderen wirtschaftlichen und kulturellen Infrastruktur in diesem neuen Verbund eine Fülle von Aufnahmen und Aufgaben übernehmen können. Insoweit sind die Argumentation und der Vorschlag des Abgeordneten Klug ausgesprochen nahe liegend. Das Europäische Parlament hat die Idee schon aufgegriffen und immer gesagt: Es muss sich ein neues mit einem alten Mitgliedstaat präsentieren. Für das Jahr 2010 ist Ungarn als das Land vorgeschlagen worden, das neben Deutschland die Kulturhauptstadt stellen soll. Insoweit ist das kein Imperialismus, sondern ein Versuch, europäische Identität herzustellen.

Schon zurzeit der Hanse ging von Lübeck der Aufschwung im Handel auf Nord- und Ostsee aus, der dem Städtebund der Hanse seine große Kraft verliehen hat. Lübeck war das Zentrum, in dem sich Menschen aus verschiedensten Ostseemationen, aber auch aus anderen Regionen begegneten, miteinander handelten, Geschäfte machten, Kultur austauschten. Lübeck war Weltstadt.

Heute wie vor Hunderten von Jahren ist Lübeck ein wichtiger Knoten im Netz der Ostseekooperation, ist Ausgangspunkt gemeinsamer Initiativen, ist Ort großer Konferenzen der Ostseeanrainer und ist ein großer Hafen und Zulieferant von einer wirtschaftlich wichtigen Quantität von Containern, zum Beispiel für Hamburg.

Lübeck ist als **Kulturhauptstadt des Nordens** ein starkes Zentrum und hat klugerweise nicht angefangen zu überlegen, was sie Neues machen soll, sondern ihr Vorhandenes zu bündeln und darzustellen. Diese Chancen werden der Stadt nutzen. So hat beispielsweise die Kultusministerin am Montag die zweitägige Ars-Baltica-Konferenz in Salza eröffnet. Diese Konferenz zum 15-jährigen Bestehen von Ars Baltica hat den Stellenwert und das Profil der kulturellen Zusammenarbeit der baltischen Länder bestätigt. Lübeck hat klugerweise und geschickterweise die Gelegenheit genutzt, um den neuen Partnerländern ihr Bewerbungskonzept vorzustellen. Also, Ars Baltica als ein weiterer Pluspunkt der Bewerberstadt und zugleich eine Plattform und Forum für die Bewerbung. Das

stärkt die Partnerschaften rund um die Ostsee. Es wäre tatsächlich schön gewesen, wenn es eine der alten Hansestädte rund um die Ostsee gewesen wäre, die mit aufgetreten wäre. Aber es hat halt nicht sollen sein.

Gemeinsam mit der Hansestadt wird die Landesregierung in den nächsten Wochen den Bewerbungsprozess fortsetzen und vorantreiben. Wenn alle an einem Strang ziehen, werden die Chancen für die Stadt Lübeck steigen. Lübeck jedenfalls präsentiert sich selbstbewusst und vielfältig, geschichtsorientiert, weltoffen und zukunftsorientiert. Daraus erfolgt, dass die Stadt, eines der Herzstücke des baltischen Kulturraums, schon jetzt gewonnen hat, unabhängig davon, wie die Entscheidung ausfallen wird - auch wenn ich davon ausgehe, dass sie positiv ist.

Lübeck hat schon jetzt gewonnen, weil das reichhaltige Theater- und Musikschaffen, die attraktiven Museen, die reizvolle Architektur, das kulturelle Leben insgesamt, aber auch Restaurationsbetriebe und last, but not least der Fußball sehr für die Stadt sprechen. Den Lübeckerinnen und Lübeckern ist wieder einmal bewusst geworden, wie einmalig ihre Stadt ist. Kein Wunder also, dass die Bewerbung quer durch alle Bevölkerungskreise unterstützt wird.

Kiel - um einen Zwischenruf aufzugreifen - ist auch eine schöne Stadt. Aber ich muss fairerweise zugeben: Mit dem geschichtsträchtigen Lübeck kann sich Kiel nur schwer messen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Kiel hat Charme. Kiel hat eine Menge zu bieten. Kiel ist auch eine schöne Stadt. Ich würde es aber nicht darauf ankommen lassen, mich an dieser Stelle von Lübeck besiegen zu lassen, wenn ich Kieler wäre.

Viele Menschen in ganz Deutschland, in aller Welt, die schon in Lübeck zu Gast waren und immer wieder gern kommen, verfolgen und begleiten diese Bewerbung mit großer Sympathie. Ich hoffe, dass die Chancen, die diese Stadt hat, ihr helfen werden. Denn davon werden auch wir in Schleswig-Holstein etwas haben.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerpräsidentin! Ich bedaure etwas, dass die Debatte über einen so wichtigen Punkt jedenfalls gelegentlich mit Ansprengseln versehen worden ist, die nur die Binnenbefindlichkeit beinhaltet: „Was wird wann nicht mehr fortgesetzt, was hat wann wo Schwierigkeiten verursacht?“, statt sich - wie wir in unseren Wortbeiträgen - auf eine Außenbewerbung zu konzentrieren, darauf, wie wir das unterstützen können. Andere entscheiden ja darüber.

Ich will versuchen, dass im Hinblick auf den Vorschlag des Kollegen Klug zu erläutern. Ich stelle mir vor, dass unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem niedersächsischen Parlament eine ähnliche Debatte halten und sich für Braunschweig einsetzen und dass die Nordrhein-Westfalen sich für Münster einsetzen. Das sind auch schöne Städte. Ich bin gebürtiger Braunschweiger - ein großer Sohn dieser kleinen Stadt.

(Heiterkeit)

Braunschweig hatte mit Heinrich dem Löwen den ersten Kriegsdienstverweigerer. In Münster wurde der Westfälische Friede geschlossen.

Die spannende Frage ist: Was können wir eigentlich über die Erklärung dessen, was die Städte in ihrer Vergangenheit waren, hinaus anbieten, damit eine Entscheidung zu unseren Gunsten fällt? Das entscheiden ja auch im Bundeskabinett keine Persönlichkeiten, die aus Schleswig-Holstein kommen. Die kommen alle aus anderen Bundesländern. Das müssen wir im Kopf behalten. Deshalb ist die spannende Frage, warum wir nicht versuchen, den Vorschlag des Kollegen Klug aufzugreifen. Das ist eigentlich ein Appell an die Lübecker. Die Tatsache, dass die Ungarn das Land ausersehen wollen, gilt für alle anderen Städte auch. Die Tatsache, dass Ungarn als Partner benannt worden ist, schließt ja nicht aus, dass wir sozusagen als Gedanke die **geschichtliche Bedeutung der Hanse** wieder aufleben lassen und die neuen Beitrittsländer mit ihren Städten an unsere Seite bringen. Wir brauchen ein sachlich fundiertes Argument, dem man sich eigentlich nicht entziehen kann, damit unsere Bewerbung Erfolg hat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Caroline, bei aller Liebe für **Außendemonstrationen** wie Sticker hilft uns das im Zweifel nicht weiter, weil sie nichts anderes repräsentieren als das, was wir ohnehin alle wollen, nämlich dass Lübeck zur Kulturhauptstadt gemacht wird. Wir brauchen aber eine

**Argumentation**, von der ich glaube, dass die Entscheidungsträger sie nicht unberücksichtigt lassen können, weil sie einen Erklärungsbedarf hätten, und zwar einen massiven Erklärungsbedarf, warum sie den Vorschlag unberücksichtigt lassen.

Münster kann mit einer solchen Tradition nicht werben. Es wäre geradezu komisch, wenn Münster jetzt versuchen wollte, mit Riga oder Danzig eine Kooperation zu beginnen. Dafür gibt es keine historische Grundlage. Lübeck kann das. Bremen könnte das möglicherweise auch, aber Bremen hat Gott sei Dank oder bedauerlicherweise den Nachteil, dass es an einem anderen Gewässer als Lübeck disloziert ist. Die Tradition von Lübeck ist eine viel gravierendere, viel durchschlagendere als die von Bremen in dieser Frage.

Deshalb noch einmal meine Bitte: Bis zum 30. Juni kann die Bewerbung jederzeit angereichert werden, die Entscheidung fällt erst im dritten Quartal. Wir sollten das ernsthaft prüfen und überlegen, ob nicht das das Argument ist, das von großem Gewicht ist und unsere Chancen als Schleswig-Holsteiner - wir müssen alle dahinter stehen - beinhaltet, dass wir in dieser Frage entsprechend berücksichtigt werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so angenommen.

Ich schlage vor, dass wir noch Tagesordnungspunkt 12 aufrufen. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung und des Schleswig-Holsteinischen Richtergesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3368

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, was eine Konferenz ist? Eine Konferenz ist eine Sitzung, in die viele hineingehen und bei der wenig herauskommt. Man munkelt, es habe im letzten

(Wolfgang Kubicki)

Jahr viele Konferenzen zwischen SPD und CDU hinsichtlich der Besetzung des Präsidenten des Landesrechnungshofes und einiger Richterstellen gegeben.

Unser Gesetzentwurf zur größtmöglichen **Entpolitisierung der Richterwahl** ist zwar nicht neu, aber immer noch hoch aktuell. Es muss der Zwang entfallen, zu politischen Paketlösungen zu kommen, der zum einen lange Vakanzen nach sich zieht und zum anderen gerade in jüngster Zeit die Besetzung von Führungspositionen miteinander verknüpft hat, die inhaltlich nichts miteinander zu tun haben. Das ist zwar insbesondere unter den beiden Volksparteien ein lieb gewordenes Ritual, aber blinde Liebe ist unvernünftig und sie sollten die Augen öffnen für transparenteres und besseres Richterwahlverfahren. Es darf nicht weiter sein, dass wir durch die momentane Struktur des Richterwahlausschusses auch nur den Anschein erwecken, dass Richterstellen politisch ausgekungelt werden. Es darf nicht sein, dass in der Bevölkerung der Glaube entsteht, dass nicht die besten Bewerber, sondern die besten Parteigänger die Richterposten besetzen, wobei ich sagen muss, dass dieser Glaube gegenwärtig ein Irrglaube wäre. Nach wie vor erleben wir aber auch in der medialen Darstellung immer stärker dieses Bild. Wir machen dem Parlament mit unserem Gesetzentwurf ein Angebot, dieses zu ändern.

Erstens. Wir wollen, dass die **parteipolitische Einflussnahme** auf die **Richterwahl** zurückgedrängt wird. Momentan stellt sich die Situation so dar: Im Normalfall gehören dem Richterwahlausschuss zwölf Mitglieder an, von denen acht Abgeordnete sind. Bei Entscheidungen des Wahlausschusses über eine Einstellung, Beförderung oder Versetzung im Bereich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit besteht der Ausschuss aus 18 Mitgliedern, von denen dann zwölf Abgeordnete sind. Das sichert den politischen Vertretern einseitig die bisher notwendige Zweidrittelmehrheit für Entscheidungen.

Im Klartext: Wenn sich die Politik einig ist, haben die weiteren Vertreter im Ausschuss praktisch keine Möglichkeit zur Einflussnahme mehr. Wir wollen das ändern. Wir wollen, dass der Wahlausschuss im Normalfall auf zehn Mitglieder reduziert wird, von denen nur fünf Mitglieder Abgeordnete sind. Diese 50-prozentige Quote muss verfassungsrechtlich eingehalten werden. Dazu wollen wir die notwendige Mehrheit für Entscheidungen des Richterwahlausschusses von zwei Drittel auf eine einfache Mehrheit absenken. Dadurch wird verhindert, dass die Politik allein entscheiden kann, wer eine Richterstelle besetzt und wer nicht. Zumindest ein Vertreter aus der Justiz muss dann noch überzeugt werden.

Zweitens. Wir wollen, dass denjenigen ein stärkeres Gewicht eingeräumt wird, die die **Qualifikation** der Bewerberinnen und Bewerber tatsächlich beurteilen können. Zurzeit sind die richterlichen Mitglieder im Wahlausschuss keine echten Vertreter der Richterschaft, sondern unterliegen fast ausschließlich einer politischen Proporzentscheidung. Wenn zehn Richter einen Vorschlag unterbreiten, entscheidet der Landtag mit Zweidrittelmehrheit über die zwei zu wählenden Richter im Wahlausschuss. Nach unserem Gesetzentwurf sollen die Richterinnen und Richter des Landes durch Wahl eine Liste von zwölf Kandidatinnen und Kandidaten zusammenstellen, aus der dann der Landtag die zwei ständigen Mitglieder bestimmt.

Drittens. Wir wollen, dass diejenigen eingebunden werden, die für die Effizienz und Funktionsfähigkeit der Gerichte verantwortlich sind. Bisher werden vom **Präsidentenrat**, der von den Richterinnen und Richtern selbst gewählt ist, Stellungnahmen über die persönliche und fachliche Eignung einer Bewerberin oder eines Bewerbers gegenüber dem Richterwahlausschuss abgegeben. Die Stellungnahme hat keinerlei bindende Wirkung für den Ausschuss, er braucht sie noch nicht einmal zur Kenntnis zu nehmen. Das soll nicht so bleiben. Nach unserem Entwurf soll immer ein Mitglied des Präsidentenrates im Richterwahlausschuss vertreten sein. Das stellt sicher, dass die Stellungnahme des Präsidentenrates berücksichtigt wird.

Viertens. Wir wollen, dass die **Einstellung** von Richterinnen und Richtern **auf Probe** in das Richterwahlverfahren einbezogen wird. Die Vorauslese, die das Justizministerium bei der Ernennung von Richterinnen und Richtern auf Probe betreiben kann, fiel bei einer Wahl durch den Richterwahlausschuss weg. Unser Gesetzentwurf ist darauf angelegt, ein Gleichgewicht zu schaffen, das Entscheidungen nach rein politischen Gesichtspunkten vermeidet und eine kompetente Beschlussfassung über die Bewerbungen ermöglicht.

Wir bitten um Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur **Änderung des Richterwahlverfahrens** in Schleswig-Holstein vorgelegt, den die SPD-Landtagsfraktion ablehnen wird. Wenn die FDP behauptet, mit

(Klaus-Peter Puls)

der Gesetzesänderung werde erreicht, dass für die Berufung in ein schleswig-holsteinisches Richteramt künftig ausschließlich die Qualifikation entscheidend ist, dann ist dem entgegenzuhalten: Die **Qualifikation**, Herr Kollege Kubicki, also die persönliche und fachliche Eignung, ist bereits jetzt nach geltender Rechtslage und in der langjährig gehandhabten Praxis des Richterwahlausschusses der einzige Prüfungsmaßstab für jede Bewerbung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Der Richterwahlausschuss hat in dieser Legislaturperiode, seit April 2000, in 14 Sitzungen exakt 202 Richterstellen in allen Gerichtszweigen und Instanzen besetzt, und zwar ohne jeden Zweifel ausschließlich mit objektiv hoch qualifizierten Richterpersönlichkeiten. So viel zu den Vakanzen, Herr Kubicki.

Wenn die FDP vorschlägt, objektiv noch bessere Lösungen könnten erreicht werden, wenn weniger Abgeordnete und mehr Richter und Gerichtspräsidenten als Mitglieder in den Richterwahlausschuss gesetzt würden, dann ist dem zweierlei entgegenzuhalten:

Erstens. So praxisfremd und menschenunkundig kann auch der praktizierende Jurist und politische Mensch Kubicki nicht sein, dass er eines nicht wüsste: Auch **Richter** sind politisch, in der Regel sogar parteipolitisch geprägte Persönlichkeiten. Die eine und einzige zurzeit vom Richterwahlausschuss in Schleswig-Holstein noch nicht besetzte Stelle - ich meine die des Präsidenten beim Landgericht Itzehoe - ist trotz einer objektiv herausragenden qualifizierten Bewerbung nur deshalb noch frei, weil auch richterliche Mitglieder des Richterwahlausschusses nicht frei von partei- oder auch nur verbandspolitischen Erwägungen sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ein Zweites, Herr Kollege Kubicki. Die FDP möchte weniger Abgeordnete im Richterwahlausschuss. Aus unserer Sicht garantiert gerade die Beteiligung des Parlaments, des obersten vom Volk gewählten Staatsorgans, der Volksvertretung, dass auch die dritte Staatsgewalt demokratisch legitimiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Die **Abgeordnetenmehrheit im Richterwahlausschuss** ist das personelle Fundament einer demokratischen Justiz, und das soll, jedenfalls nach unserer Auffassung, auch so bleiben.

Drittens. Der Verfahrensvorschlag der FDP, den Richterwahlausschuss künftig statt mit Zweidrittelmehrheit nur noch mit **einfacher Mehrheit** entschei-

den zu lassen, ist in Bezug auf das vorgebliche Ziel, eine bessere Qualifikation zu erreichen, geradezu kontraproduktiv. Einfache Mehrheiten, Herr Kubicki, bergen für ganze Legislaturperioden das Risiko der parteipolitisch oder koalitionspolitisch einseitigen Besetzung sämtlicher Positionen. Das ist genau der Punkt, den die FDP zu verhindern vorgibt.

Gerade die derzeit praktizierte Zweidrittelmehrheit im Richterwahlausschuss garantiert demgegenüber die doch hoffentlich von uns allen gewollte und anzustrebende Bestenauslese - und dies auch und im Besonderen in Fällen gleicher fachlicher Qualifikation mehrerer Bewerber, weil in diesen Fällen Einigungszwang für die unterschiedlichen politischen Lager mit dem sicheren Ergebnis besteht, dass die freie zu besetzende Richterposition mit einer von mehreren gleich gut qualifizierten Richterpersönlichkeiten auch besetzt wird.

Über die unerquickliche Verquickung von Verhandlungen über die Besetzung richterlicher und nicht richterlicher Ämter in Schleswig-Holstein ist aus gegebenem Anlass an anderer Stelle für alle Abteilungen des Richterwahlausschusses das Erforderliche gesagt worden.

Die SPD-Landtagsfraktion ist entschlossen, an dem bewährten Verfahren der Richterwahl in Schleswig-Holstein festzuhalten. Wir werden den Gesetzentwurf der FDP auch im Fachausschuss und in zweiter Lesung hier im Parlament zurückweisen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine Neuauflage einer Debatte, die wir schon einmal am 28. September 1995 geführt haben. Damals gab es einen fast identischen Gesetzesantrag der FDP-Fraktion.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Der Innen- und Rechtsausschuss hat damals eine Anhörung dazu durchgeführt. Diese Anhörung kam überwiegend zu dem Ergebnis, dass sich das geltende **Richterwahlverfahren** bewährt hat. Folgerichtig haben dann SPD und CDU in der Dezember-Tagung 1995 den Gesetzentwurf der FDP abgelehnt.

Ich habe in der damaligen Debatte darauf hingewiesen, dass es meine Fraktion war, die Wert darauf

(Thorsten Geißler)

legte, das Verfahren der Richterwahl in der Verfassung zu regeln, um es dem Zugriff der einfachen Mehrheit des Parlaments zu entziehen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt gleichermaßen auch für die Richterwahl. Wir brauchen Sicherungsinstrumente dagegen, dass eine einseitige vornehmlich nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgerichtete Zusammensetzung der Richterschaft durchgeführt werden kann. Genau dafür brauchen wir die **Zweidrittelmehrheit** im Ausschuss. Sie hat sich bewährt und wir wollen an ihr festhalten.

Es hat immer wieder haltlose Spekulationsberichterstattung über eine angebliche Verknüpfungen gegeben. Wären sie gerechtfertigt, wäre die letzte Sitzung des Richterwahlausschusses anders ausgefallen. Wir sollten solche Spekulationen nicht nähren und streuen, sondern ihnen entgegentreten.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Kubicki, Sie haben es eben auch eingeräumt: Selbstverständlich gelten die Kriterien **Eignung, Befähigung und Leistung**. Für mich und meine Kolleginnen und Kollegen ist dies eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen selbst, es sei ein Irrglaube, nur die besten Parteigänger würden Karriere machen. Sie haben Recht: Es ist ein Irrglaube. Aber, meine Damen und Herren, wenn so etwas verbreitet wird, muss man ihm entgegentreten. Dann darf man es doch nicht nähren und den Eindruck erwecken, das sei die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Das gegenwärtige Richterwahlverfahren stellt sicher, dass diejenigen, die die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber beurteilen können, auch maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung des Richterwahlausschusses haben. Die Beurteilungen der Gerichtspräsidenten sind Grundlage für jede Stellenbesetzung. Würde sich der Richterwahlausschuss einfach darüber hinwegsetzen, so wäre die erfolgreiche Konkurrentenklage prognostiziert.

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Dass die Entscheidungen des Richterwahlausschusses auf Akzeptanz stoßen, sieht man an der geringen Anzahl von Konkurrentenklagen und an der noch geringeren Anzahl erfolgreicher Konkurrentenklagen. Es wird sorgfältig gearbeitet.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Bereits heute nehmen die Gerichtspräsidenten eine starke Stellung ein. Sie noch weiter zu stärken wäre falsch. Gerade die **richterlichen Mitglieder im Richterwahlausschuss** nehmen die Beurteilung sehr ernst, aber sie verwahren sich gegen eine weitergehende Einflussnahme von Gerichtspräsidenten auf die Wahl des Richterwahlausschusses.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es wäre systemwidrig, sie auch noch im Ausschuss mit einem Sitz zu versehen.

Kollege Puls hat es anklingen lassen: Unser jetziges geltendes Richterwahlverfahren ist ohne jeden Zweifel verfassungsgemäß. Alle Mitglieder des Richterwahlausschusses sind durch die Wahl durch ein seinerseits frei gewähltes Parlament demokratisch legitimiert.

Das gilt nicht für die Zusammensetzung des Richterwahlausschusses, den der Gesetzentwurf der FDP vorsieht. Zwar sollen nach dem Willen der FDP die zwei ständigen richterlichen Mitglieder des Richterwahlausschusses auch weiterhin vom Landtag gewählt werden, zwei Mitglieder sollen dem Ausschuss jedoch kraft Amtes angehören. Wo ist die **demokratische Legitimation** für die Zugehörigkeit zu diesem Ausschuss, wenn man eine Mitgliedschaft kraft Amtes vorsieht?

Die gleiche Frage stellt sich im Hinblick auf das anwaltliche Mitglied, das durch die Mitgliederversammlung der Rechtsanwaltskammer gewählt werden soll, und auch auf die Vertreter der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die von den Unternehmensverbänden im kommunalen Arbeitgeberverband beziehungsweise vom Deutschen Gewerkschaftsbund und von ver.di benannt werden sollen. Meine Damen und Herren, wo ist da die demokratische Legitimation?

Ich kann nur auf die umfangreichen Anhörungen und Debatten aus den Jahren 1989 und 1990 verweisen, in denen von kompetenter Seite darauf verwiesen wurde, dass alle Mitglieder des Richterwahlausschusses demokratisch legitimiert sein müssen und dass eine solche demokratische Legitimation nur durch unmittelbare Volkswahl - das halte ich in diesem Fall für unpraktikabel - oder durch die Wahl durch ein freigeschafftes Parlament zu erzielen ist. Dem wird der Gesetzentwurf der FDP leider nicht gerecht.

Wir können im zuständigen Fachausschuss gern über manche Details reden. Vom Grundsatz her hat sich das gegenwärtige Richterwahlverfahren bewährt und daher wird meine Fraktion einer Verfassungsände-

(Thorsten Geißler)

rung nicht zustimmen. Wir sehen auch keine Notwendigkeit für umfangreiche einfachgesetzliche Änderungen. - Dem Antrag auf Ausschussüberweisung stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Für mehr Bestenauslese und weniger Parteienproporz“ betitelt die FDP ihre Presseerklärung, mit der sie den vorliegenden Antrag vorstellte. Dies soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass im Richterwahlausschuss mit einfacher Mehrheit entschieden wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Als ich das gelesen habe, dachte ich, das musste nach der Berichterstattung über den Richterwahlausschuss und verschiedentlich etwas ätzenden Kommentaren so kommen. Nach der heutigen und gestrigen Sitzung habe ich gedacht: Wenn die CDU Zeitung liest, gibt es einen Dringlichkeitsantrag, und wenn die FDP Zeitung liest, gibt es einen Gesetzentwurf.

Aber gut, ich will nicht nur lästern, sondern mich ernsthaft damit auseinandersetzen, weil etwas, das gut ist, immer noch verbessert werden kann. Dass die **FDP im Richterwahlausschuss** nicht vertreten ist, ist - auch wenn wir von demokratischer Legitimation sprechen - ein Manko beziehungsweise bitter für die Vertreterinnen und Vertreter in der FDP. Das kann ich verstehen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kubicki, wir halten Ihren Vorschlag für den falschen Weg. Die Auswahl der Richterinnen und Richter als dritte Gewalt muss sich auf eine möglichst breite gesellschaftliche Mehrheit stützen. Denn sicherlich wird mit dem vorliegenden Vorschlag der Einfluss der gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter geschwächt; das sehen Sie sicherlich auch so.

Allerdings sind diese von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und als solche demokratisch legitimiert. Eine Schwächung des Einflusses der Politik bedeutet also eine Schwächung der **demokratischen Legitimation**.

Zur Wahl der Vizepräsidenten durch den Landtag: Es lässt sich darüber reden, ob neben den Präsidentinnen und Präsidenten der oberen Landesgerichte auch die

Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten vom Landtag gewählt werden sollen. Es mögen gute Gründe dafür sprechen. Allerdings widersprechen Sie mit diesem Vorschlag Ihrem selbst formulierten Ziel, die parteipolitische Einflussnahme auf die Richterwahl zurückzunehmen.

Ich denke, die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten stehen nicht an einer derart öffentlich exponierten Stelle wie die Präsidentinnen und Präsidenten. Daher ist deren Wahl im Richterwahlausschuss durchaus vertretbar.

Die Einbeziehung der Richterinnen und **Richter auf Probe** in das Richterwahlverfahren bietet sicherlich ein Mehr an demokratischer Legitimation, aber ich fürchte, diese zusätzliche Aufgabe würde der Richterwahlausschuss mit seinem ja auch begrenzten Zeitbudget nicht verkraften. Ich möchte nicht riskieren, dass Stellen länger unbesetzt bleiben, weil der Richterwahlausschuss mit der Auswahl des Nachwuchses nicht hinterherkommt. Nach meiner persönlichen Rückfrage im Justizministerium ist mir versichert worden, dass bei der Ernennung der Richter auf Probe der Haupttrichterrat und selbstverständlich die Gleichstellungsbeauftragte eine Rolle spielen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie sind die denn demokratisch legitimiert?)

und dass in einem ständigen Prozess Nachwuchs hineingeholt wird, sodass der Richterwahlausschuss eine permanente Aufgabe hätte. Ich glaube, das würden wir nicht schaffen, obwohl das ein schwaches Argument ist; das möchte ich zugeben. Damit können wir uns in der Ausschussberatung beschäftigen.

Und noch etwas ist in Ihrem Antrag außerordentlich bemerkenswert, Herr Kubicki: Sie wollen bei der Besetzung von Präsidentinnen- und Präsidenten- und Vizepräsidenten- und Vizepräsidentenämtern die vorgesehene **Berücksichtigung von weiblichen Kandidaten** abschaffen. Zurzeit sollen von drei Kandidaten einer weiblich sein. Dies ist sowieso nur als Sollbestimmung vorgesehen - also eine schwache Formulierung -, ein Hintertürchen ist zurzeit also für den Fall der Fälle sowieso schon vorhanden.

Aber auch diese relativ weiche Formulierung wollen Sie streichen. Das kann ich überhaupt nicht verstehen. Das ist auch für Ihre Partei eine unangemessen rückwärtsgewandte Politik, die Sie da fordern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Es ist inzwischen so weit gediehen, dass bei den R1-Stellen für Richterinnen und Richter 47 % von Frauen besetzt sind. Das ist ein gutes Ergebnis. Dies wissen wir aus der Antwort auf Ihre Große Anfrage zur Jus-

**(Irene Fröhlich)**

tiz. Dies muss weitergeführt werden. Ich halte es für eine zeitgemäße und vernünftige Rechtsprechung in diesem Lande für außerordentlich wichtig, dass in diesen Ämtern Frauen und Männer gleichermaßen repräsentiert sind. Daran möchte ich nicht rütteln.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies muss sich natürlich auch bis in die Beförderungs- und Repräsentationsämter hinein fortsetzen. Das wollen Sie torpedieren. Dass die Frauenförderung von der CDU als optische Maßnahme und als Symbolismus betrachtet wird, sind wir mittlerweile gewohnt. Wir sind aber sehr erstaunt darüber, solche Vorschläge nun auch von der FDP zu hören. Daher würde ich von Ihnen gern erfahren, aufgrund welcher Erfahrungen Sie selbst diese Miniquote als so hinderlich ansehen, dass Sie sie streichen möchten, oder meinen, sie streichen zu müssen. Darüber können wir uns im Ausschuss noch unterhalten. Selbstverständlich wird der Gesetzentwurf an den Ausschuss überwiesen. Ich finde es spannend, die Debatte dort noch einmal zu führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion zur Änderung der Landesverfassung und des landeseigenen Richtergesetzes ist eine Altauflage. Bereits im September 1995 wurde im Landtag über genau diesen Antrag diskutiert.

Dem Grundgedanken des Entwurfs können wir uns meiner Ansicht nach anschließen: Ein Zurückdrängen der parteipolitischen Einflussnahme auf die Richterwahl, ein stärkeres Gewicht für diejenigen, die die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber beurteilen können, ein Einbinden derjenigen, die für die Effizienz und Funktionsfähigkeit der Gerichte verantwortlich sind. Dazu gehört auch die Einbeziehung des Richterwahlausschusses bei Neueinstellungen.

In den Zeitungen wurde vor nicht allzu langer Zeit erneut heftig über die mögliche **Besetzung** von **Stellen** im Bereich der **Richterschaft** diskutiert, da nach Ansicht der Zeitungen und anderer die Besetzung nur durch parteipolitische Handelsabkommen bestimmt wurde. Dies erfolgte sinngemäß nach dem Motto: Gib du mir die Bestimmung über einen Posten als Präsi-

dent, dann darf ich bestimmen, wer für eine andere Stelle zu wählen ist. Diese Art von Verhandlungen ist des öfteren bei der Besetzung von Präsidentenstellen und Ähnlichem in der Presse kolportiert worden. Dies dient nach meiner Ansicht weder dem Ansehen der Justiz noch den tatsächlich gewählten Personen als guter Einstieg in ihre Arbeit.

(Beifall bei SSW und FDP)

Deshalb ist der Ansatz des Antrags gut. Leider gilt das nicht für seine Ausführung. Auch 1995 war die Haltung des SSW zu diesem Gesetzentwurf, der uns heute in unveränderter Form vorliegt, folgende: Wir werden ihn in dieser Form ablehnen. Die FDP hat aus der damaligen Diskussion nichts mitgenommen. Sie hat in ihrem Entwurf auch nicht den heute geänderten Bedingungen Rechnung getragen.

Der **Antrag** ist **frauenfeindlich**. Er kann nur aus der Feder eines Mannes stammen, denn nach dem jetzigen Gesetz müssen die Mitglieder jeweils zur Hälfte aus Frauen und Männern bestehen. Nach dem Gesetzentwurf, der uns jetzt vorliegt, soll nur darauf hingewirkt werden, dass im Ausschuss gleiche Anteile an Männern und Frauen beteiligt sind.

Weiter soll der Richterwahlausschuss nur noch zur Hälfte aus **Landtagsabgeordneten** bestehen. Dies ist vor dem Hintergrund des Grundgedanken des Zurückdrängens der parteipolitischen Einflussnahme verständlich.

Dieses Ziel wird aber durch die weitere Änderung im FDP-Antrag verfehlt. Der Richterwahlausschuss soll nur noch mit einfacher Mehrheit entscheiden können. Heute ist eine Entscheidung nur mit einer **Zweidrittelmehrheit** möglich. Eine Einschränkung auf die einfache Mehrheit wird deshalb nicht zum gewünschten Ziel führen.

Der vorgelegte Entwurf ist aus diesen Gründen bedenklich. Wir werden einer Ausschussüberweisung aber zustimmen. Es wäre schön gewesen, wenn die FDP nicht nur einfach wort- und inhaltsgetreu den alten Antrag übernommen hätte, sondern wenn sie aus der alten Debatte zumindest Erkenntnisse übernommen und in den Antrag eingebracht hätte.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Ministerin Lütkes hat das Wort.

**Anne Lütkes**, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der FDP kommt, wenn man ihn nur auf der Basis von Zeitungslektüre betrachtet, bestechend einfach daher. Demokratie ist aber ein anstrengendes Geschäft. So einfach dürfen es sich der Verfassungsgesetzgeber und die Verfassungsgesetzgeberin nicht machen.

Auf der Basis der hier schon vorgetragenen Bedenken möchte ich zwei Aspekte erwähnen: Erstens. Zur vorgeschlagenen **Stärkung des richterlichen Einflusses** durch Einbindung der Gerichtspräsidenten und der Präsidialräte ist zu sagen, das geltende Recht vermeidet jede Form unzulässiger Kooptation, also der Selbstergänzung der Richterschaft. Wer den richterlichen Einfluss stärken will, muss sich mit diesem Problem auseinandersetzen. Die Grenze der Unzulässigkeit mag durch den Gesetzentwurf der FDP noch nicht überschritten werden, denn er trägt dafür Sorge, dass eine einfache richterliche Mehrheit nicht möglich ist.

Allerdings meine ich, wie es hier auch schon gesagt worden ist, dass der Gesetzentwurf in eine falsche Richtung zielt, nämlich in die Richtung eines Verfahrens der richterlichen Selbstergänzung. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Präsidenten als unmittelbare Dienstvorgesetzte bereits nach geltendem Recht entscheidenden Einfluss auf die Auswahlentscheidungen des Richterwahlausschusses und des Ministeriums haben. Sie verfassen nach den vorgegebenen Richtlinien und nach der ständigen Rechtsprechung die maßgeblichen Beurteilungen, die aus Anlass einer jeden Bewerbung um eine Planstelle notwendig sind und erstellt werden. Herr Abgeordneter, dies wissen Sie.

Dieser Inhalt der Anlassbeurteilungen ist zu beachten. Für den Fall der Vernachlässigung - sei es durch den Ausschuss oder durch meine eigene anschließende Auswahlentscheidung - wird notwendigerweise der Rechtsweg eröffnet. Dies würde zum Erfolg einer Konkurrentenklage führen.

Auch die **Präsidialräte** haben die entsprechende vorgesehene Einflussnahme, die sie ausüben. Sie beeinflussen die Auswahlentscheidung mit. Sie haben die Möglichkeit zur differenzierten Stellungnahme, die sie auch nutzen. Insofern wird im Ergebnis, würde der Gesetzentwurf zum Gesetz, eine Doppelfunktion der Präsidenten und der Präsidialräte ins Gesetz geschrieben. Sie hätten Stimmrecht und wären zudem zuvor als Beurteiler tätig gewesen. Das ist eine unzu-

lässige Doppelfunktion, die bei einer Auswahlentscheidung so nicht gegeben sein darf.

Bei der **Zusammensetzung des Richterwahlausschusses** sind die allgemeinen verfassungsrechtlichen Vorgaben zu beachten. Eine besondere Vorgabe ist das Gebot der **demokratischen Legitimation**. Dies ist bereits angesprochen worden. Insofern teile ich die eben geäußerten Bedenken gegen den Gesetzentwurf insbesondere in Bezug auf die vorgeschlagenen anwaltlichen Mitglieder und die Mitglieder und Mitgliederinnen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sollen ohne weitere demokratische Legitimation zur Mitentscheidung in diesen Ausschuss berufen werden.

Als zweiten Punkt möchte ich die Einstellung von **Proberichterinnen und Proberichtern** durch das Ministerium erwähnen. Herr Kubicki, Sie tragen vor, dass eine völlig unkontrollierte Vorauslese allein durch das Justizministerium untragbar sei. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass bei der Auswahlentscheidung die Beteiligung des Haupttrichterrates sowie der Gleichstellungsbeauftragten aufgrund einer Selbstbindung des Ministeriums selbstverständlich ist. Insofern ist dies eine Entscheidung, die durchaus transparent ist und in der täglichen Arbeit Akzeptanz gewährleistet.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die jungen Richterinnen und Richter, die wir einstellen, aber auch die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in der Praxis hervorragende Beurteilungen bekommen. Diese Beurteilungen liegen bei der Entscheidung über die Einstellung auf Lebenszeit und bei weiteren Auswahlentscheidungen vor. Ich glaube, im Richterwahlausschuss, dessen Vorsitzende ich ja bin, mit den entscheidenden Mitgliedern einig zu sein, dass diese Auswahl- und Einstellungsentscheidungen in keinem Einzelfall Anlass gegeben haben, die Praxis der ausführlichen Gespräche und Beteiligungen bei Einstellungen zu beanstanden. Wir haben Richterinnen und Richter, die hervorragende Arbeit leisten und im Richterwahlausschuss bestehen können.

Der Entwurf schraubt den hohen Grad der demokratischen Legitimation der Richterwahl zurück und fällt hinter das geltende schleswig-holsteinische hohe Legitimationsrecht zurück. Er ist aus meiner Sicht kein guter Vorschlag, sondern macht in einer der Gesamtjustiz nicht dienenden Weise die geltende Verfassungsreform von 1990 rückgängig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein und werden nach der Mittagspause mit Tagesordnungspunkt 13 zur Änderung des Hochschulgesetzes beginnen. Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause!

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:10 bis 15:01 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich die inzwischen auf der Tribüne eingetroffenen Gäste begrüßen. Es haben sich dort Mitglieder des Gesprächskreises ILEX aus Heidmoor sowie ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Ukraine mit ihren Begleitern eingefunden. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Hochschulzulassungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3376

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung.

Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den kommenden Wochen werden wir es hier im Landtag, in den Ausschüssen und in den Diskussionen in der Öffentlichkeit mit der Novellierung des Hochschulgesetzes zu tun haben. Es ist eines der letzten gesetzgeberischen Vorhaben, die in dieser Legislaturperiode noch zu bewerkstelligen sind und es ist definitiv das letzte in der Hochschulpolitik.

Bei der Beratung des Hochschulgesetzes werden wir auch Gelegenheit haben, einmal zu überprüfen, inwieweit die gesamten Diskussionen, die wir in den

vergangenen Wochen über die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen, über die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen, über Innovationsoffensive, über Elitenbildung und über Elitenförderung geführt haben, tatsächlich von den lichten Höhen der Talkshows auch in der Gesetzgebung des Landes Schleswig-Holstein Niederschlag finden. Dann wird es konkret. Es geht dann nicht mehr darum, Dinge einzufordern und Erwartungen zu formulieren, sondern dann geht es darum, für die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein zu gucken, ob wir diese Dinge tatsächlich umsetzen. Wir werden sehen, ob durch die Diskussionen in den vergangenen Wochen bei der Landesregierung ein Lerneffekt in diesen Fragen eingetreten ist. Wir werden überprüfen können, ob die Hinwendung zu den Hochschulen bei der SPD und von Bundeskanzler Schröder am Ende eine reine PR-Aktion war oder auch Substanz hatte.

Wie ist die Ausgangslage? - Der Stifterverband der Deutschen Wirtschaft hat bereits vor zwei Jahren festgestellt, dass Schleswig-Holstein eines der rückständigsten Hochschulgesetze Schleswig-Holsteins hat.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Deutschlands!)

- Bitte? Der Bundesrepublik, ja.

Und auch die „Kieler Nachrichten“, die ansonsten ein eher distanzierendes Verhältnis zu dem Stifterverband haben, schrieben in einem Kommentar am 15. April 2004:

„Wie auch immer man zu dem von führenden deutschen Unternehmen geförderten Verband stehen mag - dass im Norden Handlungsbedarf besteht, hat nicht zuletzt die Erichsen-Kommission der Landesregierung ins Stammbuch geschrieben. Die Diskussion, unter welchen gesetzlichen Rahmenbedingungen sich unsere Hochschulen im Wettbewerb stellen müssen, ist also überfällig.“

Das ist sie in der Tat. Die CDU-Fraktion bringt heute eine eigene **Hochschulgesetzesnovelle** in den Landtag ein. Als Oppositionsfraktion - das sage ich auch an dieser Stelle - hätten wir es uns leichter machen können. Wir hätten darauf warten können, bis die Landesregierung ihren Entwurf einbringt und hätten dann hier und dort etwas kritisieren können. Aber wir wollen in diesem Land etwas gestalten. Deshalb legen wir heute unser Paket vor, wie wir die Hochschulen in Schleswig-Holstein voranbringen wollen. Wir stellen uns der Debatte im Landtag und wir stellen uns der Anhörung.

(Jost de Jager)

Wir zeigen damit die Perspektiven auf, die wir den Hochschulen geben wollen: Wir wollen die **Autonomie der Hochschulen** stärken, und zwar echt stärken. Denn es ist unsere Überzeugung, dass die Hochschulen Luft zum Atmen brauchen, wenn sie sich tatsächlich entfalten sollen. Wir wollen die Leitungsstrukturen stärken, aber dabei nicht die Balance der Selbstverwaltung außer Kraft setzen. Und wir wollen, dass die Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein mit einer landesweiten und mit einer norddeutschen Dimension betrieben wird, indem wir die Zusammenarbeit mit Hamburg in den Gesetzesrang heben.

Was hat die Landesregierung bis jetzt vorgelegt? - Aus der angekündigten großen Hochschulnovelle droht eine zweite kleine Novelle zu werden, die allen Mut vermissen lässt, bis auf den Mut zur Entmachtung der Gremien. Bisher liegt uns ein Referentenentwurf vor. Ich verweise auf die Beschlüsse der Senate der CAU und der Fachhochschule Kiel. Der Referentenentwurf aus Ihrem Haus, Frau Erdsiek-Rave, ist schon am Ende, bevor er ins Parlament eingebracht worden ist. Ich bin gespannt, wie der Kabinettsentwurf am Ende aussehen wird.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] - Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Abwarten!)

- Das werden wir abwarten. Kernstück unserer Novelle ist die Stärkung der Autonomie und der Eigenverantwortung der Hochschulen. Wir wollen den Hochschulen die Option geben, ihre **Professoren**, und zwar alle Professoren inklusive der Lehrstuhlinhaber, selbst zu **berufen**. Das ist derzeit noch die Domäne des Bildungsministeriums. Davon will die Ministerin auch nicht lassen, denn der Referentenentwurf des Hauses sieht derzeit nur die Dienstherreneigenschaft für C 3-Professuren vor, nicht aber für die Ordinarien, die C 4-Professuren. Wieder einmal, Frau Ministerin, bleiben Sie dabei auf halbem Weg stehen. Es verlässt Sie wieder einmal der Mut, bevor Sie richtig angetreten sind, tatsächlich etwas zu verändern. Ich frage Sie: Wo bleibt denn Ihre argumentative Konsequenz? Warum dürfen die Hochschulen künftig C 3-Professuren berufen, aber C 4-Professuren nicht? Oder geben Sie den Hochschulen die C 3-Professuren zum Spielen als eine Art Placebo, ohne dass sich dadurch tatsächlich etwas verändert?

Nach unserer Auffassung ist es so, dass sich die Hochschulen nicht nur die Lehrenden, sondern auch die Lernenden selber aussuchen sollten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Aus dem Grund wollen wir eine **Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes**, die in unsere Novelle mit einbezogen ist. Aufgrund der bisher gültigen Einschränkung des Hochschulrahmengesetzes können wir das nur für die Studiengänge tun, die bisher einer landesweiten Beschränkung unterliegen. Sie wissen alle, dass unsere politischen Forderungen darüber hinausgehen. Aber wir können hier erst einmal den Einstieg machen. Für diese landesweit zulassungsbeschränkten Studiengänge, das sind zum Beispiel Biochemie, Jura und Englisch, sollen die Hochschulen künftig 90 % der Studienplätze nach einem eigenen Verfahren vergeben.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Die derzeitige Regelung ist zu starr und wir glauben, dass die Hochschulen in der Lage sind, selbst über die Kriterien zu bestimmen. Dann werden Sie - im Unterschied zu jetzt - von diesen eigenen Kriterien auch Gebrauch machen, weil Sie nur dann sozusagen den Erfolg Ihrer eigenen Bemühungen sehen können.

In unserem Gesetzentwurf finden sich eine Reihe von weiteren Punkten, die angetan sind, die Autonomie der Hochschulen, ihre Eigenverantwortung, zu stärken. Dazu gehört die **Einteilung des Hochschuljahres**. Wir wollen den Hochschulen die Möglichkeit geben, das Hochschuljahr in Trimester einzuteilen. Wir wollen, dass die Hochschulen auch selbst die Anfangs- und Endzeiten der Semesterferien bestimmen können. Das ist zwar nicht der gravierendste Punkt, aber ich halte es vor dem Hintergrund der Überregulierung im Hochschulwesen für eine symbolische Frage, dass eine Hochschule heute nicht einmal selbst bestimmen darf, wann die Semesterferien anfangen und wann sie enden. Das können die Hochschulen selbst, dafür brauchen sie kein Ministerium.

Autonome Hochschulen brauchen auch klare Verantwortlichkeiten innerhalb der Hochschulen. Deshalb verbinden wir die weitestgehende Autonomie einer Hochschule damit, dass wir die Leitungsstrukturen stärken wollen, indem wir der Politik innerhalb der Hochschulen Ansprechpartner geben, die auch in der Lage sind, ihre Verantwortung innerhalb der Hochschule wahrzunehmen. Deshalb wollen wir die **Rektoren** durch eine Verlängerung der Amtszeit, durch ein Vorschlagsrecht für die anderen Rektoratsmitglieder und die Einführung einer Richtlinienkompetenz stärken. Wir wollen die Rektorate dadurch stärken, dass sie künftig das Berufungsrecht für Professoren erhalten und künftig auch sehr viel stärker die Richtlinien umsetzen können.

(Jost de Jager)

Das sind zwar insgesamt weniger Punkte als die Erichsen-Kommission vorgeschlagen hat, auf die Sie sich berufen werden, Frau Ministerin, aber es ist das, was wir in der Balance der Abläufe einer Hochschule tatsächlich wollen.

Wir wollen eine Beschleunigung der Abläufe, wir wollen mehr Effizienz bei der Entscheidungsfindung, aber wir wollen keine Entmachtung akademischer Gremien. Denn Hochschulen brauchen Checks and Balances, gerade starke Rektorate brauchen eine wirksame Kontrolle. Was Sie in Ihrem Referentenentwurf vorhaben, setzt diese Kontrolle außer Kraft. Der gravierendste Punkt dabei ist, dass Sie wollen, Frau Ministerin, dass Zielvereinbarungen künftig nicht mehr der Zustimmung des Senates bedürfen. Das bedeutet, dass ein solches Rektorat ohne jegliche Kontrolle durch seine Amtszeit laufen würde. Wir glauben, dass das nicht gerechtfertigt ist. Gerade in großen Hochschulen ist es notwendig, dass eine starke Leitungsstruktur auch eine starke Kontrolle bekommt.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Kollege Weber hat ja auch schon signalisiert, dass man darüber reden kann. Nach Ihren Vorstellungen, Frau Erdsiek-Rave, werden die **Zielvereinbarungen** auf ein Agreement zwischen dem Rektorat und dem Finanzminister reduziert. Weil dies eines der wesentlichen Steuerinstrumente ist, glauben wir, dass es dafür eine Begleitung durch die akademischen Gremien einer Hochschule braucht.

Checks and Balances wollen wir auch in dem Verhältnis zwischen der Hochschule und dem Land. Wir sind dafür - wir haben es schon mehrfach beantragt -, eine landesweite Komponente in der Hochschulpolitik dadurch aufrecht zu erhalten, dass wir einen **Landeshochschulrat** ins Leben rufen. Wir beziehen uns damit ausdrücklich auf die Vorschläge der Erichsen-Kommission, wir haben ein solches Gremium aber auch schon vorher gefordert.

Wir glauben, dass damit die Gewähr gegeben ist, dass es eine landesweite Hochschulpolitik gibt, und wir glauben, dass der Weg, den die Ministerin einschlagen will, nämlich komplett auf eine landesweite **Hochschulplanung** zu verzichten, der falsche Weg ist. Sie wollen, nachdem Sie seit 1991 keinen neuen Landeshochschulplan mehr vorgelegt haben, diesen jetzt per Gesetz komplett abschaffen. Es ist natürlich der einfachste Weg, sich einer Verpflichtung zu entziehen, dass man die Verpflichtung abschafft. Wir halten das für falsch, Hochschulentwicklung in

Schleswig-Holstein allein im Dialog einer Hochschule mit dem Ministerium zu bestimmen. Es muss weiterhin eine landesweite Hochschulpolitik geben.

Eine solche landesweite Hochschulpolitik ist auch Grundvoraussetzung für die **Zusammenarbeit** mit der **Hansestadt Hamburg** im Hochschulbereich. Auch das wollen wir, weil wir glauben, dass es zu kleingeistig gedacht ist, Wissenschaftsstandorte allein und lediglich nach den Landesgrenzen zu definieren. Wir sind ein gemeinsamer Wissenschaftsstandort. Deswegen wollen wir die Abstimmung der künftigen Hochschulplanung in den Gesetzesrang erheben. Wir wollen, dass, wenn eine landesweite Hochschulplanung durchgeführt wird, diese mit der Hochschulplanung des Nachbarlandes abgestimmt wird.

Meine Damen und Herren, unsere Hochschulgesetznovelle kann - ich sagte es bereits - nur das ändern, was landesrechtlich veränderbar ist. In dem Maße haben wir den Rahmen tatsächlich ausgeschöpft, gerade was die Autonomie angeht.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wenn ich die Diskussion der vergangenen Wochen richtig verstanden habe, so ist eine stärkere Eigenverantwortung die Grundvoraussetzung für eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen. Wir wollen, dass die schleswig-holsteinischen Hochschulen wettbewerbsfähig sind. Deshalb wollen wir Autonomie und deshalb bringen wir diese Novelle ein.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine ganze Reihe von Monaten nach Vorlage des Berichts der so genannten Erichsen-Kommission haben Landesregierung und Landtag einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Hausaufgaben erledigt. Wir haben wichtige Strukturverbesserungen für die Hochschulen auf den Weg gebracht, wir haben Zielvereinbarungen mit allen Hochschulen des Landes abgeschlossen und schließlich auch eine verlässliche und sichere Entwicklung der Hochschullandschaft gewährleistet.

Jetzt - da hat der Kollege de Jager Recht - müssen und wollen wir eine Reihe von Verbesserungen im Hochschulgesetz vornehmen, auch in Analyse dessen, was uns mit auf den Weg gegeben worden ist.

(Jürgen Weber)

Eine **Gesetzesnovelle der Landesregierung** befindet sich in Vorbereitung. Das wissen Sie. Ich will heute über das, was darin alles stehen wird, nicht spekulieren, weil die Auswertung der Anhörung noch bevorsteht. Die CDU hat es für richtig gehalten, heute schon ihren Vorschlag auf den Tisch zu legen und damit eine zusätzliche Debatte einzuschieben. Das wird zu manchen Wiederholungen führen. Das macht aber nichts; dann haben wir einmal mehr Gelegenheit, unsere Positionen darzulegen. Ich will kurz auf die Punkte eingehen, die im Gesetzentwurf der CDU noch einmal zusammengefasst sind und über die wir schon mehrfach gesprochen haben.

Richtig ist, dass sich auch im Hinblick auf den **Hochschulrat** bei Erichsen ein Vorschlag findet. Auf diesen Hochschulrat will ich noch einmal kurz eingehen und noch einmal deutlich sagen, dass wir diesen Weg nach wie vor nicht mitgehen wollen. Zum einen ist die Art und Weise, wie dieser Hochschulrat zustande kommen soll, für uns problematisch. Wichtiger ist aber, dass die umfassenden Kompetenzen in der beratenden Mitgestaltung nahezu aller Segmente des Hochschulwesens, die die CDU dem Hochschulrat zubilligen will, weder den Grundsätzen von Autonomie noch denen einer demokratischen Steuerung der Hochschulen durch das Parlament entsprechen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen will ich noch einmal deutlich sagen, dass Ihre Argumentation und das, was Sie im Zusammenhang in der Novelle schreiben, nicht übereinstimmen. Sie haben deutlich gesagt, dass Sie die **Kollegialorgane** nach wie vor stark halten wollen. Für diese Position habe ich durchaus Sympathie, aber das widerspricht genau dem, was Sie mit der Einrichtung eines Hochschulrats machen. Das ist ein Widerspruch in Ihrem Gesetzentwurf und das kritisieren wir.

Ich will auch gern auf das Thema der **Kooperation mit Hamburg** eingehen. Dies ist im Kern ein wichtiger und richtiger Punkt. Auch ich bin, wie Sie wissen, kein Freund der Kleinstaaterei im Hochschulbereich. Das halte ich für kontraproduktiv. Aber die Tatsache, dass Sie eine gesetzliche Verpflichtung wollen und damit jede Flexibilität und Teilnahme der Hochschulen bei Teilabsprachen, bei Teilkoperationen sozusagen unmöglich machen, herausnehmen und in den gesetzlichen Bereich verlagern, halte ich für den falschen Weg. Wir brauchen flexible Möglichkeiten und Verbesserungen der Kooperation und keine Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Hochschulen. Auch dabei zeigt sich, dass Sie erstaunlicherweise in Ihrem Vorschlag und Ihrem Hochschulgesetzentwurf doch stark planverliebt sind, meine Damen und Herren.

Die wichtige Frage der **Stärkung der Hochschulleitungen** würde ich gerne konzentriert im Zusammenhang mit der Gesetzesnovelle der Landesregierung diskutieren. Hier nur so viel: Ich glaube im Hinblick auf einige Details, dass es schwierig und nur begrenzt sachgerecht ist, dass wir die Amtszeit der Rektoratsmitglieder grundsätzlich auf mindestens vier und höchstens sechs Jahre verlängern. Wir werden uns anschauen müssen, ob das in den kleinen Hochschulen wirklich zielführend ist und ob das Problem, dass Hochschullehrer länger als bisher aus Forschung und Lehre herausgehen, nicht zu Schwierigkeiten führen wird, überhaupt genügend qualifizierte Bewerber für die Position des Rektorats zu bekommen.

Meine Damen und Herren, über die Frage des **Auswahlverfahrens** haben wir häufig genug gesprochen. Deswegen will ich zusammenfassend nur noch einmal deutlich sagen: Wir halten ein erweitertes Auswahlrecht der Hochschulen für problematisch, vor allen Dingen deswegen, weil sie die Studierenden zunehmend aus ihrem Blickwinkel ausblenden. Sie wollen, dass die Möglichkeit der Auswahl der Hochschule, der Auswahl der Hochschullehrer, der Wahl, bei wem man studiert, eingeschränkt wird. Dafür wollen Sie aber, wenn sie die rechtlichen Möglichkeiten haben, den Studierenden so schnell wie möglich 500 € im Semester abknöpfen. Das ist eine Position, die wir so nicht mittragen wollen und können.

Lassen Sie mich in der kurzen Zeit, die mir noch zur Verfügung steht - ich habe noch fünf Sekunden -, nur noch so viel sagen: Wir werden uns gern en detail mit Ihrer Gesetznovelle beschäftigen. Das kann ich hier im Plenum nicht. Wir werden aber im Ausschuss dafür Sorge tragen, dass die Hochschulgesetznovelle der CDU und die Gesetzesnovelle der Landesregierung, die im nächsten Monat eingebracht wird, gemeinsam beraten werden und dass zu beiden Gesetzentwürfen gemeinsam angehört wird. Denn wir wollen den Hochschulen nicht zumuten, zweimal innerhalb von vier Wochen an einem Anhörungsverfahren teilzunehmen.

Ich freue mich auf die weitere Beratung im Ausschuss und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion findet in der Hochschulgesetznovelle der Union teilweise Übereinstimmungen mit ihrer liberalen Positionen, in einigen Punkten lehnen wir die Vorschläge der Union jedoch ab.

Soweit es um die **Stärkung der Hochschulautonomie** geht, sind wir uns einig. Ich habe bereits am 17. November 1999 in einer früheren Hochschulgesetzdebatte für die FDP die Forderung erhoben, dass die Hochschulen über die Berufung von Professorinnen und Professoren selber entscheiden sollten. Eine weitergehende Stärkung der Hochschulautonomie könne zudem auch darin bestehen, dass man den Hochschulen neben der Personalhoheit künftig etwa auch die Bauherreneigenschaft überträgt.

Während dies in der HSG-Novelle der CDU noch nicht vorgesehen ist, geht die diese im Hinblick auf die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen, soweit dies derzeit rechtlich möglich ist, in die Richtung, die auch wir stets befürwortet haben.

Der frühere Präsident der Stanford University, Gerhard Casper - ein Deutscher -, hat dieses Auswahlrecht erst kürzlich in der „Zeit“ als wesentliche Komponente einer notwendigen Hochschulreform bezeichnet. Ich zitiere:

„Am wichtigsten aber ist: Die Universitäten sollten sich ihre Studenten aussuchen können. Komplett.“

Für problematisch halten wir jedoch die stromlinienförmige Auswahl aller Rektoratsmitglieder durch den **Rektor** und die Einführung einer „Richtlinienkompetenz“ für die Universitäts- beziehungsweise Hochschulrektoren. Wenigstens geht der Entwurf der Union dabei nicht so weit wie der Referentenentwurf der Landesregierung, dem zufolge die Rektoren künftig auch „freihändig“ über den Abschluss von Zielvereinbarungen mit der Landesregierung bestimmen können. Damit würden Rektoren dann vollends zu Diktatoren auf Zeit. Bei solchen Modellen, die an das Direktionsrecht eines Unternehmensvorstandes in der Wirtschaft angelehnt sind, wird, wie ich meine, ein wesentlicher Punkt übersehen: In einem Wirtschaftsunternehmen können die Gesellschafter beziehungsweise kann der Aufsichtsrat den Geschäftsführer beziehungsweise den Vorstand jederzeit in die Wüste schicken. Bei einem Rektor mit der Stellung eines Herrschers aller Reußen - darauf läuft das Konzept der Landesregierung ebenso wie tendenziell auch der CDU-Vorschlag hinaus - ist das nicht möglich. Da installiert man für vier beziehungsweise sechs Jahre

quasi ein autokratisches Regime. Das ist dem guten Funktionieren einer Hochschule nicht zuträglich.

Zum Thema „**Landeshochschulrat**“ habe ich mich schon mehrfach kritisch geäußert. Die Vorliebe der Union für solche Räteorgane ist mir nach wie vor schleierhaft. Ich frage mich: Wie würde die CDU wohl reagieren, falls jemand auf die Idee käme, einen Landesagrarrat zu installieren, besetzt mit sieben Personen, die hauptberuflich nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben, aber mit wesentlichen Koordinationsaufgaben für die Landwirtschaftspolitik betraut werden?

(Beifall bei der FDP)

Ich bin sicher, die CDU würde mit Herrn Carstensen an der Spitze den ersten schleswig-holsteinischen Bauernkrieg vom Zaun brechen. Für den Hochschulbereich scheint die Union derartige Rätestrukturen jedoch ganz toll zu finden. Das ist wirklich kurios.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Die Begeisterung der Union für Organisationsfragen schlägt sich auch in einer nebelhaften **Experimentierklausel** nieder, einer Experimentierklausel, die eine Umkrempelung der Gremienstrukturen von Hochschulen gestatten würde. Welchen Sinn aber macht es eigentlich, Hochschulen dauernd mit Organisationsveränderungen in Atem zu halten, statt ihnen die Konzentration auf Forschung und Lehre zu ermöglichen? Der von der CDU vorgeschlagene § 20 a HSG - projektbezogene Vergabe von Mitteln - erlaubt im schlimmsten Falle die Abschaffung der Globalhaushalte durch die Hintertür. Jeder weiß doch, dass die Budgets der schleswig-holsteinischen Hochschulen durch jahrzehntelange Auszehrung bis Unterkante Oberlippe angespannt sind. Wenn man aus diesen Globalbudgets auch noch einen Teil für Projektmittel abknapst, über deren Verteilung dann wieder das Ministerium bestimmt, sind die Budgethoheit und damit ein wesentlicher Teil der gestärkten Hochschulautonomie gleich wieder einkassiert.

Insgesamt kann ich nur sagen: Es gibt eine Reihe von Punkten, denen wir nicht folgen können. Die Beratung dieses Gesetzentwurfs gemeinsam mit dem HSG-Entwurf der Landesregierung im Ausschuss halten wir für einen vernünftigen Weg. Da würden wir uns in einem Durchgang mit beiden Gesetzentwürfen auseinander setzen können.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den dritten großen Baustein zur Veränderung der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft erwarten wir von der Landesregierung noch vor der Sommerpause. Nach den Ergebnissen der Erichsen-Kommission mit den daraus folgenden Zielvereinbarungen hatten wir eine erste Hochschulgesetzänderung zur Einführung der Juniorprofessur. Jetzt geht es um Strukturveränderungen im Management der Hochschulen und um ein neues Verhältnis zwischen Politik und Hochschulen.

Anders als heute Morgen, Herr Kayenburg, als Sie in der Wirtschaftspolitik leider keine eigenen Vorschläge vorweisen konnten, hat die CDU zu diesem Thema einen interessanten Gesetzesvorschlag vorgelegt. Herr de Jager, übernehmen Sie! Reformen sind notwendig, um tatsächlich eine transparente und pünktliche Umsetzung der Zielvereinbarungen zu garantieren. Daher halte ich es für unerlässlich, dass wir den dritten anstehenden Schritt zur **Hochschulreform** noch in dieser Legislaturperiode machen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies gilt insbesondere für die Medizinische Fakultät und das Uni-Klinikum. Wir erwarten beispielsweise, dass die Neugliederung des Uni-Klinikums in institutsübergreifende Zentren und eine Stärkung der Pflege dieser Institution insgesamt zugute kommt.

Entscheidend ist für uns auch, dass moderne **Evaluationinstrumente** dafür sorgen können, die Mittelverteilung nach Leistungen in Forschung und Lehre zu steuern. Dazu gehören nach unserer Ansicht - das haben wir in früheren Debattenbeiträgen schon deutlich gemacht - Parameter wie Frauenförderung, studentische Beteiligung und Technikfolgenabschätzung.

Aber nun zum Gesetzentwurf der CDU. Es steht ein Ereignis im Raum, das uns sehr nachdenklich gemacht hat - Sie haben darüber sicherlich auch nachgedacht, Herr de Jager -: die Nichtwiederwahl des letzten Rektors der Christian-Albrechts-Universität, der sich sehr um die Zielvereinbarungen und den gesamten Prozess der Erichsen-Kommission verdient gemacht hat. Sein erfolgreiches Engagement für den Reformprozess und die Zielvereinbarungen war offensichtlich an der eigenen Hochschule nicht breit und tief genug verankert. Deshalb glauben wir - da haben wir eine Gemeinsamkeit mit Ihnen von der

CDU -, dass **Zielvereinbarungen** zukünftig durch Hochschulsenate verabschiedet werden sollten.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass **Rektorate** in ihrer operativen und exekutiven Aufgabenstellung durchaus gestärkt werden sollten. Uns geht der Gesetzentwurf der CDU aber entschieden zu weit. Im Detail sollten wir darüber im Ausschuss sprechen. Wir halten daran fest, dass die Demokratie der Hochschulen nicht ausgehebelt werden darf. Hochschulen sind keine Unternehmen. Ich bin meinen Vorrednern dankbar dafür, dass sie auf diesen Sachverhalt hingewiesen haben, dass sie deutlich gemacht haben, welche gravierenden Unterschiede es zwischen Hochschulen und Unternehmen gibt. Da sollten wir dann auch jeweils passende Strukturen wählen und nichts miteinander vermischen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade angesichts der langfristigen Haushaltsbindungen durch die Zielvereinbarungen ist es notwendig, dass Landesregierung und Parlament einmal in der Legislaturperiode einen **Hochschulplan** verabschieden. Das war bisher so in der Planung. Wir sehen keinen Grund, hiervon abzuweichen. Im Gegenteil, durch die Zielvereinbarungen sind wir als Parlament noch mehr gehalten, Rahmenbedingungen zu formulieren; denn sonst bräuchten wir uns gar nicht mehr um die Hochschulpolitik zu kümmern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Nun komme ich aber zu einem Thema, bei dem ein eindeutiger Dissens mit der CDU besteht. Warum **Professorinnen und Professoren** keine Präsenzpflicht haben sollen und warum C 4-Fachleute allein vom Rektorat zu wählen sind, leuchtet uns nicht ein. Das leuchtet uns insbesondere nicht ein, wenn diese hochkarätigen Fachleute das Recht bekommen, Studierende auszuwählen. Ich halte es immer noch für ein gutes Recht von Studierenden, sich ihre Hochschule beziehungsweise ihren Studienort und damit auch das Profil, das sie lernen wollen, auszusuchen. Es gibt inzwischen schon eine Reihe von Möglichkeiten für die Hochschulen, Studierende auszuwählen. Wir haben im Augenblick sehr viel stärker, als es vielen bewusst ist, ein Mischmodell. Ich stelle fest, dass einige Hochschulen von diesem Modell wegen des damit verbundenen großen Arbeitsaufwands gar nicht genügend Gebrauch machen. Dass vor diesem Hintergrund das Ganze umgedreht werden soll, leuch-

(Angelika Birk)

tet uns überhaupt nicht ein. Ich meine, die jetzigen Möglichkeiten sollten erst einmal voll ausgenutzt werden und es sollten in diesem Bereich nicht schon gleich wieder größere Einschränkungen vorgenommen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Last, but not least: Der Vorschlag der CDU, Trimester statt Semester einzuführen, kann nur realisiert werden, wenn der ökonomische Zwang vieler Studierender zu jobben entfällt. Insofern ist das eine Sache, die wir nicht auf Landesebene, sondern anderswo regeln müssen.

Ich finde es interessant, sich mit dem Entwurf der CDU auseinander zu setzen. Ich freue mich auf den Entwurf der Landesregierung. Ich glaube, wir werden dazu noch vor der Sommerpause eine spannende Debatte haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lage ist ernst, also schotten wir uns ab. - Dies könnte, provozierend gesagt, vielleicht das Motto eines Teils des CDU-Antrags sein; denn die Mittel sind knapp. Anscheinend hat die CDU vor, den Zugang zu weiterführender Bildung einzuschränken. Ich denke, dabei verkennt man den Trend, der durch die geburten-schwachen Jahrgänge vorgegeben ist. Es werden sich künftig noch weniger als jetzt für ein Studium interessieren. dpa-Bildungskorrespondent Karl-Heinz Reith schreibt dazu in einem Artikel unter der Überschrift „Politik ohne Visionen“:

„Keine Hochschule ist in Deutschland von ihren Strukturplanungen her auf den gravierenden demographisch bedingten Bewerber-rückgang in den nächsten Jahren vorbereitet.“

Wir müssen also das Interesse der jungen Menschen am Studieren wecken und dürfen ihnen nicht erzählen, dass sie vielleicht nicht zum Studieren taugen.

Die Diskussion über die **Zulassung zum Studium** ist nicht neu. Es hat dazu mehrere Landtagsdebatten gegeben, auch eine über die Zukunft der Zentralen Vergabestelle, ZVS. Der SSW meint dazu, dass die

Hochschulen die Möglichkeit erhalten sollten, bei zulassungsbeschränkten Studiengängen einen Teil der Studierenden nach eigenen Kriterien auszuwählen.

Das läuft ja schon, das wissen wir. Neben der Auswahl der Hochschulen muss es aber auch weiterhin politisch definierte Auswahlkriterien geben. Die ZVS spielt hierbei weiterhin eine wichtige Rolle und muss erhalten bleiben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Interessen der Hochschulen an Auswahl dürfen nicht gegen Kriterien der Chancengleichheit ausgespielt werden.

Aus dem Gesetzentwurf der CDU geht weiter hervor, dass sie die **Rektorate** stärken will. Auch die Erichsen-Kommission sprach dies aus. Der SSW kann nachvollziehen, dass Universitäten ein Interesse daran haben könnten, die Leitung zu stärken. Aber eine Universität ist keine dem Umsatz verpflichtete Firma. Sie hat eine allgemein-gesellschaftliche Aufgabe, nämlich die Bildung der Menschen. Nicht umsonst gibt es neben dem Rektorat verschiedene Gremien und daher darf die Stärkung des Rektorats nicht bedeuten, dass die Demokratie an der Universität ausgehöhlt wird.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier gibt es noch Klärungsbedarf und ich freue mich auf die weitere Diskussion.

In ihrem Gesetzentwurf schlägt die CDU auch die Einführung eines **Landeshochschulrates** vor. Der Kollege Klug hat dazu schon Wesentliches gesagt. Der SSW meint, dass die Gründung eines Hochschulbeirats mit einer beratenden Funktion zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Koordination zwischen den Hochschulen des Landes vielleicht sinnvoll sein könnte. Denn es ist ja deutlich, dass wir Lotsen brauchen, die dafür sorgen, dass die Hochschulen in Schleswig-Holstein nicht auf Kollisionskurs geraten. Daher macht es Sinn, zukünftig einen Hochschulbeirat einzurichten, der diese mit einer übergeordneten Sicht auf die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein beratend vertritt.

So ein Beirat könnte als Unterstützung der Hochschulen bei der weiteren Umsetzung der Vorschläge der Erichsen-Kommission mitwirken. Als Beispiel für ein mögliches Betätigungsfeld des Hochschulbeirats kann ich den Umzug des Ausbildungszweiges Maschinenbau von der Fachhochschule Westküste an die FH Flensburg nennen. Hier hätte eine vermittelnde Instanz zwischen den beiden Fachhochschulen und dem

(Anke Spoorendonk)

Ministerium viel bewirken und damit eine zügigere Umsetzung herbeiführen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da gibt es einen Moderator!)

- Ja, es gibt einen Moderator, aber ein Beirat könnte vielleicht mehr bewirken. Denn bis jetzt ist leider noch nichts Richtiges geschehen.

Zur Einführung von **Trimestern** kann ich nur sagen, dass ich kaum einen Studierenden kenne, der die vorlesungsfreie Zeit nur für das Privatvergnügen nutzt. Es wird an den meisten Universitäten vorausgesetzt, dass die Studierenden von Bachelor-Master-Studiengängen diese Zeit zum größten Teil zum Schreiben von Hausarbeiten und zur Durchführung nötiger Praktika nutzen. So genannte Semesterferien sind keinesfalls verplemperte Zeit. Die Einführung von Trimestern steht bei uns wirklich nicht an erster Stelle.

Vor dem zweiten Schritt kommt der erste. Bevor sich der Landtag mit der Straffung von Studienzeiten beschäftigen kann, müssen die **Rahmenbedingungen** für **Studierende** verbessert werden.

(Glocke des Präsidenten)

Unter anderem muss die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen endlich landesweit umgesetzt werden, um die Mobilität von Studierenden auch europaweit zu ermöglichen.

Ich freue mich auf die Debatte. Im Ausschuss werden weitere Details zu diskutieren sein.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr de Jager, nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich muss schon sagen: Sie haben es sich mit Ihrem Gesetzentwurf doch ein bisschen leicht gemacht. Zu keinem der Paragraphen gibt es eine schriftliche Begründung. Das soll man sich alles denken oder der mündlichen Debatte entnehmen. So kann man eigentlich nur in der Opposition arbeiten.

(Jost de Jager [CDU]: Sie müssen nur die bestehende Regelung mit der vorgeschlagenen Regelung vergleichen!)

Mehr Freiheit, mehr Autonomie für die Hochschulen ist das Grundverständnis aller Reformbestrebungen derzeit in Deutschland. So weit die Übereinstimmung auch mit dem, was Sie hier gesagt und als Ziel beschrieben haben. In der Ausgestaltung ist es in den Bundesländern allerdings sehr unterschiedlich, übrigens quer durch die politischen Farben. Den einzelnen Vorschlägen, die Sie machen, will ich mich dennoch nicht anschließen. Zum Ersten wiederholen Sie, was wir hier schon mehrfach diskutiert und abgelehnt haben, zum Zweiten vermeiden Sie in vielen Bereichen klare Aussagen und zum Dritten enthält Ihr Gesetzentwurf Widersprüche, die für mich unauflösbar sind.

Zunächst zum **Berufungsrecht**. Ich habe das hier zwar schon mehrfach gesagt, ich will das aber gern wiederholen. Nun hören Sie mal damit auf, das immer so darzustellen, als sei das sozusagen meine persönliche Marotte, dass wir bei den C 4-Berufungen bleiben wollen. Gucken Sie sich die Hochschulgesetze aller Länder an, was da gewollt wird und was da nicht gewollt wird. Dann werden Sie feststellen, dass in den unionsregierten Ländern, insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg, nicht nur das C4-Berufungsrecht, sondern auch das C 3-Berufungsrecht bei dem Ministerpräsidenten liegt und auch bleiben soll. Das hat nichts mit sozialdemokratischer Färbung oder meiner persönlichen Vorliebe zu tun, sondern das geht quer durch die Parteien und manchmal auch mit sehr guten Gründen. Ich kann das hier nicht weiter ausführen.

(Jost de Jager [CDU]: Trotzdem wollen Sie es nicht!)

- Was heißt: „Trotzdem will ich es nicht“? Ich sage: Ich will es aus guten Gründen nicht und andere wollen es auch nicht. Das hat mit parteipolitischer Färbung offenbar nichts zu tun, sondern mit unterschiedlichen Einschätzungen.

Das Thema **Landeshochschulrat** ist hier mehrfach diskutiert worden. Ich muss das nicht erneut ausführen. Ich schließe mich dem an, was Herr Dr. Klug und andere hier gesagt haben. Wir sind uns darin im Übrigen auch mit den Hochschulen einig. Die Schwerpunkte sind identifiziert, werden von den Hochschulen jetzt abgearbeitet und wir vertrauen den Hochschulen, dass sie mit ihrer Autonomie in diesen Fragen verantwortungsvoll umgehen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Frage des **Selbstausswahlrechts**. Sie kennen den Sachstand. Die Hochschulen tun sich schwer damit, zum Teil auch mit der Begründung, dass sie bei den

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

bisherigen Regelungen nichts davon haben. Dem ist die KMK durchaus entgegengekommen und hat gesagt: Wir wollen das verändern. Mitte des Jahres wird es einen Gesetzentwurf der Bundesregierung dazu geben, eine HRG-Novelle, in der bis zu 50 % Auswahlrecht ermöglicht werden soll. Meine Meinung dazu habe ich schon mehrfach gesagt: Ich bin für eine deutliche Stärkung der Selbstauswahl. Da habe ich eine etwas andere Meinung als mein Kollege Herr Weber oder als Frau Birk. Ich bin für eine deutliche Stärkung des Selbstauswahlrechtes, weil ich glaube, dass das eine vorrangige Aufgabe der Hochschulen sein und einen positiven Effekt für die Hochschulen und übrigens auch für die Studierenden haben kann.

(Beifall bei der FDP)

Das muss aber nicht in unserer HSG-Novelle geregelt werden, sondern da warten wir ab, was übereinstimmend in den Bundesländern dazu gesagt werden wird. Jetzt komme ich zu dem Punkt, an dem Sie sich um eine klare Aussage drücken. Sie schlagen eine Veränderung der Gremienstruktur über eine Experimentierklausel vor. Einmal abgesehen davon, dass wir die Hochschulen gefragt haben, welchen Bedarf für eine Experimentierklausel sie hätten, und von den Hochschulen wirklich nichts gekommen ist, wägen Sie überhaupt nicht ab, wie schwierig eine **Experimentierklausel** verfassungsrechtlich wäre. Das kommt in Ihrem Gesetzentwurf überhaupt nicht vor. Sie sagen noch nicht einmal, mit was für anderen Gremien wir uns auseinander setzen sollen. Was wollen Sie überhaupt, in welche Richtung soll das gehen? Das bleibt widersprüchlich und oberflächlich.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager  
[CDU])

Schließlich formulieren Sie auch in Bezug auf die Trimester Widersprüche. - Nein, Herr de Jager, da befinden Sie sich im Irrtum. Gerade die CAU ist von uns vor einem Jahr gefragt worden, weil wir die Frage der Experimentierklausel ausdrücklich offen diskutieren wollten. Da ist kein konkreter Vorschlag gekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager  
[CDU])

- Das können Sie ja gern noch einmal ausführen. Wir hätten das jedoch gern in Ihrer Begründung zum Gesetzentwurf gelesen, aber die gab es leider nicht.

Zur Frage der **Trimester**, Beginn und Ende der Unterrichtszeit. Auch hier ist es wirklich unsinnig, landesbezogene Regelungen zu machen. Wenn eine Frage, wie die Einteilung eines Studienjahres auszu- sehen hat, wirklich der Abstimmung zwischen den

Bundesländern bedarf, dann ist es diese Frage. Wie soll denn sonst die Mobilität der Studierenden noch gewährleistet sein? In einem Land gibt es Trimester, in einem anderen Semester. Das macht doch keinen Sinn!

Die ganze Frage der Mehrbelastung, der Lehrbelastung und der **Arbeitsbelastung der Studierenden** reflektieren Sie gar nicht. Die ist aber ganz erheblich. In der KMK wird diese Frage diskutiert. Das kann man ja auch diskutieren, beispielsweise im Hinblick auf Straffung der Studienzeiten, aber doch nicht allein aufs Land bezogen.

Kooperation mit Hamburg. Auch da kann ich nur sagen: Was freiwillig funktioniert, soll man auf freiwilliger Ebene belassen. Das ist in anderen Fragen doch auch Ihr Prinzip: Konsensbildung zwischen den Beteiligten. Und jetzt wollen Sie das gesetzlich vorschreiben? Das macht doch überhaupt keinen Sinn und ist widersprüchlich. Das gilt auch für andere Fragen.

Das sind die wesentlichen Punkte. Ich finde es schon bemerkenswert, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung im Stadium des Referentenentwurfs hier diskutiert wird. Warten Sie ab, was Ihnen das Kabinett zur Beratung vorlegen wird! Das wird sich gegenüber dem Referentenentwurf natürlich in einigen Punkten verändern, weil wir Anhörungen ernst nehmen. Dann werden wir eine weitere, hoffentlich substanzielle Debatte führen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ministerin hat eben noch einmal kurz auf das Thema **Kooperation mit Hamburg** Bezug genommen. Dazu möchte ich einige Anmerkungen machen. Die FDP befürwortet ausdrücklich eine Zusammenarbeit im Hochschulbereich mit Hamburg dort, wo es sinnvoll ist. An einer gesetzlichen Normierung, an einer gesetzlichen Verpflichtung zur Abstimmung der Hochschulplanung in jedem Fall finden wir allerdings nichts Sinnvolles.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**(Dr. Ekkehard Klug)**

Das legt uns gegebenenfalls Fesseln an, die dann ganz schwer, je nachdem wie das Hamburger Verhalten und die Hamburger Position ist, wieder zu lösen sein würden.

Um ein Beispiel zu nennen: Nach den Empfehlungen der Hamburger Dohnanyi-Kommission vom letzten Jahr soll an der Universität Hamburg die Hälfte der geisteswissenschaftlichen Fächer eingestampft werden. Die Hamburger wollen sich ausdrücklich auf Naturwissenschaften und Technik konzentrieren. Eine Arbeitsteilung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein nach dem Motto, die Hamburger ziehen den ganzen Bereich von Naturwissenschaft und Technik an und schieben sozusagen die Geisteswissenschaften nach Schleswig-Holstein ab, das ist eine Form der Arbeitsteilung, die nicht unbedingt sinnvoll ist für eine vernünftige Hochschulstruktur unseres Landes,

(Beifall bei der FDP)

auch wegen der damit verbundenen Folgewirkung für wirtschaftlichen Nutzen.

Um ein anderes Beispiel zu nennen: Die von Herrn Kayenburg ins Gespräch gebrachte Aufgabe der Betriebswirtschaftslehre, BWL weg aus Kiel nach Hamburg, dafür von Hamburg die VWL übernehmen, ist genauso wenig sinnvoll, schon wegen der inneren Verzahnung der beiden Fächer auch im Lehrangebot, aber unter anderem auch deshalb, weil unser Institut für Betriebswirtschaftslehre in Kiel mit zwei herausragend erfolgreichen Graduiertenkollegs - das ist der Ritterschlag in der Wissenschaft - sehr gut da steht und natürlich in Hamburg ein Interesse vorhanden ist, nach der verheerenden Evaluierung des Weltwirtschaftsarchivs das möglicherweise per Notanker hier beim Institut für Weltwirtschaft anzudocken. Ab 2006 droht da die Bund-Länder-Finanzierung für das bisherige Leibniz-Institut HWWA auszulaufen. Da muss ich sagen, da kann ich nichts Gutes entnehmen. Herr Kayenburg, und nur damit der Honorarprofessor Herr Driftmann kürzere Fahrzeiten zu seinen Lehrveranstaltungen von Elmshorn nach Hamburg hat, sollte man das nicht machen. Ich folge auch nicht der Idee von Herrn Driftmann, eine Fusion von HWWA und Institut für Weltwirtschaft zu favorisieren. Das muss ich ganz ausdrücklich auch für die FDP-Fraktion feststellen.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile zu einem Kurzbeitrag Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es nur ganz kurz machen, weil das, was der Kollege Klug eben ausgeführt hat, im Einzelfall zu diskutieren ist. Nur damit es sich hier in der ersten Lesung nicht verselbstständigt: Der Passus, den wir in die Gesetzesnovelle hineinschreiben, heißt: „Mit der staatlichen Hochschulplanung der Freien und Hansestadt Hamburg soll eine gegenseitige Abstimmung angestrebt werden.“ In unserem Gesetzesvorschlag steht nicht: Jeder Gesetzesvorschlag aus Hamburg muss übernommen werden. Es geht darum, dass man bei einer landesweiten Hochschulplanung in der Tat eine Abstimmung über die Schwerpunkte dieser Hochschulplanung anstrebt. Wer dazu nicht bereit ist, ist in der Tat auch nicht bereit, mit der **Kooperation mit Hamburg** tatsächlich Ernst zu machen. Aus dem Grunde haben wir das hier hineingeschrieben.

Dass es natürlich in einer norddeutschen Kooperation nicht immer so ist, dass alle von vornherein das Gleiche wollen. Dass es dort auch Konkurrenz gibt, dass es Wettbewerb unter Fachbereichen gibt, all das ist unbestritten. Wir müssen aber den Versuch machen, die Widerstände, die es dort gibt, zu überwinden. Haargenau das wollen wir.

Ich stelle fest, dass dieser Vorschlag insofern richtig gewesen sein muss, weil er ein ganzes Bündel an Vorschlägen und Diskussionen hervorgerufen hat. Ich denke, dass wir diese Bestimmung insofern drin lassen sollten.

Frau Ministerin, ich hätte es sonst in einem Wortbeitrag gesagt, aber wenn ich hier schon einmal stehe: Ich habe Ihren Worten entnommen, dass Sie das allermeiste, was wir wollen, auch wollen, nur nicht umgesetzt haben. Insofern wollen wir Ihnen gerne behilflich sein und deshalb gibt es unsere Novelle.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Der Antrag lautet Überweisung an den Fachausschuss, also Bildungsausschuss. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

### Verdeckte Feldbeobachtung in der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/3366

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand** [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Zu früh gefreut: Nach der Sitzung des Bundesernährungsausschusses Mitte März und den viel versprechenden Äußerungen des Staatssekretärs im Bundesernährungsministerium, Matthias Berninger, war ich wirklich davon ausgegangen, dass sich das Projekt des Umweltbundesamtes, mittels **verdeckter Feldbeobachtung** die **Wirtschaftsweise der Landwirte** auszuspionieren, erledigt haben würde und wir unseren Antrag nach einer Entschuldigung der zuständigen Minister zurückziehen könnten. Leider weit gefehlt. Mit bekannter Starrköpfigkeit, wenn es darum geht, den Landwirten eins auszuwischen, beharrt Rot-Grün auf seinem Projekt zur verdeckten Feldbeobachtung, betont jetzt allerdings ganz besonders, dass es dabei überhaupt nicht darum gehe, Landwirte wegen möglichen Fehlverhaltens an den Pranger zu stellen, geschweige denn zu kriminalisieren. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Tatsache ist, dass in Schleswig-Holstein bereits heute der ordnungsgemäße Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln sachkundig vom Pflanzenschutzdienst überprüft wird. Landwirtschaftsminister Müller hat das in der Antwort auf meine Kleine Anfrage anschaulich dargelegt. Ohne Zweifel verfügt der Pflanzenschutzdienst über die notwendige fachliche Qualifikation und Erfahrung, die Richtigkeit von Bewirtschaftungsverfahren und Maßnahmen im Pflanzenschutz zu überprüfen. Warum aber lassen Sie es dann zu, Herr Minister, dass vom Bund eindeutig in Landeskompetenzen eingegriffen wird?

Tatsache ist weiterhin - und das sollten auch Sie, Herr Minister, endlich anerkennen -, dass es durchaus im Interesse der Landwirtinnen und Landwirte liegt, **Pflanzenschutzmittel** nur so anzuwenden, dass die Sicherung landwirtschaftlicher Erträge bei möglichst geringer Beeinträchtigung der Umwelt erreicht wird. Die einfache Formel lautet dafür: Je effizienter der Einsatz, desto geringer die Kosten. Unsere Landwirte sind dafür gründlich ausgebildet. „Viel hilft viel“ gehört schon lange der Vergangenheit an. Tatsache ist schließlich auch, dass der immer wieder von Rot-Grün konstruierte Widerspruch zwischen Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz in der Praxis bereits einer guten Kooperation gewichen ist. Die

Trauerseeschwalbe müsste Ihnen das inzwischen ausreichend gezwitschert haben. Hören Sie deshalb auf, die gute fachliche Praxis von Land- und Forstwirten immer und immer wieder künstlich infrage zu stellen, noch dazu mit Maßnahmen, die weder ein geeignetes noch ein legitimes Mittel zur Überwachung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln darstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, wir sind doch im Bereich der inneren Sicherheit häufig einer Meinung, wenn es darum geht, unsere Verfassung zu schützen und Bürgerrechte zu wahren. Erst gestern haben wir gemeinsam festgestellt, dass zum Beispiel Migranten nicht pauschal als Sicherheitsrisiko gesehen werden dürfen. Haben nicht auch unsere Bauern, Baumschuler und Forstleute Anspruch darauf, so beurteilt zu werden? Mit den verdeckten Feldbeobachtungen soll jetzt aber gegen diese Mitbürger ohne jeden Anfangsverdacht ermittelt werden. Oder zählt das hier alles nach dem Motto: „Wenn es um die Umwelt geht, ist jedes Mittel recht“? Dann hätten wir in unserem Land tatsächlich eine Ökodiktatur.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Meine Damen und Herren, verdeckte Feldbeobachtungen, eine Bespitzelung der Landwirte hat in der heutigen Zeit nichts verloren.

(Beifall bei der FDP)

Insofern habe ich mich gefreut zu lesen, dass es für Professor Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, klar sei, dass mögliche **Probeentnahmen** vom Feld nur in Absprache mit dem jeweiligen Landwirt erfolgen sollen. Ich frage mich allerdings, was das dann noch mit verdeckten Ermittlungen zu tun hat. Auch die Rolle des so genannten wissenschaftlichen Begleitkreises als vertrauensbildende Maßnahme erscheint mir im Rahmen nach wie vor verdeckter Ermittlungen dubios. Statt so viel Energie in eine Verschlimmbesserung zu stecken, hätte besser der Mut aufgebracht werden sollen, sich von diesem Projekt insgesamt zu verabschieden.

(Beifall bei der FDP)

Noch ist es nicht zu spät. Das Vorhaben ist zwar vergeben, aber wie wir vom Bundesumweltministerium mit Datum vom 23. April erfahren haben, haben die verdeckten Feldbeobachtungen noch nicht begonnen. Die ungeheuerliche **Kriminalisierung unserer Landwirte** ist also noch zu stoppen. Solange alles nur wortreich in der Verpackung bleibt, ist uns wirklich nicht geholfen. Ich fordere den Schleswig-Holsteinischen Landtag deshalb auf, sich baldmöglichst von diesem Affront gegen die Landwirtschaft zu distan-

(Günther Hildebrand)

zieren. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kruse das Wort.

**Maren Kruse [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hildebrand, niemand zweifelt an der guten fachlichen Praxis und an deren Einhaltung, aber fast jeder - Sie sicherlich ebenso wie ich - macht irgendwann Fehler aus Unwissenheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **Pflanzenschutz** ist ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein in der Lebensmittelproduktion, er ist aber auch ein Umgang mit den Stoffen der erhöhten Gefährdungskategorie, der kanalisiert und kontrolliert werden muss.

Die aus meiner und aus der Sicht der SPD-Landtagsfraktion etwas überzogenen Reaktionen von Verbandsfunktionären, Interessenvertretern sowie Bundes- und Landtagsabgeordneten der FDP auf eine öffentlich annoncierte Forschungsaktivität sind daher nur schwer nachvollziehbar. Hier wird ganz bewusst versucht, einen Keil zwischen den Pflanzenschutzdienst der Länder und dem Bundesamt zu treiben.

Stein des Anstoßes ist ein **Forschungsprojekt**, mit dem Fehler bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erkannt werden sollen, um daraus Verbesserungsvorschläge für den zukünftigen Vollzug im Pflanzenschutzbereich abzuleiten. Denn die jetzt gültigen Anwendungsbestimmungen, die zum Beispiel Mindestabstände zu Oberflächengewässern vorschreiben, werden einerseits von Anwendern und deren Vertretern als überzogen und nicht praxisgerecht kritisiert. Andererseits werden Vorwürfe von Umweltverbänden erhoben, die Anwendungsbestimmungen würden nicht in erforderlichem Maße die Sicherstellung des Schutzes des Naturhaushaltes gewährleisten. - Es gibt hier also eine Menge unterschiedlichster Aussagen.

Auch Sie, Herr Hildebrand, wissen, dass häufig erst mit der Erteilung der **Anwendungsbestimmungen** die Zulassungsfähigkeit eines Pflanzenschutzmittels hergestellt wird. Der Einhaltung dieser kommt daher eine ganz besondere Bedeutung zu.

Ich gebe es zu: Der Begriff „verdeckte Feldbeobachtung“ ist sicherlich ein bisschen unglücklich gewählt und weckt viele negative Assoziationen. Missverständnisse - Sie haben es gerade erwähnt - und auch

Versäumnisse hat das Umweltbundesamt hier ja auch zugestanden.

Die **Feldbeobachtung** umfasst die visuelle Beobachtung der Landwirte - ich möchte hier einmal darstellen, wie es eigentlich funktioniert - bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln durch geschultes mobiles Personal, das Ausmessen der Fahrspuren im Randbereich der Behandlungsfläche sowie die Entnahme von Boden- oder Pflanzenproben. Dies kann nur nach Absprache mit dem jeweiligen Landwirt erfolgen.

Im Rahmen der **visuellen Erfassung** sind Erkenntnisse über die verwendete Technik und den Applikationsvorgang selbst zu gewinnen. Zum Beispiel ist zu erfassen, ob Wenden mit laufender Spritze stattfindet, ob in Richtung auf Gewässer behandelt wird, ob die Abdrift von Spritznebel zu beobachten ist, ob Abschaltungen von Düsen stattfinden, welcher Abstand zum Gewässer eingehalten wird beziehungsweise ob eine Mitbehandlung stattfindet.

Und alle Beobachtungen beziehungsweise Proben dürfen nur mit Zustimmung der Landwirte erfolgen beziehungsweise entnommen werden. Die Proben werden anonymisiert und dienen dazu, ein realistisches Bild vom alltäglichen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in verschiedenen Regionen zu zeichnen.

Motiv für dieses Projekt ist es also, die **Anwendungsbestimmungen** und Auflagen zu überarbeiten und gegebenenfalls zu vereinfachen. Dies scheint ja auch Konsens zu sein. Denn in der neuesten Ausgabe des „Bauernblattes“ konnten wir mit Interesse lesen, dass Qualitätsfonds und Deula ein bundesweit einmaliges Schulungsprojekt mit dem Data-Bus starten: ein Schulungsprojekt auf dem Gebiet der Präzisionslandwirtschaft für Landwirte, bei dem es um passgenaue Aufwandsmengen für Düngung, Pflanzenschutz und Aussaat geht.

Dort wird begründet, dass mit der passgenauen Aufwandsmenge in den verschiedenen Abschnitten Betriebsmittel eingespart werden und zu höheren Erträgen führen können.

(Günther Hildebrand [FDP]: Das ist gute landwirtschaftliche Praxis!)

- Das habe ich auch nicht angezweifelt. Sie haben bei meinem ersten Satz, als ich Sie angesprochen habe, leider nicht zugehört.

Für den Pflanzenschutz wurde hier vom Qualitätsfonds und von Deula ein Einsparpotenzial von 20 € pro Hektar dargestellt.

(Maren Kruse)

Es steht also eindeutig fest und ist auch bei den Landwirten anerkannt, dass mehr Qualitätsdenken und Präzision notwendig sind.

(Günther Hildebrand [FDP]: Nichts anderes habe ich gesagt!)

Dazu werden mehr Informationen für alle am Prozess Beteiligten benötigt. Denn die Frage: „Wo tue ich was auf den Acker?“, gehört heute zum Thema Rückverfolgbarkeit und vor allem zur Produkthaftung der Landwirte, aber all dies ist ihnen noch nicht bewusst.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns alle offenen Fragen dazu im Ausschuss überdenken und diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Absicht des Umweltbundesamtes, eine verdeckte Feldbeobachtung durchzuführen, könnte sicherlich umgehend verwirklicht werden. Das wäre kein logistisches Problem. Personal mit einschlägigen Kenntnissen und Erfahrungen, erworben in der ehemaligen DDR, wird wohl noch in ausreichender Zahl vorhanden sein und steht sicherlich schnell zur Verfügung.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Frei nach Lenin, meine sehr geehrten Damen und Herren:

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Bisher gingen wir davon aus, dass die **Pflanzenschutzkontrollen** Ländersache sind und ordnungsgemäß erfolgen. Wir gingen auch davon aus, dass die zuständigen Ämter für ländliche Räume ihre Aufgaben in der Vergangenheit zuverlässig erfüllt haben.

Umso erstaunter sind wir, dass nun eine Bundesbehörde der Überzeugung ist, alles besser zu können. Es dürfte den Ländern nicht schwer fallen, die notwendigen Daten und Erhebungen zur Verfügung zu stellen beziehungsweise zu ermitteln.

Auch dieses Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes kostet Zeit und vor allen Dingen Geld - und es ist Steuergeld, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es stellt sich daher die Frage, welches Ziel mit diesem Vorhaben überhaupt verfolgt wird. Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ist streng reglementiert. Von den Anwendern werden spezielle und nachgewiesene Kenntnisse verlangt und die Kontrollen werden nach Auskunft der Landesregierung ordnungsgemäß durchgeführt.

Wenn auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Schleswig-Holstein kein Nachholbedarf besteht, muss das Ansinnen des Umweltbundesamtes ins Leere gehen. Allerdings müssen auch den zuständigen Ämtern Auffälligkeiten bekannt sein, wenn es denn welche gibt.

Ich mag nicht glauben, dass Kontrolleure des Umweltbundesamtes **Fehlverhalten** in größerer Zahl aufdecken und damit unsere zuständigen Ämter als begossene Pudel dastehen, die mit ihrer Aufgabe anscheinend überfordert wären.

Aber nur unter dieser Voraussetzung der Überforderung macht die verdeckte Feldbeobachtung überhaupt einen Sinn. Letztlich werden nicht allein Landwirte und Gärtner kontrolliert, sondern auch die Qualität der Ämter. Und die Aufsichtsbehörde kann sich auch nicht von ihrer Verantwortung frei machen.

Wir wollen das Vorhaben des Bundesumweltamtes nicht zu hoch hängen. Es handelt sich um ein **Forschungsvorhaben** und die Erhebungen sollen angeblich anonym bleiben. Aber es bleibt die Frage, ob die zuständigen Ämter in ihrer Wahrnehmung der Kontrollaufgaben diese Erhebungen nicht kostengünstiger und wegen ihrer Kenntnisse vor Ort auch besser durchführen könnten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Umweltbundesamt hat sich anders entschieden und wieder einmal wird das Geld der Steuerzahler zum Fenster hinausgeworfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stimmen ausdrücklich dem von der FDP gestellten Antrag zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das Umweltbundesamt möchte die **Ausbringungspraxis** für **Agrargifte**, also Pestizide, bei circa

**(Detlef Matthiessen)**

300 landwirtschaftlichen Betrieben bundesweit unangemeldet für eine wissenschaftliche Untersuchung beobachten, um, wie es der UBA-Chef Professor Troge - übrigens Mitglied der CDU und nicht der Grünen - sagt, bestehende Informationslücken zu schließen.

"Wir brauchen verlässliche Daten, inwieweit die Anwendungsbestimmungen eingehalten werden", so Troge wörtlich zitiert im „Bauernblatt“ vom 24. April 2004.

Im selben Artikel steht:

„Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, hat inzwischen seine Bereitschaft zur Teilnahme im wissenschaftlichen Begleitkreis signalisiert.“

Die Daten sollen anonymisiert erhoben werden. Die Überschrift lautet: „UBA hält an verdeckter Feldbeobachtung fest.“ Professor Troge sagt: „Landwirte werden nicht an den Pranger gestellt.“

Dazu steht in der Zeitschrift „AGRA-EUROPE“ vom 8. März 2004:

„Deutliche Worte“

- wie auch sein kleiner Kollege hier im Landtag -

„fand der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Harry Carstensen, der von StasiMethoden sprach.“

Abgeordnete der FDP warfen der Berliner Behörde eine Kriminalisierung der Landwirtschaft vor.

(Günther Hildebrand [FDP]: So ist es!)

Ich weiß nicht, ob der Bundestagsabgeordnete Carstensen sich ernsthaft mit der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR und der Rolle, die die Stasi für die Menschen im Osten gespielt hat, auseinander gesetzt hat. Vermutlich hat er sich damit nicht näher beschäftigt. Ich empfehle ihm, sich einige Exemplare aus der Schriftenreihe „Deutschland Archiv“ auszuleihen. Er muss nicht viele Artikel lesen, um - wie ich - zu der Wertung zu kommen, dass die Bezeichnung Staatsterrorismus für die Stasi nicht fern liegt. Es ist maßlos übertrieben, solche Vergleiche anzustellen. Es ist auch maßlos übertrieben, wenn man nur oberflächliche Kenntnisse der Stasi hat. Es ist nicht nur maßlos übertrieben, es ist gleichzeitig auch eine Beleidigung der Stasiopfer, zu denen nicht wenige Tote zählen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Es ist nicht nur maßlos übertrieben; der Stasivergleich mit dem Umweltbundesamt stellt auch ein völlig verkehrtes Verständnis davon dar, was die Interessen der Landwirtschaft sind, für die der agrarpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion so blindwütig eintritt. Das ist Agrarlobbyismus à la Bayern, wo ein BSE-Fall zwar entdeckt, vor der Öffentlichkeit aber verschwiegen wurde. Nicht zuletzt damit wurde BSE in Deutschland zum Skandal.

Carstensen's Sympathien für bayerische Methoden sind bekannt. Wir erlangen - nicht nur durch die Stasivergleiche - ein immer tieferes Verständnis von dieser Denkweise, sondern auch zum Beispiel durch die Beschwörung vielfach mit Agrargiften behandelter Äpfel als Beispiel für Wettbewerbsverzerrung in der Landwirtschaft. Seine Logik heißt nicht: Überall weniger spritzen, sondern: So lange dort, dann hier auch. Das ist eine agrarpolitische Denkweise der Normierung des niedrigsten Standards für möglichst viel, möglichst billig und möglichst wenig transparent. Nur so wird der brutale Stasivergleich gedanklich überhaupt nachvollziehbar. Nicht viel besser steht die FDP dar, die von Kriminalisierung spricht. Der Verbraucherschutz lässt bei solchen Mentalitäten grüßen.

Das **UBA** will wissen, ob eventuelle Fehler, beziehungsweise Rückstände, auf die Ausbringungstechnik oder auf die angewendeten Substanzen selber zurückzuführen sind. **Anwendungsvorschriften** sollen auf Tauglichkeit und Praktikabilität überprüft werden. Wenn man das als Verantwortlicher auch in Zulassungsfragen wissen will, denn darum geht es, nicht um den Vollzug hier im Lande, verehrter Claus, dann tut man gut daran, die dafür erforderlichen Beobachtungen zunächst unerkannt durchzuführen.

Wir haben das alle in der Schule gelernt, als wir uns mit Doppelblindversuchen beschäftigt haben. Auch bei Geschwindigkeitskontrollen sorgt die Verkehrspolizei für eine für die Probanden zunächst unerkannte Messung für Erkenntnisgewinn und teilt diesen erst im Nachhinein den Untersuchungsteilnehmern mit, was in der Regel schriftlich erfolgt. Viele von uns haben das sicherlich schon einmal praktisch erfahren. Wäre das anders, so müsste man mit vermehrt negativen Ergebnissen rechnen.

Nun wird bei der verdeckten Felduntersuchung zum Pestizideinsatz niemand bestraft, sondern es wird im Gegenteil eine Zusammenarbeit angestrebt, um nach **Praxisfehlern** auch deren Folgen zu erfassen und zu bewerten. Alle Daten werden - wie gesagt - anonymisiert. Das macht Sinn, ist vernünftig und schadet niemandem. Es ersetzt nicht die amtliche Überwachung und hat mit dieser auch nichts zu tun, sondern es dient

(Detlef Matthiessen)

der Erarbeitung von Basiswissen, der Verbesserung der Ausbringung und es liefert Erkenntnisse für die Zulassung der Mittel.

(Claus Ehlers [CDU]: Was soll der Zirkus dann?)

Das Umweltbundesamt macht diese wissenschaftliche Untersuchung nicht aus Spaß und aus Langerweile. Wir haben sowohl im Wasser als auch im Boden und in Lebensmitteln **Rückstände** der Spritzmittel und deren Metaboliten. Allergien und Fertilitätsstörungen, also Fruchtbarkeitsstörungen, beim Menschen nehmen zu und sind deutliche Warnungen, dass wir mit Chemikalien aller Art vorsichtiger umgehen müssen. Dazu gehören insbesondere auch die Agrargifte. Die wissenschaftlichen Untersuchungen des Umweltbundesamtes liegen also im hohen Interesse der Verbraucher und der Landwirtschaft.

Die FDP ist gegen solche Untersuchungen. Ich habe dafür keinerlei Verständnis. Würden Sie die Verantwortlichkeit im Umweltschutz übernehmen, dann sage ich: Gute Nacht, Marie!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der FDP zu **verdeckten Feldbeobachtungen** in der Landwirtschaft zielt darauf ab, einen Keil zwischen Landwirtschaft, Pflanzenschutzdienst des Landes und Umweltbundesamt zu treiben. Anstatt hier einen seriösen Antrag zu den vorgesehenen Feldbeobachtungen zu stellen, schürt der FDP-Antrag vielmehr Ängste und Misstrauen in Landwirtschaft und Gartenbau. Wie das gefruchtet hat, hat der Kollege Ehlers gerade eben deutlich gemacht. Der Antrag unterstellt, dass das Umweltbundesamt im Bereich des Pflanzenschutzes Kontrollen durchführt, die dem Umweltbundesamt nicht obliegen. Der Antrag impliziert, dass das Umweltbundesamt eine Art Pflanzenschutzgeheimdienst auf dem Acker betreibt.

Wer die Kleine Anfrage des Kollegen Hildebrand zu diesem Thema gelesen hat, konnte sehen, dass **Umweltbundesamt** im Zuge eines Forschungsvorhabens Kontrollen hinsichtlich der Anwendungspraxis von Pflanzenschutzmitteln im Gartenbau und in der

Landwirtschaft durchführen lassen will. Natürlich wäre es im Sinne einer vorbildlichen **Dienststellenzusammenarbeit** zwischen Bundes- und Landesreinrichtungen gewesen, wenn die Landesregierung über dieses Forschungsvorhaben ordnungsgemäß informiert worden wäre. Die Vorgehensweise des Umweltbundesamtes sehen wir daher auch kritisch.

Wir sehen aber nicht, dass unsere Pflanzenschutzdienste durch dieses Forschungsvorhaben bei der Aufgabenerfüllung in ihrem Bereich beeinträchtigt werden. Die **Länderkontrolle** zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bei der Anwendung von **Pflanzenschutzmitteln** sehen wir durch das Umweltbundesamt nicht beeinträchtigt oder untergraben. Im Gegenteil: Durch ein solches Forschungsvorhaben können neue Aufschlüsse im Hinblick auf die Anwendungspraxis von Pflanzenschutzmitteln gewonnen werden, die dann auch von unserem Pflanzenschutzdienst genutzt werden können.

Dies setzt aber voraus, dass das Umweltbundesamt vertrauensvoll und anonym mit den Aussagen und Erkenntnissen umgeht. Sollte dies nicht so sein, sehe ich durchaus die Problematik, dass das Umweltbundesamt mit seinem Forschungsvorhaben zu keinen neuen Erkenntnissen über den Umgang mit Pflanzenschutzmitteln gelangt, weil dann sicherlich die Zusammenarbeit aufgekündigt würde. Allerdings ist ein solches Verhalten nicht in Rede. Vielmehr gibt es eine große Einigkeit darüber, dass man dieses Forschungsvorhaben vorantreiben will.

Da es sich bei Pflanzenschutzmitteln nicht nur um harmlose und milde Mittel handelt, die die **Kulturpflanzen** schützen sollen, ist ein sachgerechter und verantwortungsvoller Umgang mit derartigen Mitteln unumgänglich. Hierauf wird auch in den entsprechenden Ausbildungen großer Wert gelegt. Jeder Landwirt und jeder Gärtner sollte dies berücksichtigen, denn mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wird nicht nur in den Naturhaushalt eingegriffen. Solche Mittel können auch negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und Tieren haben. Dies sollten wir uns immer wieder vor Augen halten.

Daher sind Erkenntnisse über den Umgang mit Pflanzenschutzmitteln unabdinglich, um einen **präventiven Schutz** gewährleisten zu können. Diesen Schutz leisten unsere Pflanzenschutzdienste. Ihr Aufgabenspektrum ist klar definiert: Sie führen im Handel Kontrollen hinsichtlich der angebotenen Präparate durch und sie überprüfen die Sachkunde der Anwender, die Geräte und die ordnungsgemäße Anwendung im Sinne einer guten fachlichen Praxis. Dies geht auch deutlich aus der Antwort der Landesregierung

(Lars Harms)

auf die Kleine Anfrage hervor. Deshalb brauchte man eigentlich gar keinen Antrag mehr zu stellen.

So gut die Arbeit unseres **Pflanzenschutzdienstes** aber auch ist, er kann nur stichprobenartige Kontrollen durchführen. Wir wissen, dass Stichproben immer wieder Lücken im **Kontrollnetz** zulassen. Eine vollkommene Überwachung des Umgangs mit Pflanzenschutzmitteln ist aber nicht leistbar. Schwarze Schafe werden immer wieder durch die Maschen fallen. Deshalb sollten wir das Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes nicht in Bausch und Bogen verurteilen, sondern die erzielten Ergebnisse vielmehr für eine Erkenntniserweiterung für unseren Pflanzenschutzdienst und vor allen Dingen für unsere Landwirte und Gärtner nutzen, damit sie selber aus eigener Erkenntnis die Möglichkeit bekommen, darüber nachzudenken, was sie dort tun, wie sie Mittel einsparen können, wie sie Geld sparen können und wie sie etwas Gutes für die Gesundheit tun können. Genau dieses Ziel verfolgt das Umweltbundesamt mit diesem Forschungsvorhaben. Deshalb ist es uneingeschränkt zu begrüßen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Umweltminister Müller das Wort.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Abgeordneten Frau Kruse, Herr Matthiessen und Herr Harms haben schon sehr viel Kluges gesagt, dem ich mich im Allgemeinen nur anschließen kann. In einem einzigen Satz ist das auch bei Claus Ehlers der Fall. Das begrenzte Interesse an diesem Antrag sieht man zum Teil auch an der Präsenz der FDP-Fraktion. Lieber Lars Harms, in der Tat hätte man sich diesen Antrag wahrscheinlich sparen können.

Nach meiner Auffassung ist in der Bundesrepublik das praktizierte System der **Zulassung von Pflanzenschutzmitteln** grundsätzlich der Garant für ein hohes Schutzniveau für Anwender, Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt. Dies gilt aber natürlich nur dann, wenn die Anwendung tatsächlich ordnungsgemäß ist, und zwar so, wie es die Anwendungsbestimmungen erlauben und wie sie von den Zulassungsbehörden erteilt worden sind.

(Claus Ehlers [CDU]: Gibt es da Zweifel?)

- Das ist leider nicht immer der Fall, lieber Claus. Das weißt du auch. Um ein Fehlverhalten der Anwender in der Nähe zum Beispiel von **Oberflächengewässern** zu verhindern, muss man bestimmte Kontrollen durchführen. Das ist in der Regel schon der Fall. Das tun bei uns unsere Behörden. Sie tun das seit Jahren. Ich glaube, sie tun das auch sehr gut.

(Günther Hildebrand [FDP]: Sehr schön!)

Wenn das Gegenteil eintritt, kann das zu einer Diskreditierung führen. Das kann dazu führen, dass Pflanzenschutzmittel in Verruf gebracht werden, obwohl es gar nicht notwendig ist. Es kann dazu führen, dass weitere Zulassungen mit den entsprechend nachteiligen Auswirkungen für die gesamte **Praxis** infrage gestellt werden. Das heißt, es liegt im Interesse der gesamten Landwirtschaft, der Hersteller, der Pflanzenschutz- und Umweltbehörden, dass die Anwendungsbestimmungen tatsächlich eingehalten werden.

Auch vor dem Hintergrund der häufigen Kritik aus der Praxis, dass die **Auflagen** für Pflanzenschutzmittel eigentlich nicht einhaltbar seien, ist es für die Zulassungsbehörden wichtig, Erkenntnisse praxisgerecht und praxisnah zu bekommen, wie wirksam die Auflagen tatsächlich sind. Nur wenn wir das erfahren, können wir mögliche Schwachstellen oder Reglementierungen, die nicht notwendig sind, aufdecken und letztlich die Ausgestaltung optimieren.

Vor diesem Hintergrund halte ich das Vorhaben des Umweltbundesamtes für geeignet, einen realitätsnahen Überblick über die Anwendungspraxis der Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft und im Gartenbau zu bekommen. Dank Maren Kruse haben wir sehr anschaulich beschrieben bekommen, wie ein solches Projekt tatsächlich geplant ist.

Ich unterstreiche deutlich: Bei dem Forschungsprojekt werden lediglich statistisch anonymisierte Daten erhoben und ausgewertet. Es geht nicht um personenbezogene oder **betriebsbezogene Daten**. Das wäre in der Tat schwierig. Dann wäre auch die viel beschworene Nähe zu manch Teilvorstellungen der FDP vielleicht gerechtfertigt. Das ist hier aber gar nicht der Fall. Insofern geht diese Kritik vollkommen fehl.

Die erwarteten Erkenntnisse werden es auch uns ermöglichen, in unserem Verantwortungsbereich und im Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln den Zielen der Landwirtschaft und der Umwelt noch besser gerecht zu werden. Das Umweltbundesamt plant, die Anwendungsbestimmungen zukünftig regional zu differenzieren, was auch klug und vernünftig ist. Auch für dieses Vorhaben sind die gewonnenen Daten von Bedeutung.

**(Minister Klaus Müller)**

Unabhängig davon ist die **Kontrolle** der pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften und die Ahndung von Verstößen natürlich Aufgabe des Landes. Lars Harms hat zu Recht darauf hingewiesen. Maren Kruse und Detlef Matthiessen genauso. Zuständigkeiten bleiben vollständig unberührt.

An einer Stelle möchte ich Claus Ehlers ausdrücklich Recht geben. Man muss die Kirche im Dorf lassen. Das Projekt des UBA erstreckt sich voraussichtlich auf 300 Betriebe in der gesamten Bundesrepublik. Die Kontrolldichte unserer Pflanzenschutzbehörden, die der Länder, ist wesentlich höher. Eine vermeintliche Aufregung steht in keinem Verhältnis zu dem, was geplant ist.

Verehrte Damen und Herren, das Projekt des UBA ist in der Ankündigung unglücklich verlaufen. Das ist zweifelsohne richtig. Dass der wissenschaftliche Begriff der verdeckten Feldbeobachtung missverständlich ist und zu Analogien zu CIA, FBI, Ausspionieren und Ähnlichem verleitet, ist leider richtig. Die Kommunikation ist hier nicht optimal gelaufen. Ich glaube, dass das dem Präsidenten Troge, der allgemein bekannt ist, mit am meisten von allen Beteiligten Leid tut. Inzwischen sind Versäumnisse eingeräumt worden. Die Behörde hat Klarstellungen vorgenommen, die dem Thema die vermeintliche Brisanz genommen hat. Es wird jetzt vertrauensbildende Maßnahmen geben. Wenn ich das richtig gesehen habe, hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Herr Sonnleitner, die Bereitschaft erklärt, in einem Beirat mitzuwirken.

Vor dem geschilderten Hintergrund und in Anbetracht des zwischenzeitlich geklärten Sachverhaltes ist die Zielrichtung des Antrags der FDP, das Projekt des UBA zur Feldbeobachtung zu diskreditieren, verfehlt und überholt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Ich gehe davon aus, dass beantragt ist, den Antrag an den zuständigen Fachausschuss zu überweisen, oder soll in der Sache abgestimmt werden?

(Günther Hildebrand [FDP]: Von uns ist dieser Antrag nicht gestellt worden, aber von der SPD! - Weitere Zurufe)

- Es ist Ausschussüberweisung an den zuständigen Agrarausschuss beantragt worden.

(Zurufe: Zur abschließenden Beratung! - Claus Ehlers [CDU]: Es ist Abstimmung in der Sache beantragt, aber wir sind damit einverstanden, wenn wir den Antrag an den Ausschuss überweisen!)

Wir haben jetzt Folgendes: Es gibt den Antrag auf Ausschussüberweisung. Nun kam eben die Anregung, den Antrag zur abschließenden Beratung an den Ausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Gut, zur abschließenden Beratung an den zuständigen Agrarausschuss überweisen! Wer die Drucksache 15/3366, den Antrag der Fraktion der FDP, verdeckte Feldbeobachtung in der Landwirtschaft, an den Agrarausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Konrad Nabel [SPD]: Verdeckte Ausschussüberweisung!)

Der Tagesordnungspunkt 22 hat damit seine Erledigung gefunden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

**Neue Partner und Nachbarn willkommen**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/3414

Ich weise hierzu zunächst darauf hin, dass der Antrag Drucksache 15/3381 von den Antragstellern zurückgezogen wird. Ich frage: Ist das der Fall?

(Ulrike Rodust [SPD]: Der Antrag, den alle unterschrieben haben, gilt!)

Beratungsgrundlage ist also der Antrag Drucksache 15/3414, der von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW unterschrieben worden ist. Zurückgezogen ist der Antrag Drucksache 15/3381.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ersetzt!)

- Dieser Antrag ist nicht mehr Beratungsgrundlage, ist also in dem neuen Antrag aufgegangen. Damit steht nur ein Antrag zur Debatte.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir in die Aussprache einsteigen, begrüße ich neue Gäste auf der Tribüne, und zwar die Frauen des

**(Vizepräsident Thomas Stritzl)**

Landfrauenvereins aus Hohenlockstedt. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir treten in die Aussprache zum Antrag Drucksache 15/3414 ein. Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich zunächst der Frau Abgeordneten Rodust.

**Ulrike Rodust [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 1. Mai 2004 wird ein Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union und in der Geschichte Europas. Zehn Staaten werden mit ihren Menschen und ihren Problemen zu uns kommen. Aus Partnern werden Nachbarn in der **europäischen Familie**. Unsere gemeinsame Resolution soll daher in zwei Richtungen wirken. Zum einen an die Adresse der Beitrittsländer. Da sagen wir: „Seid uns willkommen!“ Zum anderen an die Menschen in Schleswig-Holstein mit der Mitteilung: „Habt keine Angst!“

Viele Menschen bewegen Fragen, die sich aus dieser Erweiterung durch die mittelosteuropäischen und südosteuropäischen Staaten ergeben. Wichtig für uns ist: Welche Chancen ergeben sich für Deutschland, für Schleswig-Holstein, für jeden Einzelnen?

Dazu der frühere dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen:

„Europa ist nicht ein Teil des Problems oder das Problem selbst, es ist ein Teil der Lösung. Denn Europa ist mein Partner und nicht irgendein bürokratisches System.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Europa ist die Antwort auf viele Fragen, auch eine Antwort auf die Probleme, die sich aus der **Globalisierung** ergeben. Die **Europäische Union** ist sehr viel mehr als eine Wirtschafts- und Finanzunion. Allein die Perspektive auf eine europäische Mitgliedschaft brachte den neuen Nachbarn und Partnern bereits mehr Sicherheit in Hinsicht auf Stabilität, demokratische Entwicklung und friedliche Kooperation. Das bedeutet für die Zukunft keine Grenzschwierigkeiten mehr und mehr Möglichkeiten für die Lösung von Minderheitenkonflikten.

Eine zentrale Forderung in Europa ist und bleibt die Weiterführung und Durchsetzung des **Lissabon-Prozesses**, der die Beschäftigungssituation in den Ländern der Europäischen Union aktiv verbessern soll - allerdings unter den Bedingungen, ein „soziales Europa“ zu schaffen. Aus diesem Grund war die Politik des Landtages und der Landesregierung bezogen

auf die Ostseekooperation richtig und bleibt zukunftsweisend.

Wir in Schleswig-Holstein legen unser besonderes Augenmerk auf die neuen Mitglieder an der **Ostsee**. Diese europäischen Staaten bilden gemeinsam mit den russischen Ostseeregionen einen neuen Schwerpunkt in Europa. Die frühere Sowjetunion forderte als Schlagwort: „Die Ostsee soll ein Meer des Friedens werden“. - Nun, die UdSSR gibt es nicht mehr. Aber das Ziel ist erreicht. Das bedeutet aber auch eine Verpflichtung, die russischen Ostseeregionen und die Oblast Kaliningrad nicht von der Entwicklung abzukoppeln,

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr gut!)

damit der Friede auf Dauer erhalten bleibt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher nehmen wir die Forderung an die Bundesregierung und die Europäische Kommission sowie an die jeweilige Ratspräsidentschaft sehr ernst, die **Kooperation mit Russland** weiter zu intensivieren.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wie sie heute schon an der Westgrenze Deutschlands selbstverständlich ist, wird im **Ostseeraum** zu einer tragenden Säule werden. Die Kooperation mit den Regionen wird weiter eine besondere Bedeutung haben, da die Schwerpunkte einer gesamteuropäischen Politik künftig in der Politik für die Regionen liegen werden. Heißen wir die Menschen und Länder in der Europäischen Union herzlich willkommen. Für uns ist es eine große Chance.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 1. Mai 2004 erleben wir mit der Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern in die Europäische Union ein historisches Ereignis der modernen Geschichte, wie es sich kaum noch einmal wiederholen wird. Der Prozess der **Ost- und Südosterweiterung** wird in der Geschichte Europas beispiellos bleiben. Staaten, die kulturell immer zu Europa gehörten, die aber getrennt waren, erhalten endlich die Chance, am Projekt der europäischen Wiedervereinigung teilzunehmen. Wir

(Manfred Ritzek)

begrüßen alle Menschen der neuen Mitgliedstaaten - von Tallin bis Valletta - recht herzlich!

(Beifall im ganzen Haus)

Hoffen wir, dass die Menschen in den neuen zehn EU-Ländern auch uns alle sehr herzlich begrüßen.

Der Prozess der europäischen Wiedervereinigung ist eine ungeheure Herausforderung für alle Mitgliedsländer, für die alten und für die neuen. Die Zustimmung in Deutschland mit aktuell etwas über 50 % ist nicht gerade ein Zeichen des großen Vertrauens und der großen Sehnsucht nach dem neuen Europa. Haben wir es vielleicht nicht verstanden, den Menschen mehr Zustimmung für den europäischen Prozess zu vermitteln? Der gesamte Prozess ist noch nicht ungefährdet. Das beginnt mit der noch ausstehenden Zustimmung zur endgültigen Verabschiedung der **europäischen Verfassung** und endet nicht mit der Regelung der Arbeitsmärkte.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr richtig!)

Wir dürfen aber nicht aufhören, die Bedeutung der **Europäischen Union** mit all seinen **Kerninhalten** immer wieder nach draußen zu den Menschen zu bringen. Diese sind: die Friedenssicherung mit politischer Stabilität; die Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft, die Menschenrechte und Minderheitenschutz als hohe Aufgaben akzeptiert; die Stärkung der Völkerfreundschaft zwischen demokratischen Staaten und die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes, der unausweichlich auf der Grundlage der Solidarität beruht, wie auch der umfassende Einfluss auf bestimmte länderübergreifende Politikfelder. Das sind die Ziele, für die wir uns einsetzen sollten.

Es kommt aber auch entscheidend darauf an, die Ängste und Sorgen der Menschen - sowohl in den alten als auch in den neuen Mitgliedstaaten - ernst zu nehmen. Hier ist besonders auf Besorgnis erregende **Globalisierungsentscheidungen** hinzuweisen, die im eigenen Land und in der Region Arbeitsplätze gefährden oder auch vernichten können. Sofern die Politik - leider ist das so - durch falsche oder überzogene ordnungspolitische Rahmenbedingungen das Wirtschaften erschwert, also Motive für **Arbeitsplatzgefährdung** schafft, müssen wir diese Motive durch eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen minimieren. Immer neue Belastungen, Zwänge und Regulierungen sind keine Wegbereiter für die Zukunftsgestaltung mit den neuen Partnern.

(Beifall der Abgeordneten Werner Kalinka [CDU] und Joachim Behm [FDP])

Europa war und ist kein homogenes Paradies und es wird auch keines werden. Wir werden uns Mühe ge-

ben müssen, in allen 25 Regierungshauptstädten, in allen 25 Ländern, Europa bei dem Prozess der Wiedervereinigung zu begleiten. Die neuen Länder bringen viele Schätze, aber auch Eigenheiten mit, die unser soziales, kulturelles und auch wirtschaftliches Zusammenleben bereichern und herausfordern werden. Nur einige seien erwähnt:

Ein großer **Nationalstolz** zeichnet die neuen Länder aus, der im Falle Zyperns leider bisher durch die Übertreibung und daraus resultierende Ansprüche eine Einheit der Insel verhinderte.

Polens Selbstbewusstsein, aber auch seine Ansprüche, besonders im Agrarbereich, lassen keinen einfachen Partner erwarten. Die Religiosität der Bevölkerung wird hoffentlich nicht auf dem EU-Altar geopfert. Polen ist erwachsen geworden. Das werden wir merken und das haben wir auf unserer letzten Besuchsfahrt in Danzig gemerkt.

Der Löwe will nach Westen springen, so heißt es von der Slowakei. Sorgen und Hoffnungen bestimmen die Menschen. Die **Integrationsprobleme** der Roma wird die Europäische Union mit lösen müssen. Sechs Millionen Roma leben dann in dem Europa, das ab dem 1. Mai 2004 für alle da ist.

Slowenien, ein kleines Land mit 1,9 Millionen Einwohnern, zeichnet sich durch seine homogene Bevölkerung aus. Fast 90 % der Einwohner sind slowenischer Abstammung. 90 % der wahlberechtigten Bevölkerung stimmten im März 2004 für den Beitritt zur Europäischen Union.

Auch in Ungarn gab es eine Zustimmung von fast 84 %, aber nur knapp 46 % der Bevölkerung gingen dort zur Wahl. Ungarn lebt und pflegt seine alten historischen Traditionen und Kulturen. Das kommt besonders in der stark gelebten Familientradition zum Ausdruck. Auch deshalb verlassen die Ungarn nicht gern ihr Zehn-Millionen-Einwohnerland. Interessant ist, dass die meisten Deutschen mit mehr als zwei Dritteln der Befragten sich auf den Beitritt Ungarns freuen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, ich auch!)

Das kleine Malta ist zu klein für große Sünden - so sagt man. Es wird mit 400.000 Einwohnern das kleinste Mitgliedsland sein, aber mit unvergleichlichen Schätzen. 20.000 Menschen pro Quadratmeter schaffen allerdings auch Probleme.

Mit der Tschechischen Republik kommt ein neues EU-Mitglied dazu, das noch Problemlösungen für Folgen aus dem unseligen Zweiten Weltkrieg fordert.

(Manfred Ritzek)

Wir sind gespannt auf den Fortgang und die Einigung.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zu meinem Schlusssatz. - Unsere drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, überzeugen durch ihr Selbstbewusstsein, ihren Nationalstolz und den unbedingten Willen, ein hohes wirtschaftliches Niveau in kürzester Zeit zu erreichen. Sie sind uns alle schon sehr nah.

Wir werden uns auf den Ostseeraum konzentrieren, aber wir heißen alle zehn neuen Mitgliedstaaten herzlich willkommen in der Europäischen Union!

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Behm.

**Joachim Behm [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Als Estland vor drei Jahren überraschend im Traditionswettbewerb Grand Prix d'Eurovision triumphierte, war die Wiedervereinigung Europas greifbar, zumindest musikalisch. Zum 1. Mai dieses Jahres werden zehn neue Mitgliedstaaten in die Europäische Union eintreten, darunter natürlich auch Estland.

Die historische Bedeutung der **EU-Erweiterung** - und darin sind sich alte und neue Mitglieder einig - lässt sich dabei nicht in erster Linie mit Zahlen beschreiben. Entscheidend ist, dass die Union jetzt die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Ost-West-Teilung in Europa vollständig überwinden wird.

(Beifall bei der FDP)

Ein erster, aber nicht vergleichbarer Schritt dazu war die Einbeziehung des **ehemaligen DDR-Gebietes** in die EU nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Was erstmals im Westen schaurig als Eiserner Vorhang bezeichnet wurde, nämlich die Trennung zum Osten, wird nunmehr Binnengrenze genannt werden. Deutschland, das lange Zeit die längste EU-Außergrenze zu bewachen hatte, liegt jetzt im Herzen der Union. Gleichzeitig wächst die **EU-Bevölkerung** mit der Erweiterung am 1. Mai 2004 um fast 20 % auf über 450 Millionen Menschen. Damit erhöhen die beitretenden Staaten das Bruttosozialprodukt der EU um knapp 5 %.

Diese Zahlen zeigen allerdings auch die Probleme, die auf eine gemeinsame Union zukommen werden und die es gemeinsam zu lösen gilt. Zwar wächst die

Bevölkerung der EU um etwa ein Fünftel, die **Wirtschaftskraft** aber nur um 5 %.

Allein die Zahl der Beitragskandidaten und das damit verbundene wirtschaftliche und soziale Gefälle stellen die EU vor eine noch nie da gewesene politische und institutionelle Herausforderung. Der Union stehen dabei harte Interessenkonflikte und Auseinandersetzungen bevor, über die künftige Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, die Definition von **Fördergebieten** und Förderschwerpunkten und nicht zuletzt über die erforderlichen Mittel - zumal Bulgarien und Rumänien voraussichtlich im Jahr 2007 der Union ebenfalls beitreten werden.

Umso wichtiger ist es deshalb, die Ängste der Menschen vor einer gemeinsamen Union ernst zu nehmen. Diese Ängste können nur dann genommen werden, wenn die **ökonomischen Erwartungen** an die neue Europäische Union erfüllt werden. Die Neuen befürchten, von reichen Alt-Europäern ökonomisch überrollt oder gar aufgekauft zu werden, und die etablierten Mitglieder fürchten zu Zeiten schlechter wirtschaftlicher Entwicklung den Abbau von Arbeitsplätzen und die Verlagerung von Standorten. Die Umfragen hierzu sprechen eine deutliche Sprache.

Je näher die **Osterweiterung** der Europäischen Union rückt, desto skeptischer reagieren auch viele Mitbürger bei uns. Dabei spielt das Gefühl der Mehrheit der Deutschen, nicht ausreichend über die Europäische Union informiert zu sein, eine große Rolle. Deshalb muss es unser primäres Ziel sein, den Europäern diese Ängste durch Information und Aufklärung über die Vorteile der Union zu nehmen. Das Abstimmungsergebnis in **Zypern** hat gezeigt, dass die Ängste der Europäer vor einem fernen Brüssel, das die Verhältnisse vor Ort ohne große Rücksicht auf regionale und nationale Besonderheiten regelt, ernst genommen werden müssen. Dazu gehört, dass die neue **EU-Verfassung**, die ursprünglich ebenfalls bis zum 1. Mai unter Dach und Fach sein sollte, baldmöglichst als ein verbindendes Element geschaffen wird.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Damit bin ich bei meinen letzten Gedanken. Eine solche Verfassung kann den Bürgern das Gefühl vermitteln, dass die Institution der Gemeinschaft die große Erweiterung auch verkraften kann. Allerdings stelle ich mir die Frage, warum nicht eine Abstimmung der Bürger über die EU-Verfassung ein guter Einstieg in ein neues europäisches Bewusstsein sein kann.

(Beifall bei der FDP)

(Joachim Behm)

Eine solche Abstimmung hätte auch zur Folge, dass sich alle Europäer intensiver mit der Institution Europa auseinandersetzen müssten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen, meine Herren, wir Europäer wollen uns gemeinsam den künftigen Herausforderungen stellen - für eine friedvolle Zukunft. Das ist der Kern unserer Vision für Europa.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Am 1. Mai bekommt die europäische Familie Zuwachs. Wir freuen uns über die zehn neuen Beitrittsländer. Meine Fraktion freut sich, dass die **politische Einheit** der EU weiter voranschreitet.

Die europäische Integration ist die Antwort auf eine lange Periode eines schwierigen Gleichgewichts der Völker auf unserem Kontinent. In der Geschichte kam es immer wieder zu verheerenden Hegemonialkriegen und schließlich zu den beiden Weltkriegen von 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945.

Mit dem europäischen Einheitsgedanken soll das Prinzip der Balance of Power oder das Hegemonialstreben einzelner Länder überwunden werden. Dazu gehört aber auch, dass es zur Übertragung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an die **supranationale europäische Institution** kommt.

Schon Churchill hatte schon im Jahre 1946 in einer Rede die Vision eines einheitlichen Europas. Um dies zu erreichen, wurden seit 1951 viele Schritte eingeleitet. Der Grundgedanke, der hinter einem einheitlichen Europa steht, war und ist der Gedanke eines Europas der Bürger. Wir haben sehr viel geschafft. Aus einem begrenzten Kerneuropa im Westen des Kontinents, der Wirtschaftsgemeinschaft für Kohle und Stahl, ist nunmehr nach über 40 Jahren eine Staatengemeinschaft von 25 Mitgliedstaaten entstanden.

Dennoch gibt es in der Bevölkerung Ängste gegenüber der **Osterweiterung**. Der Gedanke, dass mit der Osterweiterung auch **Arbeitsplätze** aus Deutschland abgezogen werden, um im billigeren EU-Ausland zu produzieren, ist vorhanden. Allerdings widerspricht die Deutsche Wirtschaft selber dieser These. Sie sieht in der Osterweiterung einen guten Entwicklungs-

schrift. So sagte Ludolf von Wartenberg, der BDI-Hauptgeschäftsführer, in einem „Spiegel“-Interview am 9. Dezember, ein Wachstumsprogramm für ganz Europa werde die Osterweiterung sein. Für die deutsche Wirtschaft werde die Osterweiterung einen großen Schub bringen.

Das EU-Wirtschaftswachstum in den neuen Beitrittsländern, meinetwegen durch den Zuzug **mittelständischer Unternehmen**, den wir ja beobachten können, bringt erfahrungsgemäß auch in Deutschland Wachstum hervor. Wenn dort produziert wird, geschieht dies in der Regel mit einem sehr hohen Anteil in Deutschland gefertigter Komponenten.

Aber nicht nur in Deutschland sind diese Ängste präsent, auch in unseren Nachbarstaaten wie zum Beispiel in Polen wird die geplante Erweiterung mit Sorge betrachtet. Ängste vor steigenden Preisen bei gleichzeitig zögerlicher Angleichung der Löhne an das **EU-Niveau** sind dort allgegenwärtig. Dies hat meine Fraktion bei unserer Polenreise vor zwei Wochen in zahlreichen Gesprächen immer wieder erfahren. Das gilt insbesondere auch für die sehr kleinteilige polnische Landwirtschaft. Gerade in diesem Bereich bestehen die Befürchtungen auch zu Recht, denke ich.

Bei meinem Aufenthalt im Frühjahr dieses Jahres in Tschechien und in der Slowakei habe ich solche Vorbehalte und Ängste von den Menschen dargestellt bekommen. Man kann es ja auch vorausrechnen.

(Die Ministerpräsidentin bringt dem Redner ein Glas Wasser)

- Das ist nett, Frau Simonis. - Das ist eine Ministerpräsidentin! - Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich war also im Frühjahr in Prag, in der Slowakei und auch in Polen. Später war ich noch einmal mit der Fraktion in Polen. Selbstverständlich ist den Menschen klar, dass trotz eines sehr überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums die Angleichung an EU-Niveau mindestens 20 Jahre dauern wird. Das kann man ausrechnen. Gleichzeitig sind sie aber mit dem Preisniveau konfrontiert. Die Menschen haben Angst, dass sie bei den Löhnen nicht mithalten und den Lebensstandard der EU nicht bezahlen können.

Alle Mitgliedstaaten der EU haben einen gemeinsamen Entwicklungsprozess durchgemacht und stehen heute auf derselben **Entwicklungsstufe**. Schon in Artikel 2 der Charta der europäischen Identität heißt es, Grundwerte wie Toleranz, Humanität und Brüderlichkeit seien aus vielfältigen Wurzeln entstanden und

(Detlef Matthiessen)

in allen Ländern Europas verankert. Eine EU der Bürger ist auf gutem Wege. Packen wir es gemeinsam mit den zehn neuen Ländern an. Ich bin begeistert von der kulturellen Vielfalt, die ich bei meinen kurzen Besuchen dort kennen lernen durfte. Es gibt viele Traditionen in den neuen Beitrittsländern, die uns durch den früheren Eisernen Vorhang bislang recht unbekannt geblieben sind. Ich freue mich insbesondere auch auf die interessanten menschlichen Begegnungen. Ich denke, die kulturelle Vielfalt Europas muss erhalten werden. Ich will nicht, dass der europäische Einigungsprozess bedeutet: „Wi ward alle Amerikaners“. Ich glaube, das Motto muss heißen: Einheit in der Vielfalt. Willkommen Europa!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt seiner Sprecherin, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anfang der Woche nahm eine schleswig-holsteinische Delegation unter der Leitung von Landtagspräsident Heinz-Werner Arens in Danzig an einer Konferenz zur Gründung des „Parlamentsforums südliche Ostsee“ teil. Zentraler Gedanke der Veranstaltung war die Bildung von **Netzwerken** auf der Ebene der **Parlamente**. Akteure dieser Netzwerkbildung sind in diesem Zusammenhang die nordpolnischen Wojewodschaften Pommern und Westpommern und die beiden Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Folgerichtig wurde im Anschluss an das Treffen in Danzig von unserem Landtagspräsidenten und von dem Vorsitzenden des Sejmik der Wojewodschaft Westpommern eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen dem Sejmik und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag unterschrieben.

Am Vorabend der historischen **Osterweiterung der EU** zum 1. Mai ist dies ein ganz wichtiges Signal.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Mit dieser **regionalen Zusammenarbeit** leisten wir einen positiven Beitrag zur Integration der neuen EU-Länder, die an der Ostsee liegen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der SSW steht zu dieser verstärkten regionalen Zusammenarbeit, nicht nur, weil die **Ostseeregion** eine Wachstumsregion ist, sondern auch, weil diese Art der Kooperation aus unserer Sicht künftig noch an Gewicht gewinnen wird.

Eine EU der 25 wird eine andere EU sein als die der 15; da darf man sich nichts vormachen. Ein Merkmal dieser Zusammenarbeit ist ja, dass es bereits viele Gremien und viele Formen von **Netzwerken** gibt. Das ist ihre Stärke, genauso wie es auch zu ihren Stärken gehört, dass sie von unten gewachsen ist. Darüber sollten wir uns freuen. Mit diesem Pfund sollten wir weiterhin wuchern.

Anlässlich der EU-Erweiterung hat es verschiedene Umfragen gegeben. Aus vielen gehen Ängste hervor. Daher ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Osterweiterung für Schleswig-Holstein und für Deutschland sowie für den Rest der EU eine Chance darstellt.

Allerdings müssen wir uns auch dem Problem stellen, dass viele westliche Unternehmen wegen der niedrigen **Löhne** und der niedrigen **Steuern** ihre Arbeitsplätze in die neuen EU-Staaten verlagern, während bei uns viele Menschen ihre Arbeit verlieren. Daher brauchen wir beispielsweise EU-weite Regelungen für die Unternehmensbesteuerung und soziale **Mindeststandards**, die das massive Lohndumping verhindern.

Bei den Ängsten dürfen wir aber nicht vergessen, dass es auch in den Beitrittsländern Ängste gibt, zum Beispiel in Polen. Insgesamt dürfen wir nicht schönreden, dass wir in Deutschland Polen gegenüber eine besondere Verpflichtung haben, gerade wenn es um Vorurteile geht. Die Abstände sind geringer geworden. In den Köpfen der Menschen gibt es aber immer noch Barrieren, am meisten bei den Menschen, die keine Polen kennen. Darum sage ich: Es gehört zu den Erfahrungen des deutsch-dänischen Grenzlandes, dass das Erlernen der Sprache des Nachbarn die wichtigste Voraussetzung für die Durchlöcherung von Grenzen ist, der geografischen und derjenigen in den Köpfen der Menschen.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gerade diese Erfahrung, denke ich, wird in einer regionalen Zusammenarbeit dazu führen können, dass Menschen einander näher kommen und dass Vorurteile und Barrieren abgebaut werden können.

Zuletzt möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der dem SSW ganz besonders am Herzen liegt, nämlich

(Anke Spoorendonk)

die Frage der **Akzeptanz** einer größeren EU bei den Bevölkerungen Europas und die damit verbundene Frage, welche Verfassung sich Europa gibt und wie diese legitimiert wird. Auch wenn es ein Risiko darstellt, meinen wir weiterhin, dass die neue europäische Verfassung unbedingt durch eine **Volksabstimmung** in Deutschland bestätigt oder abgewiesen werden muss.

(Beifall beim SSW)

Aus demokratischer Sicht und um die Akzeptanz der EU in den Völkern Europas wirklich zu verankern, sollten in allen EU-Ländern entsprechende Volksabstimmungen durchgeführt werden. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess mitnehmen, wenn die historische Chance einer EU-Erweiterung genutzt werden soll.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt der Frau Ministerpräsidentin Simonis.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 1. Mai 2004 wird ein Tag sein, an dem wir uns daran zu erinnern haben, dass Europa einen neuen Charakter bekommen hat. Ost- und Westeuropa kommen endlich wieder zusammen. Die zehn neuen Mitglieder, die im Wesentlichen aus dem Osten kommen, werden uns bereichern: Estland, Litauen, Lettland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern.

Ein Europa der 25 mit rund 450 Millionen Menschen wird eine besondere Rolle zu spielen haben. Ein halbes Jahrhundert nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft markiert dieser Schritt einen großen Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft. Diese fünfte und zugleich größte Erweiterung steht für die Attraktivität der **europäischen Idee**. Endlich überwinden die Europäer die Folgen der fast 50-jährigen schmerzvollen Spaltung in Ost und West. Der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt hat mit seiner Ostpolitik eine neue Kultur des Vertrauens begründet, die jetzt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ihre Früchte trägt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerade für uns Deutsche hat diese **Erweiterung** der Europäischen Union eine besondere Bedeutung. Ohne Unterstützung aus Moskau und Danzig, aus Prag und Budapest wäre die Berliner Mauer wohl nicht gefal-

len. Ohne europäische Einigung hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben. Deshalb hat Deutschland eine besondere Verantwortung für Europa, die wir auch gern übernehmen wollen.

Mit der Aufnahme der zehn neuen Mitglieder wächst auch das politische, soziale, kulturelle und ökonomische **Potenzial** eines ganzen Kontinents wieder zusammen. Meist stehen in den europapolitischen Debatten dieser Tage die ökonomischen Themen, die Risiken und die Chancen im Vordergrund. Andere fallen da ein bisschen zurück. Doch auch die anderen Ziele sollten wir nicht aus dem Auge verlieren: die Wahrung von Frieden und Freiheit, von Demokratie und Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger. Kunst, Kultur, Wissenschaft, Filme, Literatur, das alles wird uns bereichern. Minderheiten werden eine neue Rolle spielen können. Schön für uns ist, dass Deutsch wieder in einem großen Rahmen gesprochen wird. Viele Menschen in den Beitrittsländern sprechen mit einer geradezu atemberaubenden Eleganz unsere Sprache, die wir in deren Sprache niemals erreichen würden. Daher bin ich manchmal ganz beschämt, wenn ich in Estland mit jemandem rede, der Deutsch parliert, dass es geradezu faszinierend ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Schaffen müssen wir allerdings auch, dass wir vom Frieden nach außen und von Mahnungen an andere nur dann reden dürfen, wenn wir den Frieden und die Konflikte innerhalb Europas gelöst bekommen. Es gibt bei uns eben noch Regionen, in denen Menschen nicht friedvoll leben wollen und können und andere bedrohen, verletzen, ja sogar mit dem Tode bedrohen.

Wir leben heute allerdings im Großen und Ganzen in einem wohlhabenden und friedlichen Europa, in dem Kriege weit entfernt zu sein scheinen. Andere Regionen der Welt beneiden uns um diesen Zustand. Europa kann zu einem Modell für friedliche und **demokratische Entwicklungen** in der Welt werden, wenn es zeigt, dass es mit seinen **Minderheiten** ordentlich umgeht, dass es sich darum bemüht, dass alle die gleiche Chance bekommen, dass junge Menschen eine Ausbildungschance bekommen. Erst dann, wenn wir diese Aufgaben für uns alle im großen Europa lösen, können wir von den anderen erwarten, dass sie bei uns ein bisschen abgucken und es übernehmen.

Die Landesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Kommission mit einem neuen Nachbarschaftsprogramm im Besonderen die Zusammenarbeit mit Russland vertiefen will, damit dieses sich nicht ausgeschlossen oder gar von Europa bedroht fühlen.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Die Menschen in den Beitrittsländern haben in der letzten Zeit überragende Leistungen erbracht. Angesichts des Hanges der Deutschen, bei Schwierigkeiten zunächst in tiefe Depression zu verfallen, vermag ich mir gar nicht auszumalen, was passiert wäre, wenn man uns gesagt hätte: Nehmt euer altes System, das ihr kennt, schmeißt es weg und nehmt ein anderes, entgegengesetzt wirkendes. - Ich glaube, wir würden uns heute noch fragen, wer uns das angetan hat, bevor wir überhaupt nur den ersten Schritt getan haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Osten mussten sich innerhalb weniger Jahre in einem radikal anderen Gesellschaftssystem zurechtfinden, und dies unter großen wirtschaftlichen und auch sonstigen Opfern, aber immer in dem Vertrauen darauf, dass am Ende etwas Besseres, etwas wirtschaftlich Sichereres und etwas steht, das in die Zukunft führen wird. Die Umbrüche, die sie erlebt haben, die sie überwunden und gemeistert haben, waren wirklich fundamental und haben das Äußerste von ihnen verlangt.

Die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer haben in den vergangenen Jahren ebenso radikalen wie erfolgreichen **Strukturwandel** vollzogen, der wirklich unseren Respekt verdient. Sie haben Mut und Gestaltungskraft bewiesen. Sie haben bewiesen, dass sie Visionen haben, und sie haben Ausdauer bewiesen. Wenn man sich das vor Augen hält, dann sollten uns die vielen positiven Erfahrungen aus den neuen Mitgliedstaaten Mut machen. Sie sollten uns im Grunde genommen verbieten, immer nur von den Risiken zu reden, sondern uns ermuntern, auch und in erster Linie von den Chancen zu sprechen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Schleswig-Holstein begrüßt die neuen EU-Mitglieder. Mit unseren Partnern in der **Ostseeregion** werden wir unsere erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen und sie in vielen Bereichen noch intensiver gestalten. Mit der Osterweiterung der EU wächst das Gewicht des Nordens in Europa. Das ist auch gut so; denn auch dazu haben wir ein Stück mit beigetragen. Dazu wollen wir auch in Zukunft mit beitragen. Diese Chancen will die Landesregierung gemeinsam mit Ihnen und den vielen anderen Akteuren im Lande nutzen, für Schleswig-Holstein, für die gesamte Region, für das Mare Balticum und alle Anrainerstaaten, die in der Zwischenzeit gute Freunde von uns geworden sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Gehe ich richtig in der Annahme, dass der fraktionsübergreifende Antrag „Neue Partner und Nachbarn willkommen“ heute in der Sache abgestimmt werden soll? - Wer diesem Antrag Drucksache 15/3414 - „Neue Partner und Nachbarn willkommen“ - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit hat der Schleswig-Holsteinische Landtag einstimmig so beschlossen. Der Tagesordnungspunkt 29 ist damit erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich bekannt geben: Der Tagesordnungspunkt 41 ist von der Tagesordnung abgesetzt und übereinstimmend für die nächste Tagung im Mai vorgesehen. Darüber hinaus möchte die Gelegenheit nutzen, die Vorsitzende des Hauptausschusses des Kreistages von Ostholstein, Frau Elisabeth Pier, hier im Landtag zu begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Bekämpfung der Internetkriminalität**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3373

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, unser Kollege Thorsten Geißler.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Internet hat die Wissens- und Kommunikationsgesellschaft revolutioniert. Nie war es so einfach und in so kurzer Zeit möglich, sich Informationen zu verschaffen und diese zu verbreiten. Nie war es so einfach, weltweit zu kommunizieren. Für jede demokratische Gesellschaft ist dies ein großer Fortschritt. Das Internet aber ist auch der Alptraum jedes Diktators. Nicht umsonst unternehmen autoritäre Staaten umfangreiche Bemühungen, um ihren Bürgern den Zugang zum **Internet** zu verwehren oder aber **Nutzungsmöglichkeiten** einzuschränken. Leider gilt dies auch für Staaten, in denen ansonsten hoffnungsvolle Zeichen einer Öffnung und Demokratisierung vorhanden sind. Gerade haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass in China in den letzten Wochen mehrere Tausend Internet-Cafés auf staatliche Anordnung

(Thorsten Geißler)

geschlossen worden sind. Darüber werden wir mit unseren chinesischen Freunden sprechen müssen.

(Vereinzelter Beifall)

Die ganz überwiegende Anzahl der Nutzer des Internets verhält sich rechtstreu. Ich hatte Gelegenheit, bei einer Anhörung zum Telekommunikationsgesetz in Berlin teilnehmen zu dürfen. Einer der Provider nannte mir folgende Zahlen: Er bekomme 75 Millionen Verbindungsdaten pro Tag. Wenn man die über einen Zeitraum von sechs Monaten archivieren, ausdrucken und in Ordner stellen würde, würde sich eine Kette von 1.500 km ergeben. Nur 6 m dieser Aktenbestände würden Daten beinhalten, in denen sich Hinweise für strafbare Handlungen ergeben, also eine kleine Zahl.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die **Internetkriminalität** ist aber in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Im Jahr 2002 wurden über 57.000 Fälle von Computerkriminalität erfasst. Von einem immensen Dunkelfeld ist auszugehen. Dabei reicht die Bandbreite der Delikte von der Verbreitung von Kinderpornographie und extremistischer Propaganda über das betrügerische Anbieten von Waren und Dienstleistungen, den Kreditkartenbetrug und das verbotene Glückspiel bis hin zur unlauteren Werbung, Urheberrechtsverletzung sowie zum illegalen Verkauf von Waffen, Betäubungsmitteln und Medikamenten.

Wir brauchen wirksame Instrumente zu einer Bekämpfung der Computerkriminalität. Dabei dürfen wir nicht vergessen: In der **Informationsgesellschaft** ist das **Telekommunikationsgeheimnis** ein zentrales Grundrecht, das nicht nur das Individualinteresse, sondern auch das Gemeinwohl schützt. Manche Vorschläge schießen ohne Zweifel über das Ziel hinaus. Aber Gott sei Dank gibt es auch Vorschläge, die konstruktiv sind. Ich zitiere aus dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Mehr Wettbewerb, Wachstum und Innovation an Telekommunikation schaffen“ vom Januar 2004:

„Eine generelle und undifferenzierte Vorratsspeicherung von Verkehrsdaten ist aus Datenschutzgründen - Grundsatz der Datenvermeidung und Datensparsamkeit - sowie der Beschränkung der weiteren Verwendung auf wenige begründbare und nachvollziehbare Einzelfälle bedenklich und würde darüber hinaus zu einer unverhältnismäßigen finanziellen Belastung der Telekommunikationsunternehmen führen.“

Meine Damen und Herren, ich bin sehr gespannt auf den Beitrag der Landesregierung, denn der Herr In-

nenminister hat noch vor wenigen Wochen die Nutzung von Internetdaten, den Zugriff auf **Providerdaten** gefordert. Nun habe ich mir einmal die Protokolle des Bundesrates angesehen. Was hat Schleswig-Holstein bei der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat gemacht? - Es hat sich der Stimme enthalten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, Hört!)

Das ist mir zu wenig. Ich will wissen: Was will die Landesregierung in dieser wichtigen Frage?

(Beifall bei der CDU)

Denn Veränderungsbedarf gibt es durchaus. Das sagen auch Datenschützer. Wenn im Internet verdachtsunabhängige oder auch begründete **Kontrollen** stattfinden und sich der Verdacht ergibt, dass **Straftaten** geplant und durchgeführt werden, müssen vorhandene Daten gesichert werden und es muss ein schneller Zugriff auf zukünftige Daten erfolgen. Das ist nicht zuletzt aufgrund der Flüchtigkeit von Internetdaten von großer Bedeutung. Oft geht es um Sekunden oder Minuten. Nach der gegenwärtigen Rechtslage ist dies nur nach richterlicher Anordnung möglich, bei Gefahr in Verzug durch die Staatsanwaltschaft. Wenn es um Sekunden und Minuten geht, ist das häufig ein zu großer Aufwand und macht eine effektive Strafverfolgung und Verhinderung künftiger Straftaten nicht möglich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch, Herr Kollege Kubicki. Darüber habe ich mich mit Polizisten und **Datenschützern** intensiv unterhalten. Sie haben das beide bestätigt. Das wird sich im Rahmen der Anhörung auch bestätigen, wenn wir sie denn durchführen werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Durch unseren Antrag würde eine umgehende Datensicherung ermöglicht. Die Auswertung wäre der richterlichen Anordnung vorbehalten. Im angelsächsischen Sprachraum firmiert dieses Instrument unter der Bezeichnung „Quick freeze fast thaw“, schnelles Einfrieren, zügiges Auftauen.

Wir müssen darüber hinaus den Deliktatalog des **§ 100 a Strafprozessordnung** um einige schwere Straftaten ergänzen, die gerade bei der Bekämpfung der Internetkriminalität eine Rolle spielen. All dies tun wir in einer verfassungsrechtlich einwandfreien und datenschutzgerechten Form. Das werden die Datenschutzbeauftragten in einer Anhörung bestätigen. Wir wahren das Recht auf Anonymität all derje-

(Thorsten Geißler)

nigen, die das Internet rechtstreu nutzen und keinen Verdacht auslösen. Zugleich ermöglichen wir ein zielgerichtetes und schnelles Vorgehen gegen Personen, die sich dem Verdacht ausgesetzt haben, das Internet für kriminelle Zwecke zu missbrauchen. Eine vergleichbare Regelung gibt es bei uns bereits im Wertpapierhandelsgesetz. Sie ist gleichermaßen von Strafverfolgern wie von Datenschützern begrüßt worden.

Terrorismus und Kriminalität bedrohen unsere offene und freiheitliche Gesellschaft. Wir müssen die Waffen des **Rechtsstaates** zur Bekämpfung dieser Übel beständig verbessern und schärfen. Aber wir müssen dies auf eine Weise tun, die den Freiheitsraum der rechtstreuen Bevölkerung nicht unangemessen einschränkt. Das sind schwierige Abwägungsentscheidungen. Wir tragen diesen Gesichtspunkten in unserem Antrag beidermaßen Rechnung. Daher bitte ich Sie alle sehr herzlich um Unterstützung für unsere Initiative.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Thomas Rother. - Ich möchte darauf hinweisen: Dies war der letzte offizielle Redebeitrag des Kollegen Geißler hier im Parlament.

(Beifall im ganzen Haus)

**Thomas Rother [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Thorsten Geißler, erst einmal möchte ich mich für Ihre Positionierung in vielen Debatten zum Thema „Datenschutz“ bedanken. Die Unterschiede in dieser Frage waren in der Vergangenheit zwischen unseren Fraktionen nicht allzu groß. Ich hoffe, dass mit oder trotz Ihrem Ausscheiden aus dem Landtag der Datenschutz auch weiterhin in der CDU-Fraktion Gehör finden wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nichtsdestotrotz natürlich ein paar kritische Anmerkungen zum CDU-Antrag und vor allen Dingen auch für das Hineingemuse von etwas, was in dem Antrag gar nicht drinsteht, nämlich der Bezug auf die Diskussion über das **Telekommunikationsgesetz** im **Bundesrat**. Das habe ich in dem Antrag nicht wieder gefunden; die Vorratsdatenspeicherung, sechs Monate, die sogar im Entwurf der Bundesregierung mit drin ist, ist gar nicht Gegenstand des Antrages. Das sollte deshalb auch aus der Debatte herausgehalten

werden. Das werden wir sicherlich im Zuge der Diskussion der Vorschläge der Innenministerkonferenz, der Vorschläge, die auch Innenminister Buß gemacht hat, im Innen- und Rechtsausschuss tun. Das steht hier aber so nicht drin.

Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion will eine **Erweiterung des Straftatenkatalogs**, für den eine Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation angeordnet werden darf, wenn ein entsprechender Anfangsverdacht begründet wird. Diese Ergänzung erscheint auf den ersten Blick sinnvoll. Damit soll eine Anpassung der Strafprozessordnung an die technologische Realität erfolgen. Herr Geißler hat versucht, das zu begründen. Allerdings ist Telekommunikation nicht nur Internet, das kann man auch über das Fax-Gerät, über das Telefon machen. Alle diese Möglichkeiten sind in § 100 a der **Strafprozessordnung** zusammengefasst.

Es ist also sinnvoll, wenn wir im Innen- und Rechtsausschuss auch die Aussagen und den Sachverstand von Kriminologen heranziehen würden, um hier tatsächlich eine qualifizierte Auswahl für eine Bundsratsinitiative, die dann möglich werden könnte, treffen zu können. Diese Initiative sollte den Anforderungen einer wirksamen Strafverfolgung entsprechen, ein reiner Wunschzettel reicht hierfür nicht aus.

Dabei muss natürlich auch der Umfang des **Grundrechtseingriffs** durch eine solche Regelung vor Augen geführt werden. Außerdem darf man natürlich nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen. Man muss schauen, ob das wirklich relevant ist bei den hier aufgeführten Straftaten, eine solche Änderung vorzunehmen, oder ob man da nicht einmal ganz andere Dinge ins Visier nehmen müsste.

Ebenso sind die Stellungnahmen von Praktikern erforderlich, inwieweit die Polizei die Anordnung der Speicherung der Verbindungsdaten treffen sollte. Nach § 100 b der Strafprozessordnung darf das ja jetzt nur durch den Richter oder bei Gefahr in Verzug durch den Staatsanwalt angeordnet werden. Da sind wir bei einem Thema, das wir auch schon bei der Durchführung der DNA-Analyse hier diskutiert haben, das hier eine Rolle spielt, nämlich inwieweit von dem Richtervorbehalt abgewichen werden sollte oder ob man das Verfahren effektiver gestalten kann.

Ich denke, bei der letzten Möglichkeit werden wir uns sicherlich ein Stück näher kommen. Oder wollen Sie eine Differenzierung von der **Erhebung von Verbindungsdaten**, also wer wann und wie viel an Daten übermittelt hat und der Aufzeichnung der Inhalte? Soll das getrennt werden? Das wird aus dem Antrag alles nicht so klar. Der Antrag ist dort nicht so fürch-

(Thomas Rother)

terlich präzise und es ist einiges an Sortierarbeit aus unserer Sicht notwendig, um aus diesem Antrag noch etwas Sinnvolles zusammenzubasteln. Wir brauchen uns an dieser Stelle aber nicht lange zu zerstreiten. Wir würden den Vorschlag gern im Ausschuss überprüfen und dort zu einer sachlichen Positionsfindung kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte diesen Antrag zum Anlass nehmen, um mich im Namen meiner Fraktion vom Kollegen Geißler zu verabschieden. Er macht uns mit diesem Antrag sein Abschiedsgeschenk und stellt sicher, dass wir auch nach seiner aktiven Zeit im Landtag noch über ihn sprechen werden. Kollege Geißler, wir wünschen Ihnen im neuen Amt als Innensenator der Stadt Lübeck alles Gute.

(Beifall)

Das Lob und die Anerkennung kann ich leider nicht auf den Inhalt des Antrages beziehen, bei aller positiven Einschätzung des Kollegen Rother im Vorfeld. Ich formuliere es einmal höflich, lieber Thorsten: Wir stehen dem Anliegen der Union, die Befugnisse der **Polizei** bezüglich **Internetdaten** auszuweiten, zurückhaltend gegenüber. Der Antrag ist aus unserer Sicht kognitiv suboptimiert. Ich bin es langsam leid, immer wieder die gleichen Grundsatzreden zu Anträgen aus Wadephuls Law-and-Order-Stübchen, Geißlers Gemischtwarenladen für Sicherheitsbedarf, Lehnerts Boutique für Ordnungsartikel oder Schlies Security-Shop zu halten. Aber es geht wohl nicht anders.

Alle Anträge, die aus den Reihen der Union zum Thema „Innen“ kommen, zielen darauf ab, die **Eingriffsbefugnisse** staatlicher Ermittlungsorgane gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erweitern. Wenn die Union dies mit der Absicht betreibt, den Innenminister des Landes vor sich herzutreiben, und den Eindruck kann man ja nach der gestrigen Debatte zum Ausländerrecht bekommen, dann lassen Sie sich gesagt sein, dass die Themen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und auch Sicherheit zu wichtig sind, um damit politische Ränkespielchen zu betreiben.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden auf jeden Fall nicht zulassen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Grundrechten für ein paar Wahlprozente bei der Union bezahlen.

Wir stimmen mit der Union darin überein, dass der Bereich der **Internetkriminalität** immer bedeutender wird und sich auch die Strafverfolgungsbehörden dieses Problems immer intensiver annehmen müssen. Die Union fordert von der Landesregierung eine Initiative zur Änderung des **Telekommunikationsgesetzes** und der **Strafprozessordnung**. Die Union will, dass künftig die Polizei in die Lage versetzt wird, Internet Providern die Löschung bereits gespeicherter Verbindungsdaten zu untersagen beziehungsweise die **Speicherung** künftiger Verbindungsdaten anzuordnen. Das soll die Polizei dann dürfen, wenn Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand Täter oder Teilnehmer an einer Straftat im Sinne des **§ 100 a der Strafprozessordnung** ist. Gleichzeitig wird der genannte § 100 a der Strafprozessordnung um die genannten fünf Punkte erweitert, die im Antrag stehen, und fertig ist die Reform.

Auch hier ist die Erweiterung von Ermittlungsmöglichkeiten keine Lösung des eigentlichen Problems, Kollege Geißler. Das Problem - da muss ich mich auch ständig wiederholen - liegt in der mangelnden **Sach- und Personalausstattung** der Polizei. Zwar hat sich die vor einigen Jahren noch katastrophale Ausstattung der Polizei mit Rechnern insbesondere durch das Sicherheitspaket ein wenig verbessert, die Lage ist aber auch heute noch alles andere als rosig. Es fehlt beispielsweise an den so genannten Stand-alone-PCs in den Dienststellen. In ganz Schleswig-Holstein haben wir ganze vier deliktübergreifende Datenverarbeitungsgruppen oder die DüDVGs.

Es kann auch nicht sein, und das ist ein Appell an die Landesregierung, dass bisher nur Bayern das einzige Bundesland ist, welches das Internet von **Polizeibeamten** nach strafrechtsrelevanten Inhalten durchsuchen lässt. Bei uns gibt es nach Auskünften aus der Polizei solche **Internetstreifen** jedenfalls nicht. Wir sind vielmehr davon abhängig, dass die bayerischen Beamten ihre Kollegen in Schleswig-Holstein informieren, wenn sie entsprechende Inhalte gefunden haben und die Zuständigkeit in Schleswig-Holstein liegt. Das alles sind Zeit verzögernde Faktoren, die dazu führen können, dass entsprechende Anordnungen im Ermittlungsverfahren zu spät erfolgen und so Erfolge verhindern. Es ist kein Begründungselement, warum wir die **Anordnungsbefugnis** von der **Staatsanwaltschaft** beziehungsweise von den Richtern auf Polizeibeamte übertragen müssen. Dort, Kollege Geißler, bei der Ausstattung müssen wir ansetzen und nicht im Gesetzestext, obwohl es nach unserer Auf-

(Wolfgang Kubicki)

fassung durchaus Ergänzungsbedarf zum § 100 a StPO gibt.

So haben die **Strafverteidigerverbände** in einer gemeinsamen Stellungnahme vom März 2004 zu Recht festgestellt, dass bei der Telefonüberwachung nach § 100 a StPO eine Ausnahmeregelung für die **Zeugnisverweigerungsberechtigten** völlig fehlt. Dort besteht in der Tat Regelungsbedarf. Durch die Gesetzeshektik des Bundesinnenministers und entsprechender ihn unterstützender Kräfte kommen wir aber immer mehr zu unausgewogenen Regelungen im Verhältnis Verfolgungsmöglichkeiten und der **Abwehrrechte** der Bürgerinnen und Bürger, die in einem Rechtsstaat unabdingbar sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, kümmern Sie sich mit uns lieber darum, dass Polizei und Justiz ordentlich ausgestattet werden, dann sind Sie auf der richtigen Seite. Wir werden selbstverständlich, Kollege Geißler, deinen Antrag sehr sorgfältig beraten, unser Fachwissen einbringen. Vielleicht kommen wir doch zu einer Lösung, die deinen datenschutzrechtlichen Überlegungen entspricht und gleichzeitig das Gewicht zwischen Verfolgungsbehörde und Justiz in dem Lot belässt, in dem es sich gegenwärtig befindet.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Irene Fröhlich.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Geißler! Das **Internet** hat uns bekanntermaßen nicht nur den Segen der **vereinfachten Kommunikation**, sondern auch neue Formen der Kriminalität gebracht. Mittlerweile sind Internetkriminalität, Computerkriminalität oder auch Cybercrime allgemein gebräuchliche Begriffe in der Sicherheitsdebatte. Das Internet ist dennoch kein Hort des Verbrechens. Der Computer ist nicht bereits als solcher ein Medium, das stärker als andere **Kriminalität begünstigt**.

Die Tatsache, dass es in Computernetzen auf Grund der ohnehin anfallenden Datenspuren leichter ist, umfangreiche **personenbezogene Informationen** zu erheben, darf nicht zur Folge haben, dass dort die Schwelle für **Eingriffe** in Rechte von Unbescholtenen insgesamt sinkt. Dennoch können und sollen die Datenspuren selbstverständlich zur Strafverfolgung genutzt werden, wenn konkrete Hinweise auf eine Straf-

tat vorliegen. Insofern halte ich den ersten Teil des CDU-Antrages für einen bedenkenswerten Vorschlag. Der so genannte „Quick Freeze“, das schnelle Einfrieren von Verbindungsdaten, kann der Strafverfolgung dienlich sein. Die nachträglicher richterliche Anordnung ist geeignet, missbräuchlicher Anwendung dieses Instruments vorzubeugen. So weit so gut.

Der zweite Teil des Antrages allerdings, die Erweiterung des **Delikt catalogs** in § 100 a Strafprozessordnung hat dann allerdings nicht mehr nur mit Internetkriminalität zu tun, wie uns die Überschrift des Antrages glauben machen will. Es wird hier vielmehr ein ganz neues Fass aufgemacht. Die Befugnis des § 100 a umfasst nämlich nicht nur die Überwachung des Internetverkehrs, sondern die gesamte **Telekommunikationsüberwachung**, sprich, insbesondere auch das Abhören von Telefonen, das ja dann schon eine ganz andere Eingriffsqualität hat als die Speicherung von **Internetverbindungsdaten**.

Deutschland - das will ich bei dieser Gelegenheit sagen - ist unter den Spitzenreitern der **Telefonüberwachung**. In kaum einem anderen demokratischen Staat wird so viel mitgelauscht wie bei uns. Hierbei werden die gesetzlichen Rechte der Betroffenen, und das sind ja nicht nur die Verdächtigen, sondern auch die Familienangehörigen und andere, häufig nicht gewahrt. Statistiken und Untersuchungen wie jüngst die Studie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht zeigen dies immer wieder auf.

Vor diesem Hintergrund stehe ich einer Erweiterung des Delikt catalogs skeptisch bis ablehnend gegenüber. Eine Ausweitung des Delikt catalogs lediglich im Hinblick auf das Einfrieren von Internetverbindungsdaten könnte sinnvoll sein. Dazu müssten dann natürlich die §§ 100 a ff. ganz neu gefasst werden. Wir werden sicherlich in den Ausschussberatungen ausführlich darüber sprechen. Möglicherweise kommen wir ja zu dem Schluss, dass wir künftig dann auch Innensensoren oder Dezernenten aus anderen Kreisen für die Anhörung brauchen und um Stellungnahme bitten werden. Ich bin gespannt, was die uns für eine Stellungnahme schicken werden.

Ich will jedenfalls die letzten mir noch verbleibenden Sekunden nutzen, um, Herr Geißler, mich bei Ihnen persönlich ganz herzlich zu bedanken für eine jederzeit faire, freundliche, manchmal streitbare, aber immer gute Zusammenarbeit. Vielen Dank und alles Gute für Sie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU beschäftigt sich zunächst mit der Ausweitung der Katalogstraftaten des § 100 a Strafprozessordnung und mit der Ausweitung der Befugnisse der Staatsanwaltschaft auf die Polizei bei Gefahr im Verzug.

Die Erweiterung der Katalogstraftaten des § 100 a StPO bedeuten, dass die für die Telekommunikationsüberwachung erforderlichen **Ermittlungsverfahren** wegen bestimmter Strafverfahren meiner Ansicht nach immer unklarer werden.

§ 100 a StPO enthält heute bereits viele Straftaten, bei denen es nicht ersichtlich ist, warum sie gerade in diesen Katalog aufgenommen wurden. Nach unserer Ansicht wäre es sicherlich wünschenswert, im Bereich des sexuellen Missbrauchs und der Kinderpornographie den Katalog zu erweitern. Der schwere Menschenhandel, der in Ihrem Antrag ebenfalls angesprochen wurde, ist aber bereits heute im Katalog genannt. Es gibt noch einen Paragraphen des StGB, den ich leider gar nicht finden konnte, der aber laut Ihres Antrags auch aufgenommen werden sollte. Deshalb ist die Liste der Erweiterungen genau zu überprüfen.

Ich vermisse - das will ich hier auch sagen - eine Begründung dafür, warum gerade diese in Ihrem Antrag genannten Taten dringend zum Bereich des 100 a StPO hinzugefügt werden müssten. Nach unserer Ansicht wäre es sinnvoller, den gesamten § 100 a StPO einer Revision zu unterziehen. dann müsste geschaut werden, welche **Straftaten** dazugehören und ob die **Verhältnismäßigkeit** der danach erlaubten Eingriffe für bestimmte Straftaten überprüft ist.

Sie wissen vielleicht auch, dass gerade die Einfügung der Geldwäsche in den Katalog sehr umstritten war, da dieser **Straftatverdacht** der Eingang für Ermittlungen zu nicht im Katalog genannter Straftaten sein kann.

Ein weiterer Punkt des Antrages erfasst die Ausweitung der **Befugnisse der Polizei** bei Gefahr im Verzug. Hier frage ich mich, ob dieser Schritt erforderlich ist. Zurzeit darf nach § 100 b StPO die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation nur

durch einen Richter angeordnet werden; auf den Richtervorbehalt lege ich weiterhin Wert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Bei Gefahr im Verzug kann diese Anordnung auch durch den **Staatsanwalt** erfolgen. Dies muss dann hinterher aber richterlich bestätigt werden. Das gilt - das hatten Sie auch in Ihrem Antrag ausgeführt - gegebenenfalls auch für die Polizei.

(Beifall bei SSW und FDP)

Kollegin Fröhlich hatte schon die Untersuchung des Max-Planck-Institutes Freiburg genannt. Aus dieser Untersuchung ergibt sich nicht, warum eine Ausweitung der Befugnisse auf die Polizei erforderlich sein soll.

Ich gehe davon aus, dass die Justizministerin dazu gleich Stellung nehmen wird. Denn ich meine, dass es jederzeit für die Polizei in Schleswig-Holstein möglich ist, einen Staatsanwalt zu erreichen, der sehr kurzfristig diese Anordnung erteilen kann.

Ich sehe folgendes Problem: Wenn die **Polizei** diese Ermittlungen führt, muss sie trotzdem die Anforderungen nach § 100 b StPO genau prüfen. Die Überwachungsanordnung muss die Telekommunikation betreffen, der Tatverdacht muss aufgrund bestimmter Tatsachen belegt werden, der Verdacht muss sich auf eine Katalogstraftat beziehen und andere Aufklärungsmittel dürfen nicht vorliegen oder nicht ausreichend erfolgversprechend sein. Hier werden also sehr hohe Anforderungen an die Qualität der Überprüfung durch die Polizei gestellt. Das halte ich für sehr schwierig, wenn die Polizei in diesen Ermittlungen steckt. Wenn der **Staatsanwalt** aber eingeschaltet wird, kann spätestens er die Anforderungen nach § 100 b StPO prüfen.

Deshalb habe ich im Moment Bedenken gegen diesen Antrag. Wir werden uns im Ausschuss darüber unterhalten.

An dieser Stelle möchte ich mich bei dir, lieber Torsen, bedanken. Ich darf darauf hinweisen, dass ich in diesem Fall keinerlei datenschutzrechtlichen Bedenken äußern konnte, was auch nicht so angebracht wäre. Denn gerade im Bereich des Datenschutzes bist du fit. Aber hier sind es mehr die rechtsstaatlichen Bedenken, die ich habe. Vielen Dank für die streitbare Kultur mit dir und viel Erfolg für die Zukunft!

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Justizministerin Lütkes.

**Anne Lütkes**, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unstreitig hat die Internet-Kriminalität mit der immer stärkeren Nutzung des Internets eine sehr große Bedeutung erlangt. Unstreitig ist, dass diese Form der **Online-Kriminalität** wegen der nur telekommunikativen Verbindung zwischen Täter und Opfer ein anderes Herangehen durch die Strafverfolger notwendig macht als die so genannte körperliche Kriminalität. Unstreitig ist auch, dass die bisherigen strafprozessualen Befugnisse immer wieder auf den Prüfstand müssen, um die Effektivität der Strafverfolgung auch für die Zukunft zu sichern.

Die rot-grüne Bundesregierung ist sich dieser Herausforderung bewusst und sie handelt bei der Bekämpfung der Internet-Kriminalität bewusst und zieht die nötigen politischen Konsequenzen, insbesondere auf **internationaler Ebene**, zum Beispiel bei der Aushandlung der so genannten Cyber-Crime-Convention, bei den Verhandlungen auf G8-Ebene, im Europa-Rat und insbesondere in der Europäischen Union.

Diese Art der Kriminalität ist nicht allein im nationalen Rahmen zu bekämpfen. Die Landesregierung unterstützt deshalb die Intentionen der Bundesregierung, ein globales **Netz der Kontaktstellen der Strafverfolgungsbehörden** herzustellen. Aber auch im nationalen Rahmen bedarf es der Neuordnung; ich verweise auf die Neuordnung der Überwachung der Telekommunikationsmöglichkeiten.

Durch das bereits erwähnte Gutachten des Max-Planck-Instituts in Freiburg ist ein Novellierungsprozess in Gang gesetzt worden, der aus meiner Sicht durch die Bundesregierung in verfassungsrechtlich sehr sorgfältiger Weise geführt wird. Er wird unter anderem durch ein sehr bemerkenswertes Gutachten des Strafrechtsausschusses des Deutschen Richterbundes unterstützt.

Diese Debatte ist zu führen. Allerdings geht es hierbei darum, Ermittlungsbefugnisse zu garantieren, die auch mit den Grundrechten und mit unserer demokratischen Rechtsordnung im Einklang stehen.

Die Urteile des **Bundesverfassungsgerichts** zum **großen Lauschangriff** und zur präventiven Telekommunikationsüberwachung vom 3. März dieses Jahres müssen Mahnung sein, dass bei allen Sicherheitsbestrebungen nicht die konstituierenden Bedingungen unseres Rechtsstaats aus dem Auge verloren werden.

Die Landesregierung verfolgt auf dieser Basis sehr intensiv problemorientierte Initiativen, die der CDU-

Antrag überhaupt nicht erahnen lässt. So hat Innenminister Buß als Vorsitzender der Innenministerkonferenz eine Vielzahl von Prüfaufträgen vergeben, die zum Teil auch öffentlich diskutiert werden. Er hat für Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem unabhängigen **Datenschützer** die Initiative übernommen und veranstaltet beispielsweise in zwei Wochen einen bundesweiten Workshop, bei dem Strafverfolger, Provider und Datenschützer gemeinsam einen adäquaten Ausgleich der Interessen unter Berücksichtigung der aktuellsten Entwicklungen im Bereich der Technik, aber auch im Bereich der Kriminalität diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Tatsächlich bringt uns der Vorschlag - so Leid es mit tut, Herr Geißler - in der Sache wenig weiter. Nur der Ordnung halber: Die **Vorratsdatenspeicherung** sehe ich nach wie vor kritisch. Richtig und wichtig ist es, im konkreten Fall - wenn ein Straftatverdacht vorliegt - ein schnelles Einfrieren - „**Quick Freeze**“ - möglich zu machen.

Allerdings: Die Ermittlung von Internetnutzern ist für die Staatsanwaltschaft möglich.

(Beifall bei der FDP)

Es ist nach der **Strafprozessordnung** durchaus unverzüglich ermittelbar. Da ist - um es deutlich zu sagen - von der Landesregierung auch nichts zu übertragen.

(Beifall bei der FDP)

Die Sorge, dass eine solche Anordnung insbesondere bei Nachtstunden oder am Wochenende nicht oder nur schwer erreichbar ist, erscheint mir vorgeschoben.

Für Schleswig-Holstein gilt, dass jederzeit 24 Stunden ein Bereitschaftsdienst der Staatsanwaltschaft zu erreichen ist. Um es deutlich zu sagen: Die Staatsanwälte haben tatsächlich Handys und die Polizei kennt die Nummern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und PCs!)

- Und auch PCs.

(Beifall bei der FDP)

Also, wir sind handlungsfähig.

Aber, meine Damen und Herren, in keinem Fall darf die bisherige mögliche Eilanordnung durch die in diesem Fall notwendige nachträgliche **Kontrollkompetenz der Richter** infrage gestellt werden. Das ist für mich unabdingbar.

(Ministerin Anne Lütkes)

Ihre geforderte Erweiterung des **Delikt-katalogs** erscheint mir nicht das aktuelle Problem. Sie haben alle das Gutachten des Max-Planck-Institut erwähnt und sicherlich auch gelesen. Durch dieses Gutachten wird ein anderer Nachholbedarf in vielen anderen Punkten deutlich.

In Verbindung mit diesem Gutachten und den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts ist ein anderer Weg zu gehen: die Evaluierung von Bezugsnormen, die Verhältnismäßigkeitsprüfungen sowohl bei der abstrakten Regelung als auch bei konkreter Durchführung, detaillierte Anforderungen an die Begründetheit der Anordnung und - dies ist mir besonders wichtig - die Verbesserung der unabhängigen **Kontrolle der Überwachung**.

Meine Damen und Herren, an diesem Punkt müssen wir ehrlich sehen, dass wir und mit dem Richtervorbehalt zu beschäftigen haben, aber nicht in dem Sinne, dass seine Abschaffung im Raume steht, sondern es ist zu prüfen, wo die korrekte sinnhaftige Stellung im Verfahren für die Zukunft zu regeln ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine sehr grundsätzliche Debatte, die auch von der Landesregierung, aber insbesondere von der Bundesregierung geführt wird und die wir von Schleswig-Holstein aus unterstützen.

Ich nenne einige Beispiele: Die Sicherstellung der Benachrichtigung der Betroffenen, die Verbesserung des Rechtsschutzes und die Verbesserung der Lösungsvorschriften. Es gibt viel zu tun, nur nicht das, was im CDU-Antrag steht. Herr Geißler, deshalb tut es mir sehr Leid, dass ich Ihren letzten Antrag hier im Landtag nicht unterstützen kann.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte mich von Ihnen auch hier im Landtag verabschieden. Ich habe es heute Mittag schon gesagt: Ich glaube, dass wir uns auf kommunaler Ebene wieder begegnen werden. Sie sind uns willkommen, beispielsweise beim Strafvollzugsfest in Lübeck, das im Herbst stattfinden wird. Alles Gute und lernen Sie recht gut das Umweltrecht!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen zur Sache liegen nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

Nach § 55 unserer Geschäftsordnung erhält Herr Abgeordneter Geißler das Rederecht zu einer persönlichen Bemerkung.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Lütkes, die Kolleginnen Fröhlich und Hinrichsen und die Kollegen Kubicki und Rother haben freundliche Worte für mich gefunden und mir gute Wünsche mit auf den Weg gegeben. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Ich habe mich über diese Worte sehr gefreut.

Ich habe mich ebenfalls zu bedanken. Ich habe dem Schleswig-Holsteinischen Landtag annähernd 17 Jahre lang angehört. Wir haben uns gerade im Bereich der Innen- und Rechtspolitik manche harte Debatte geliefert, aber auch ich habe die Zusammenarbeit mit Ihnen als fair, angenehm und bereichernd empfunden. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Wenn es in Zukunft Formen der Zusammenarbeit geben sollte - Frau Ministerin Lütkes und Frau Kollegin Fröhlich, Sie haben das angedeutet -, dann freue ich mich darauf. Ich stehe jederzeit uneingeschränkt zur Verfügung. Ich wünsche Ihnen allen alles Gute!

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Präsidium dankt und spricht dem Kollegen Respekt aus.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3373, an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss zur Beratung überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag zur weiteren Beratung einstimmig an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 11 aufrufe, weise ich darauf hin, dass Tagesordnungspunkt 37 nach der jetzigen Zeitlage heute nicht mehr zur Beratung kommen wird. Er wird morgen nach der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 18 und 28 zur Beratung aufgerufen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Das habe ich vorhin schon erklärt; da waren Sie draußen.

Auf der Tribüne begrüße ich neue Gäste, und zwar Praktikantinnen und Praktikanten des Umweltministeriums aus Kaliningrad. -

(Beifall)

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag! Frau Dr. Kötschau hat es mir gerade aufgeschrieben: Guten Tag heißt „dobri djen“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/3367

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung. Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich seiner Sprecherin, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ergebnisse der PISA-Studie haben im Dezember 2001 in unserer Bildungslandschaft Schockwellen ausgelöst. Zum ersten Mal wurden die Schwächen des **gegliederten Schulsystems** schwarz auf weiß in einer internationalen Studie dokumentiert, ausgearbeitet von anerkannten Expertinnen und Experten. Selbst die stärksten Beharrungskräfte der jetzigen Struktur konnten die schlechten deutschen **PISA-Ergebnisse** nicht wegdiskutieren und mussten akzeptieren, dass es einen enormen Handlungsbedarf für Änderungen in unserem Schulsystem gibt.

Das gegliederte Schulsystem produziert zu viele Verlierer und nur ganz wenige Gewinner. Besonders katastrophal ist es, dass es in kaum einem anderen Land so schwierig ist, sein **soziales Erbe** abzulegen. Kinder von sozial schwachen oder von ausländischen Eltern haben es in unserem System somit besonders schwer. Trotz der frühen Sortierung der Schülerinnen und Schüler ab der vierten Klasse sind auch die Leistungen der deutschen Gymnasien im internationalen Vergleich nicht gerade überragend.

Wir erkennen an, dass seitdem viele Initiativen - von der Bildungsministerkonferenz und von der Landesregierung - auf den Weg gebracht worden sind, um die inhaltliche Arbeit an den Schulen zu verbessern. Wichtige Punkte waren dabei, dass der **Unterricht** und auch die **Lehrerbildung** stark verbessert werden. Auch hat die Landesregierung wichtige Schritte zur Sicherung der Unterrichtsversorgung gemacht. Allerdings sage ich deutlich: Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen schleichen wie die Katze um den heißen Brei, wenn es darum geht, endlich die notwendigen Änderungen an den Schulstrukturen vorzunehmen, denn eine entscheidende Erkenntnis aus der PISA-Studie war doch, dass

Länder mit einer **ungeteilten Schule** wesentlich besser abschnitten.

(Beifall beim SSW)

Sie wissen, der SSW will die ungeteilte Schule nach skandinavischem Vorbild bis zur neunten - beziehungsweise bis zur zehnten - Klasse. Sie führt nicht automatisch zu besseren Leistungen an den Schulen. Das sage ich immer wieder. Sie ist aber die Voraussetzung dafür, dass sich der Unterricht gezielter auf die Belange der einzelnen Schülerinnen und Schülern konzentrieren kann, denn PISA schrieb uns auch die Unfähigkeit des deutschen Schulsystems ins Stammbuch Kinder mit unterschiedlichen Fähigkeiten zu integrieren. Kurz gesagt behaupte ich: Es ist einfach besser, die Kinder gemeinsam zu unterrichten, statt sie schon nach der vierten Klasse zu sortieren.

(Beifall beim SSW)

Dabei lässt sich der SSW auch von den Erfahrungen der Schulen der dänischen Minderheit leiten, bei der die **sechsjährige Grundschule** die Regel ist. Man muss also nicht nach Finnland reisen, um zu sehen, wie die ungeteilte Schule in Schleswig-Holstein funktionieren kann. Die dänischen Schulen im Landesteil Schleswig arbeiten seit Jahrzehnten mit einer sechsjährigen Grundschule und werden zunehmend bis zur zehnten Klasse zu ungeteilten Schulen ausgebaut.

Natürlich wissen wir, dass die Umsetzung unserer Zielsetzung vor dem Hintergrund der gewachsenen **Schulstrukturen** in Schleswig-Holstein und der ideologischen Grabenkämpfe der 70-er Jahre eine Herkules-Aufgabe ist. Aus der Sicht des SSW reicht es nicht aus, wenn SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Parteitag die ungeteilte Schule bis zur zehnten, beziehungsweise bis zur neunten Klasse fordern, wenn gleichzeitig nach 17 Regierungsjahren keine Änderungen der Schulstrukturen in Schleswig-Holstein vorgenommen worden sind. Auch das sage ich deutlich.

(Beifall beim SSW)

Der SSW ist bereit, sich diesen bildungspolitischen Herausforderungen zu stellen. Deshalb haben wir uns entschlossen, eine **Änderung des Schulgesetzes** vorzuschlagen, die zum Ziel hat, dass Kinder in Schleswig-Holstein zukünftig die ersten sechs Schuljahre an der Grundschule verbringen können. Ziel der Schulgesetzänderung des SSW ist es, dass es in Zukunft durch eine **Öffnungsklausel** im Schulgesetz möglich sein soll, eine erweiterte Grundschule bis zur sechsten Klasse einzuführen, wenn es von der Schule und von den Eltern vor Ort gewünscht wird.

**(Anke Spoorendonk)**

Zukünftig soll es den **Schulkonferenzen** möglich sein, auf freiwilliger Basis die sechsjährige Grundschule einzuführen. Eine solche erweiterte Grundschule hätte den Charme, dass kleine Grundschulen im ländlichen Raum erhalten werden können und dass die kleinsten Schulkinder nicht schon kilometerweit durch das Land kutschiert werden müssen, um zur Schule zu kommen.

Lassen Sie mich nun auf einzelne Bestimmungen unseres Gesetzentwurfes eingehen: Es ist sehr wichtig, dass der Wunsch nach der Einführung einer sechsjährigen Grundschule von den Eltern und von der Schule vor Ort kommt. Deshalb ist die Teilnahme freiwillig. Dies ist in § 10 a Abs. 1 formuliert.

Die Öffnungsklausel ist als **Schulversuch** konstruiert. Das heißt, dass das Bildungsministerium einwilligen muss und somit die volle Kontrolle über die Einführung von sechsjährigen Grundschulen behält. Das ist wichtig, weil die gesamten örtlichen Schulstrukturen von einem solchen Versuch betroffen sein werden.

Die Absätze 2 und 3 stellen dar, dass die Schülerinnen und Schüler nach der 6. Klasse ohne Probleme in die jeweilige 7. Klasse des Gymnasiums, der Realschule oder der Hauptschule wechseln können. Deshalb muss der Unterricht zum Teil individuell gestaltet werden. Der Unterricht in einer Fremdsprache gehört auch dazu.

Die Beurteilung der **Lernentwicklung** und die Empfehlung über die geeignete weiterführende allgemein bildende Schule für die Kinder wird in Absatz 4 analog zu den jetzt geltenden Regeln für die vierjährige Grundschule geregelt. Sicherergestellt wird auch, dass die Schülerinnen und Schüler bis zu zwei Jahre länger als normal die sechsjährige Grundschule besuchen können.

Absatz 5 regelt die wichtige Frage der **Finanzierung**. Denn natürlich dürfen die Schulträger durch die Einführung der sechsjährigen Grundschule nicht zusätzlich finanziell belastet werden. Wichtig ist auch, dass genügend qualifizierte Lehrkräfte von den allgemein bildenden Schulen für die sechsjährige Grundschule zur Verfügung stehen. Dabei lassen wir uns in diesem Zusammenhang von dem Grundsatz leiten, dass es besser ist, wenn die Lehrkräfte zur Schule fahren, als dass die Schülerinnen und Schüler täglich weite Wege zurücklegen müssen.

Insgesamt stellt der vorliegende Gesetzentwurf einen praktikablen Kompromiss auf dem Weg zu einer ungeteilten Schule dar. Wir müssen endlich handeln und dürfen nicht nur reden. Unser Entwurf für eine Änderung des Schulgesetzes ist also nicht nur gut gemeint; er ist auch ein ganz konkreter und pragmati-

scher Vorschlag, der schon jetzt in die Praxis umgesetzt werden kann.

Wir hätten uns natürlich gewünscht, das flächendeckend zu machen. Aber ich halte nichts davon, mit fliegenden Fahnen unterzugehen oder einen Heldentod zu sterben. Es gibt einfach viel zu viele Helden. Was wir wollen, ist, etwas vorzustellen, was umsetzbar ist, was machbar ist. Da beziehen wir uns auf das, was vorliegt. Wir müssen mit dem Schulsystem arbeiten, das wir in diesem Bundesland haben. Unser Vorschlag ist ein Einstieg, eine Möglichkeit, einen Schritt weiterzukommen. Ich hoffe, dass wir den Antrag in diesem Sinn im Bildungsausschuss diskutieren werden.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner.

**Dr. Henning Höppner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist sich mit dem SSW einig darüber, dass wir unser Schulsystem in Deutschland erneuern müssen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das war ein guter Anfang!)

Dass das notwendig ist, hat die PISA-Studie mehrfach deutlich gemacht, auch in der wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Die schleswig-holsteinische SPD hat sich dazu auf ihrem Landesparteitag am 7. März 2004 in Norderstedt eindeutig positioniert. Der SSW hat sich vorhin darauf bezogen. Unsere Signale, liebe Anke Spoorendonk, sind jedoch nicht auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtet, sondern auf das zweite Jahrzehnt unseres Jahrhunderts, und nicht nur auf Schleswig-Holstein, sondern wir wollen, dass sich bundesweit etwas verändert.

Der SSW will, dass **Grundschulen** zukünftig auf eigenen Antrag um die **Orientierungsstufe**, also die Klassenstufen 5 und 6, erweitert werden können. Ich bin mir sicher, dass ein solcher Weg von vielen Schulträgern unterstützt würde, würde er doch zukünftig das Überleben vieler kleiner Schulstandorte langfristig sichern

(Beifall beim SSW)

und zugleich vielen 10- bis 12-Jährigen lange Schulwege ersparen.

(Dr. Henning Höppner)

Gerade dann ist aber nicht einzusehen, warum der SSW-Entwurf in Absatz 5 dem Land nicht nur die Zuweisung entsprechender qualifizierter Lehrkräfte aus allen weiterführenden Schularten zur Pflichtaufgabe macht, sondern darüber hinaus das **Land** noch verpflichten möchte, den **Schulträgern** zusätzliche Zuschüsse zu den Sach- und Verwaltungskosten zuzuweisen. Das ist nicht einsehbar.

Ein weiteres Problem, dass der SSW aus meiner Sicht unterschätzt, ist das Problem der **Lehrpläne** für diejenigen Fächer in der Sekundarstufe I, die bereits ab dem 5. Schuljahr unterrichtet werden. Angesichts der bisherigen Ausdifferenzierung in die verschiedenen weiterführenden Schulen bedürfte es bei einer Integration der Klassenstufen 5 und 6 auch einer Integration der bisherigen Lehrpläne der unterschiedlichen Schularten in diesen Jahrgangsstufen.

Entsprechend stellt sich das Problem, wie die 12-jährigen Schülerinnen und Schüler darauf vorbereitet werden, nach dem 6. Schuljahr auf eine weiterführende Schule der **Sekundarstufe I** zu gehen. Denn daran soll sich, wie ich Ihrem Antrag entnehme, nichts ändern. Diese Frage stellt sich insbesondere dann, wenn Familien in andere Bundesländer umziehen müssen.

Die Kriterien für die Entscheidung, welche **weiterführende Schule** ein Kind besuchen soll, sind zugegebenermaßen bei 12-Jährigen wesentlich besser abgesichert als bei 10-Jährigen. In diesem Alter liegen Erfahrungen vor, wie leicht oder wie schwer sich ein Kind beim Lernen von Fremdsprachen tut, wie gut oder weniger gut es mit naturwissenschaftlichen Denkweisen umgehen kann. Jeder von uns wünscht sich, dass Eltern und Schulen vielleicht zwei Jahre lang mehr besser zusammenarbeiten können. Aber wir müssen natürlich auch an diejenigen Fälle denken, in denen diese Zusammenarbeit trotz sechs Jahre Grundschule nicht so gut funktioniert. Daher würde ich entsprechend dem, was wir in den letzten Jahren bereits diskutiert und beschlossen haben, auch bei einem Übergang nach dem 6. Schuljahr an einer expliziten **Beratungspflicht der Eltern** festhalten, zumindest dann, wenn die Empfehlung der sechsjährigen Grundschule und der Wunsch der Eltern divergieren.

Das Modell, das uns der SSW vorstellt, ist - darauf hat Frau Spoorendonk am Schluss ihrer Rede hingewiesen - nicht am grünen Tisch entstanden, sondern in langjähriger Erfahrung der Schulen der dänischen Minderheit erprobt. Auch wir sind bereit, von diesen Schulen, von Modellen anderer Bundesländer und vor allen Dingen vom Beispiel anderer Staaten zu lernen. Das hat uns PISA aufgegeben.

Der Gesetzentwurf des SSW lässt - dass sage ich hier sehr deutlich - eine Reihe von Fragen offen. Meine Kollegen und ich möchten dies im Bildungsausschuss gern weiter diskutieren. Wir würden uns auch gern die Erfahrungen, die die **dänischen Schulen** mit diesem Modell gemacht haben, persönlich ansehen. Vielleicht wäre das für den gesamten Bildungsausschuss eine geeignete Form der Informationsaufnahme neben der klassischen Anhörung mit den üblichen dicken Bündeln von Verbandsstellungen.

Ich glaube, wir werden im Bildungsausschuss eine sicherlich kontroverse, aber sehr interessante Diskussion haben. Ich bitte um Überweisung des Antrags.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg.

**Sylvia Eisenberg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag des SSW bezweckt - das haben Sie gesagt - den Einstieg in die Einheitsschule, etwas vornehm vermarktet als „ungeteilte Schule“ nach dänischem Vorbild und mit dem zusätzlichen Hinweis auf die finnischen Schulen, die bei PISA so gut abgeschnitten haben.

Liebe Kollegen, ich darf Sie zum wiederholten Mal darauf hinweisen, dass das **finnische System** nicht mit unserem zu vergleichen ist. Wenn die rot-grüne Landesregierung die notwendigen Ressourcen für Förderung und Forderung in unser bestehendes System gesteckt hätte - so wage ich zu behaupten -, hätten auch wir bessere Ergebnisse erzielt.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Wenn unser System Speziallehrer, Schulassistenten, Schulpsychologen, Verwaltungs- und Hilfskräfte in ausreichender Zahl wie in Finnland hätte, wenn sich also Lehrer, wie in Finnland, auf den Unterricht konzentrieren könnten, wenn der Unterrichtsausfall rechtzeitig und das Unterrichtsfehl schon vor sieben Jahren minimiert worden wären, stünden wir auch wesentlich besser da.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Ob 6-jährige, 9-jährige oder 10-jährige **Einheitsschule**, diese Strukturdiskussionen - egal, ob von Rot-Grün oder von SSW - vernebeln das eigentliche Prob-

(Sylvia Eisenberg)

lem unserer Schulen, nämlich die Schwierigkeit, sich auf das zu konzentrieren, was Schule vermitteln soll, nämlich Bildung und Erziehung, Fachkompetenz, Persönlichkeitsbildung und Teamfähigkeit.

Schulstrukturdebatten, wie sie jetzt wieder und wahrscheinlich auch noch die nächsten zehn Jahre geführt werden,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dienen eher der politischen Diskussion im Wahlkampf, Frau Heinold. Auf diese Auseinandersetzung freue ich mich. Aber sie dienen leider nicht unseren Schülern jetzt. Davon haben die Schüler nämlich rein gar nichts.

Der Antrag des SSW reiht sich in diese sinnlose Strukturdebatte ein. Er sucht zugegebenermaßen einen Kompromiss, aber einen schlechten. Der SSW will die Entscheidung für die weiterführende Schule um zwei Jahre hinausschieben, um unter anderem auch die kleinen Grundschulen auf dem Land zu erhalten.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat zurzeit 423 Grundschulen, 46 Hauptschulen und 158 Grund- und Hauptschulen. Die Antragsteller wollen einem Teil der 46 **Hauptschulen** die Schüler der 5. und 6. Klassen entziehen, was faktisch die Schließung dieser Schulen bedeuten würde. Sie wollen den Gymnasien und Realschulen ebenfalls die Schüler der 5. und 6. Klassen entziehen. Damit stehen die Klassenräume dort leer. Dafürbürden sie aber den **Schulträgern** die Kosten für den dann notwendigen Neubau der Klassenräume in den erweiterten Grundschulen auf.

Ich frage den SSW und auch Rot-Grün, die sich ja grundsätzlich positiv dazu geäußert haben, ob sie die Folgen dieser Gesetzesänderung wirklich bis zum Ende durchdacht haben.

Aber nicht nur die organisatorischen Probleme haben Sie meiner Auffassung nach nicht berücksichtigt, auch entwicklungspsychologisch ist Ihr Plan kontraproduktiv. Die Entscheidung für eine weiterführende Schule im Schüleralter von zwölf, also im 6. Schuljahr, fällt in der Regel in die **Vorpubertät**. Mit 14 Jahren - dies ist ja nach Ihrem Konzept auch möglich - fällt sie in die volle pubertäre Phase der Jugendlichen. Der schulische Erfolg ist aber in dieser Entwicklungsphase wesentlich schwerer abzuschätzen als im Alter von zehn Jahren, Frau Spoorendonk. Aus diesem Grund - das behaupte ich und das ist so - ist die sechsjährige Grundschule abzulehnen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Lesen Sie es einmal nach! - Ebenfalls aus den Ergebnissen der **Entwicklungspsychologie**: In dem Standardwerk, verfasst von Köller und Baumert, gibt es unter der Überschrift „Entwicklung schulischer Leistungen“ eine Analyse, einen Vergleich zwischen Gymnasiasten, die aus der vierjährigen Grundschule kommen, mit Gymnasiasten, die aus der sechsjährigen Grundschule kommen. Die Gymnasiasten aus der sechsjährigen Grundschule schneiden wesentlich schlechter ab. Diese Untersuchung sollte man vielleicht einmal nachlesen.

Ich muss mich jetzt beeilen. - Außerdem gibt es in Deutschland bereits sechsjährige Grundschulen, und zwar in Berlin und in Brandenburg. Berlin hat an der PISA-Untersuchung nicht teilgenommen, Brandenburg befindet sich an der 12. Stelle von 14 teilnehmenden Ländern.

Ich denke, Frau Spoorendonk, auf der Basis all dieser Ergebnisse müssten Sie Ihren Antrag eigentlich selbst ablehnen. Ich denke, wir sollten uns lieber gemeinsam um die **Durchlässigkeit** zwischen den Schularten bemühen. Wir haben schon entsprechende Anträge vorgelegt. Sorgen Sie für mehr Förderung und Forderung und eine bessere Unterrichtsversorgung. Dann brauchen wir uns nicht länger mit Schulstrukturdebatten aufzuhalten.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten  
Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon die Grundannahme, die Anke Spoorendonk vorangestellt hat, ist falsch. Im PISA-Vergleich hat sich keineswegs die Überlegenheit eines Einheitsschulsystems herausgestellt. Dazu braucht man bloß auf die dänischen Ergebnisse zu schauen. Die dänischen Schüler sind nur in Teilbereichen geringfügig besser über die Ziellinie gekommen als die deutschen Schüler. In manchen Bereichen haben sie schlechter abgeschnitten. Neben dem Wunderland **Finnland**, das immer zitiert wird, gibt es auch Länder, die mit einem gemeinsamen Unterricht und mit einem Einheitsschulsystem durchaus nicht besonders gut dastehen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch. Zum Beispiel Bayern. Bayern wäre, wenn es eigener Staat wäre, in der Spitzengruppe. - Es wäre

**(Dr. Ekkehard Klug)**

noch im vorderen Drittel. Das muss man einfach sagen. Das ist so.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das kann man nicht bestreiten. Wir haben gerade festgestellt, dass man nun in England beginnt, stärker im Hinblick auf das **Schulprofil** zu differenzieren. Die Erfahrungen mit der sechsjährigen Grundschule in Berlin sind schon angesprochen worden. Also auch das, was wir aus der Bundesrepublik wissen, spricht eher gegen einen solchen Ansatz.

Im Übrigen wird das, wenn man es weiter betreibt, dazu führen, dass sich Eltern zunehmend dafür entscheiden, ihre Kinder auf anspruchsvolle **Privatschulen** zu schicken. Auf diese Weise werden Sie am Ende eher eine Zwei-Klassen-Gesellschaft erreichen, weil sich Eltern, sofern sie es sich finanziell leisten können, aus dem öffentlichen Schulwesen verabschieden werden. Wenn Sie mit Ihrer Schulpolitik weitermachen, wird genau dies das Resultat sein.

Herr Kollege Höppner, hinsichtlich der wissenschaftlichen Ergebnisse möchte ich Sie auf die Analyse der PISA-Daten durch eine Studie des RWI in Hessen verweisen. Sie ist unter der Überschrift „Genaueres Hinsehen lohnt“ veröffentlicht worden und beschäftigt sich mit den Determinanten des Abschneidens deutscher Schüler in der **PISA-Studie** aus dem Jahr 2000. Ich will kurz zitieren: Eine explizite Berücksichtigung der Heterogenität der Leistungsfähigkeit, jeweils relativ zum durchschnittlichen Erfolg in der Schule, zeige darüber hinaus mehr als deutlich, dass sich eine starke Leistungsheterogenität innerhalb einer Klasse oder Schule sich sehr stark negativ auf den individuellen Schulerfolg auswirke. - Dieses Zitat stammt aus „Forschung und Lehre“, Heft 6 aus 2003.

Das bestätigt auch Untersuchungen, wie sie zum Beispiel das Max-Planck-Institut für Psychologische Forschung schon früher gemacht hat. Es bestätigt diesen **Schereneffekt**, der eintritt, wenn Sie eine Lerngruppe haben, die in ihrem Leistungsstand zu stark auseinander driftet und der dem Lehrer am Ende nicht mehr die Möglichkeit gibt, alle Kinder in der Klasse hinreichend zu fördern. Das könnte allenfalls durch einen enorm hohen Personalaufwand mit viel Zusatzunterricht in kleinen Lerngruppen kompensiert werden. Wenn in Finnland jeder sechste Schüler im Laufe eines Schuljahres entweder ganz oder teilweise, für längere Zeit während eines Schuljahres, Einzelunterricht oder Kleingruppenunterricht erhält, dann sehen Sie ja, welcher Aufwand betrieben wird, um entsprechend gute Lernergebnisse auch für schwächere Schüler zustande zu bringen.

Die Probleme, die Herr Höppner aufgezeigt hat, sind in der Umsetzung eines Vorschlages, wie ihn der SSW unterbreitet, durchaus ernst zu nehmen. Für mich ist auch gravierend, dass Sie für einen **Schulversuch** eine luxuriöse Ausstattung gesetzlich festlegen wollen, die aber ausschließlich auf Kosten aller anderer Schulen erfolgen würde. Das, was Sie vom SSW wollen, ist nichts anderes als die Ausbeutung der ohnehin viel zu knappen Ressourcen unserer weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein. Das wäre das Ergebnis, folgte man Ihrem Gesetzesantrag. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bildungsfachleute! Diese Debatte ist eine traurige Angelegenheit.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Immer und immer wieder dieselben Argumente der Opposition! Es bleibt alles wie es ist: Feudalismus in unserem Schulsystem ist Klasse.

(Zurufe von der CDU)

Immer wieder kommen neue Hinweise, die nicht berücksichtigen, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer die **Binnendifferenzierung** nicht gelernt haben und dass das demokratische Gut, Verschiedenheit auszuhalten und produktiv zu nutzen, in diesem Lande offensichtlich nichts wert ist. Das kann ich nur daraus schließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zeit ist reif für Schulreformen. Insofern finde ich es gut und richtig, dass ein konkreter Vorschlag gemacht wird. Die Grünen in den vier nördlichen Bundesländern haben auch einen konkreten Vorschlag gemacht. Sie haben ein stimmiges Konzept für eine neunjährige **integrative Schulform** vorgelegt. Wir haben deutlich gemacht, dass auch bei den knappen Finanzressourcen in diesem Bundesland mehrere Tausend Lehrerinnen- und Lehrerstellen in den nächsten Jahren umgeschichtet werden könnten und damit eine Annäherung an das finnische Schulsystem möglich wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Angelika Birk)

Es scheitert nicht am Geld, es scheitert bisher am gemeinsamen Willen. Die **Finnen** haben ihr Schulsystem aus Kostengründen umgestellt. Sie konnten sich in Lappland kein Gymnasium leisten. Das hätte einen Einzugsbereich von 300 Kilometern gehabt.

(Zurufe von der CDU)

Sie konnten es sich aber leisten, für alle Kinder ein gemeinsames Schulsystem aufzubauen, das auch einem Kind in einer dünn besiedelten Gegend, die Möglichkeit eröffnet, zum Beispiel Deutsch oder eine andere europäische Fremdsprache zu lernen. Das ist zukunftsweisend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Antrag des SSW. Wir brauchen Experimente. Da sind wir einer Meinung. Aber, Frau Spoorendonk, haben Sie einmal genau in das **Schulgesetz** gesehen? Eigentlich haben wir eine **Experimentierklausel**. Wir müssten sie nur nutzen.

Sie haben Ihren Vorschlag zur Schule in Gesetzesform gegossen und haben damit die Experimentierklausel präzisiert. Wir möchten eigentlich eine Beschränkung auf die sechs Jahre vermeiden. Wir möchten nämlich auch, dass das, was die **Freie Schule Schenefeld** und auch die **Waldorfschulen** erfolgreich praktizieren, endlich als Schulexperiment an öffentlichen Schulen nachvollzogen wissen.

Interessanterweise sind diese Art von Privatschulen so genannte Einheitsschulen, wie Sie, Herr Dr. Klug, es immer pejorativ vermelden. Wir sprechen von ungeteilten Schulen. Es sind Schulen für Kinder mit unterschiedlichen Begabungen. In einer Reihe von Schulen sind sogar Kinder mit Einschränkungen, mit Behinderungen erfolgreich dabei. Wenn das kein positives Beispiel dafür ist, dass es funktioniert, dann weiß ich nicht, wo Sie Ihre Augen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Schauen Sie einmal nach Berlin!)

Wir erwarten, dass auch **öffentliche Schulen** diesen Weg gehen, dass beispielsweise die Flensburger Universität ein solches Experiment mit großem Engagement begleitet und dass auch die Lehrerfortbildung davon profitiert. Das, was bisher gut praktiziert wird, soll also keine Insel bleiben, sondern es soll ähnlich, wie wir es schon in dem Netzwerk SINET haben, im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen.

Jetzt komme ich zu unseren kritischen Fragen, zunächst zu den **Kostenauswirkungen**; Herr Höppner hat darauf hingewiesen. Wir können es uns tatsächlich nicht leisten, das bisherige selektive Schulsystem

und ein integrierendes Schulsystem, auch wenn es „nur“ sechs Jahre sind, parallel an einem Ort aufrechtzuerhalten, insbesondere im dünn besiedelten Norden, beispielsweise in einem Kreis oder in einer Kommune, nicht. Denn im Klartext heißt es, dass ein und dieselbe Grundschule im Grunde genommen zweifach geführt wird. Vielleicht haben Sie es anders gemeint. Das müssten wir dann im Ausschuss noch einmal diskutieren.

Wir glauben allerdings, dass es möglich ist, Grundschulen weiterführende Schulen gemeinsam mit den Kommunen in eine **Schulentwicklungsplanung** zu bringen, sodass all die kritischen Fragen, die von Herrn Höppner und auch von mir gestellt werden, positiv beantwortet werden können. Es kann nicht sein, dass wir nach wie vor programmatisch weit hinausgreifen, aber in der Praxis keinen Schritt tun. Insofern unterstützen wir das Anliegen des SSW nachdrücklich. Wir halten auch die Idee von Herrn Höppner, dass wir uns mit den dänischen Erfahrungen auseinander setzen, für sehr verfolgenswert. Ich hoffe - wir jedenfalls werden sehr viel dafür tun -, dass wir noch in dieser Legislaturperiode zu ersten praktischen Schritten kommen - mit oder ohne eine Umformulierung der Experimentierklausel, auf jeden Fall aber sichtbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist heute weder der Zeitpunkt noch der Zeitumfang da, sich intensiv mit der Frage von Schulstrukturen auseinander zu setzen. Das geht in der Kürze der Zeit nun wirklich nicht. Aber ich möchte noch einmal Folgendes sagen: Zum Glück sind die öffentlichen Reaktionen, auch die der Medien, auf das Infragestellen unseres Systems und das Weiterdenken positiver und differenzierter als Ihr doch eher schlichter Beitrag, der sich in immer gleichen Formen wiederholt, Frau Eisenberg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit bestehen Sie wirklich keine ernsthafte Debatte beispielsweise mit Bildungswissenschaftlern.

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Lassen Sie mich gleichwohl zwei Bemerkungen zum Grundsatz machen. Können wir uns nicht einmal darauf verständigen, gemeinsam zu sagen, dass **Schulstrukturen** kein Selbstzweck sind, dass sie auch keine Glaubensfrage sind?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sind Rahmenbedingungen für pädagogisches Handeln und sie haben eine dienende Funktion.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es ist im Grunde genommen überholt, von Schulformen zu reden. Wir reden in Zukunft von **Bildungsgängen** von Individuen und darüber, wie wir diese Bildungsgänge und das **Begabungspotenzial** jedes einzelnen jungen Menschen am besten ausschöpfen. Das muss die Fragestellung sein und nicht die Frage, ob wir unser System so erhalten oder nicht.

Das Ziel muss doch gemeinsam klar sein, nämlich mehr Schüler zu besseren und höheren Qualifikationen zu führen, das individuelle Potenzial auszunutzen.

Ich füge einmal ein: Warum diskutieren mehr und mehr Wirtschaftsinstitute, auch Handwerkskammern - das ist ja alles bekannt -, diese Frage? Das tun sie, weil sie genau wissen, dass die ökonomische Entwicklung in Deutschland eine starke Ausschöpfung des Begabungspotenzials aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland erfordert.

(Beifall bei SPD und SSW)

Angesichts dessen müssen wir uns doch die Frage stellen, wie wir das erreichen und ob das Schulsystem möglicherweise ein Teil des Problems ist. Ich sage ja nicht, dass es monokausal ist. Das kann man nicht beweisführend darstellen; das geht nicht. Ich gehöre auch nicht zu denen, die sozusagen eine Heilserwartung an das **finnische System** und an die Übertragung auf das deutsche haben. Dazu ist die Historie zu unterschiedlich und dazu sind die Bedingungen zu unterschiedlich. Aber es muss doch klar sein, dass wir **Bildungsbarrieren** abbauen müssen. Ich wundere mich immer, wie die **soziale Frage**, die in der Weiterentwicklung des Schulsystems steckt, nämlich die Frage, wie wir die Barrieren, die für die Kinder aus den so genannten bildungsfernen Schichten da sind, besser abbauen, behandelt wird. Das schaffen wir nach aller Erfahrung nicht, indem wir ein paar mehr Lehrerstellen in der Hauptschule schaffen. Ich behaupte nicht, dass die **Hauptschule** nicht weiter gestärkt und weiterentwickelt werden muss. Das müssen wir tun, weil wir das Schulsystem so schnell gar nicht

verändern und überwinden können. Aber das ist eine Riesenherausforderung, der wir uns stellen müssen.

Wir müssen natürlich im Zuge der **demographischen Entwicklung** sicherstellen, dass ein leistungsfähiges und möglichst umfassendes System an allen Orten in Schleswig-Holstein in zumutbarer Entfernung vorhanden ist. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Insofern zeigt die Initiative des SSW im Grunde in eine richtige Richtung. Sie reiht sich ein in eine Fülle von Forderungen, die in dieselbe Richtung gehen. Gleichwohl muss ich sagen: Die Ausformung und die Umsetzung dieses Vorschlages halte ich, mit Verlaub, aus diversen Gründen, die hier schon genannt worden sind, nicht für praktikabel. Ich halte es nicht für sinnvoll, einzelnen Grundschulen punktuell die Möglichkeit der Verlängerung einzuräumen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn wir diesen Weg gehen wollen, dann muss man zunächst einmal ein schlüssiges Gesamtkonzept haben, bei dem insbesondere die Konsequenzen für die **weiterführenden Schulen** mit bedacht werden. Das kann nur im Rahmen einer gründlichen Schulentwicklungsplanung und nicht im Zuge der Erweiterung der Grundschule um die Klassenstufen fünf und sechs erfolgen, an der möglicherweise auch nur ein Teil der Kinder partizipieren würde, weil manche Eltern das gar nicht wollen. Das würde zu erheblichen organisatorischen Verwerfungen vor Ort führen. Ich befürchte, dass ein solches Vorgehen einen Aufwand an **Lehrkräften und Ressourcen** seitens der Schulträger und seitens des Landes erfordert, der den Erfolg nicht rechtfertigen würde. Das ist auch angesichts der derzeitigen Haushaltssituation aus der Sicht des Landes und aus der Sicht der Kommunen nicht zu verantworten.

Damit wir in Schleswig-Holstein das Ziel „Mehr Bildung für alle“ - so will ich es einmal nennen - tatsächlich erreichen, brauchen wir eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung, um einerseits den Anforderungen an die Bildungschancen und die Bildungsqualität und an Durchlässigkeit gerecht zu werden und andererseits auf die demografische Entwicklung reagieren zu können. Das ist die aktuelle Aufgabe und das ist die Aufgabe für die kommenden Jahre.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die Debatte nicht verlängern.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein. Aber es ist fünf Minuten vor sechs.

Ich bin der Ministerin ausgesprochen dankbar dafür, dass sie die grundsätzlichen Bemerkungen gemacht hat. Ich möchte noch einmal deutlich machen: Auch wir sind uns natürlich bewusst, dass es nicht einfach ist, jetzt **Schulversuche** in Gang zu bringen. Aber wenn ich bedenke, wie einfach es im Landtag war, Schulversuche zum Thema „zwölfjähriges Abitur“ durchzuführen, beziehungsweise diese Öffnung in das Schulgesetz aufzunehmen, dann wünsche ich mir, dass man genauso offen ist, wenn es darum geht, unten anzufangen.

Ich stelle die Frage: Wie schafft man einen Einstieg in eine Veränderung, wenn diese Veränderung dann auch von unten getragen werden soll? Das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Wir sind für eine Debatte im Ausschuss zu haben. Wir sind auch für Veränderungen zu haben. Aber die Richtung muss weiterhin stimmen. Es kann nicht angehen, dass wir sagen, dass nichts möglich ist, weil alle Bedenken-träger zu Wort kommen und sagen, dass sich das nicht machen lässt.

Letzte Bemerkung: Wenn wir über **Finanzen** reden, dann dürfen wir nicht vergessen, dass das gegliederte Schulsystem ein teures Schulsystem ist. Wenn es darum geht, Ressourcen für Schule und Bildung freizuschaukeln, dann müssen wir auch unter dem Gesichtspunkt an die Strukturen heran. Das sollte eigentlich die wichtigste Botschaft sein.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/3367, federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig vom Haus so beschlossen.

Wir unterbrechen die Tagung und setzen sie morgen früh um 10 Uhr mit der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 18 und 28, Ausbildungsplatzabgabe, fort. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:01 Uhr**